

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schützenhöfer (17.23 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte diese Debatte zur Gruppe 0 meinerseits mit drei für die Landesbediensteten eigentlich sehr erfreulichen Fakten und Feststellungen beginnen.

Erstens: Der Steiermärkische Landtag hat im Juni dieses Jahres eine Landesbeamten- und Landesvertragsbedienstetengesetzes-Novelle beschlossen. Die wichtigsten Erneuerungen: Dienstbeurteilungskommission, Urlaubsregelung, verbesserte Reisegebührenvorschrift.

Zweitens: Der Steiermärkische Landtag hat vor knapp einem Monat, am 7. November, mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ das Landespersonalvertretungsgesetz beschlossen, ein historisches Ereignis für die Landesbediensteten, durch das ein zwanzigjähriges Provisorium, die Personalvertretungsordnung, abgelöst wurde. Ich sage historisch und meine es auch so für die Landesbediensteten, und zwar deshalb, weil in wichtigen, die Bediensteten betreffenden beruflichen Fragen nunmehr der Dienstgeber vor Entscheidungen das Einvernehmen mit der Personalvertretung herzustellen hat und in vielen weiteren bedeutenden Fragen Informationen vor Maßnahmen der Dienstgeberseite zu geben sind.

Drittens: Das bereits einige Jahre im Schoße des Dienstgebers und der Dienstnehmer verhandelte Dienstnehmerschutzgesetz liegt nunmehr als Entwurf vor, wird vermutlich Anfang des Jahres 1990 in den Landtag eingebracht und hoffentlich im ersten Halbjahr beschlossen werden.

Auch dieses Gesetz ist – denken wir nur an die Einführung und die Auswirkungen der EDV für die Dienstnehmer – ein wichtiger Meilenstein im Hinblick auf den sozialen und gesundheitlichen Schutz der Landesbediensteten.

Meine Damen und Herren, ich bedauere aber zutiefst, daß ich nunmehr auch zwei negative Punkte nennen muß.

Erstens: Der sozialistische Landesfinanzreferent Dr. Christoph Klauser kündigte Personaleinsparungen im Landesdienst an und bezeichnete in seiner Rede die Personalkosten als Sparkandidat Nummer eins. Das ist derselbe Landesrat Dr. Klauser, der sich seinerzeit bei der Frage der Ausgliederung der Spitalsbediensteten aus dem Landesdienst durchgesetzt hat. Ich bedauere, daß ein Mitglied der Landesregierung über die Landesbediensteten so spricht, wie das Landesrat Dr. Klauser im Zusammenhang mit seiner Budgetrede getan hat. Wenn man sich – ich habe diese Passagen herausgeschrieben – anschaut, was er gesagt hat, dann sind das wirklich „alte Hüte“, auf die ich jetzt gar nicht näher eingehen möchte. Ich nenne nur einen daraus, weil es so bekannt ist: Zur Durchführung, Kontrolle und Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen will er dann letztlich einen Ausschuß haben, der in der Landesregierung eingerichtet wird. Na, von wem soll der betreut werden? Wieder von den Landesbediensteten! Immer mehr Aufgaben für die Landesbediensteten,

aber in der Zahl sollen sie weniger werden. Das sind Schuhe, die einfach nicht zusammenpassen.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, den ich schon noch einmal nennen möchte in aller Kürze: Die SPÖ hat gegen das Landespersonalvertretungsgesetz am 7. November gestimmt und damit gegen die Verankerung von Rechten für die Landesbediensteten und deren Vertretungen in den einzelnen Dienststellen, wie sie das übrigens schon 1967 beim Bundespersonalvertretungsgesetz, welches wir auch allein beschließen mußten, getan hat. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Unvorstellbar!“) Heute beruft sie sich ununterbrochen auf diese Gesetze.

Ich möchte, meine Damen und Herren, nur eines sagen: Ich verstehe nicht, daß man, wenn insgesamt 22 Abänderungswünsche eingebracht werden, 18 davon erfüllt werden, 16 der 18 erfüllten sind von der SPÖ aufgestellt worden, wegen vier Punkten, die ich auf Grund der Zeit gar nicht nennen möchte (Abg. Minder: „Die wichtigsten bitte!“), die es nirgendwo in einem Gesetz gibt, weder im Bundespersonalvertretungsgesetz noch im Arbeitsverfassungsgesetz, daß man wegen solcher vier Punkte ein ganzes Gesetz ablehnt.

Aber eines möchte ich heute im Zusammenhang mit dem Landespersonalvertretungsgesetz schon noch einmal sagen, weil es nicht übersehen werden soll: Wir sind den Minderheitsfraktionen bei der Zahl der notwendigen Unterschriften für eine Kandidatenliste bei den Personalvertretungswahlen in einer sonst nirgendwo dagewesenen Form entgegengekommen. Die Zahl der Unterschriften ist nämlich mit 20 fixiert, und damit ist ein großes demokratiepolitisches Signal gesetzt worden. Sie wissen, bei den Fachausschüssen des Bundes braucht man fünfmal soviel Unterschriften, bei den Betriebsräten umgelegt braucht man dreimal soviel Unterschriften, bei uns 20. Damit wird es kleinen und kleinsten Fraktionen möglich sein, die Bediensteten, die Wähler aus verschiedenen Kandidatenlisten tatsächlich auswählen lassen zu können. Das hätten wir gerne, daß es das in vielen Bereichen anderswo, wo insbesondere die Sozialisten über große Mehrheiten verfügen, auch geben würde. Ich sage trotzdem, daß wir diesen demokratiepolitisch bedeutsamen Kurs in der Steiermark fortsetzen werden, aber selbstverständlich auch in jenen Bereichen das verwirklicht sehen wollen, in denen andere politische Gruppierungen, und hier geht es insbesondere um die SPÖ, die Hauptverantwortung tragen. Wir wollen selbstverständlich die Durchschaubarkeit und Objektivierung insbesondere natürlich auch bei der Personaleinstellung.

Meine Damen und Herren, ich habe jenen Rednern, die sich bisher zur Gruppe 0 zu Wort gemeldet haben, sehr aufmerksam zugehört, und ich bin eigentlich fast ein wenig stolz darauf, daß keiner der Redner von anderen Fraktionen heute etwas an der Personalpolitik des Landes auszusetzen hat. Das wären noch vor fünf, sechs Jahren die großen Schlachten hier im Landtag am ersten Tag, wenn ich erinnere an die Auseinandersetzungen und Rededuelle mit dem Kollegen Hammerl und auch mit Loidl, Prensberger und Co. Wir haben einen Landespersonalbeirat eingerichtet, das steirische Landespersonaleinstellungsmodell. Es hat sich bewährt, die Zusammenarbeit in diesem Personalbeirat, dem alle Fraktionen im Hohen Haus und dem beide

Fraktionen der Personalvertretung angehören, funktioniert gut. Ich freue mich auch, daß bis jetzt kein einziger Mehrheitsbeschluß in diesem Personalbeirat gefaßt werden mußte; ich möchte und würde einen solchen auch nicht überbewerten, aber wir streben jedenfalls solche Mehrheitsbeschlüsse in diesem Zusammenhang nicht an. Es ist auch erfreulich, daß sich langsam aber sicher alle befaßten Stellen an diesen Landespersonalbeirat gewöhnen, und ich möchte, ohne daß ich jetzt auf Grund unserer Nähe das besonders übertreiben möchte, dem Herrn Landespersonalreferenten Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba – (Abg. Erhart: „Danken.“) nicht danken, Kollege Erhart, das solltest du hin und wieder machen – (Abg. Erhart: „Ich danke Gott, daß ich das nicht brauche!“) gratulieren, daß er sich bis jetzt absolut an die Vorschläge des Personalbeirates gehalten hat, das ermutigt und ermuntert unsere Arbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte natürlich schon hinzufügen, damit das auch klar ist: Dieser steirische Personalbeirat bedeutet für die Mehrheit Machtverzicht und für die Minderheit Kontrolle und Mitsprache. Dieser steirische Personalbeirat ist aber ein Signal für eine Durchschaubarkeit und Stärkung der Glaubwürdigkeit, das nunmehr auch in anderen Bundesländern nachgemacht wird und auch von einem internationalen Institut in einer Beurteilungsstudie, die am 29. November 1989 herausgebracht wurde, als äußerst positiv und nachahmenswert bezeichnet worden ist. Wir sind also sicher auf dem richtigen Weg, und wir fordern die Objektivierung der Postenvergabe durch die Einführung von Personaleinstellungsmodellen nun dringend und nachdrücklich – und das wird für uns selbstverständlich ein Thema bleiben – auch für jene Bereiche in der Steiermark, wo andere politische Parteien über die entsprechende Mehrheit und damit Hauptverantwortung verfügen. Ich fordere ein Personaleinstellungsmodell, das davon ausgeht, daß nicht bis zum letzten Glied alle mit Sozialisten verwandt sein müssen, zum Beispiel für die Österreichischen Bundesbahnen, da sind 9500 Menschen in der Steiermark beschäftigt, ich fordere es für die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, da sind 1200 Personen beschäftigt, ich fordere es etwa für die verstaatlichte und halbverstaatlichte Industrie und nenne nur SGP mit 1000 Beschäftigten, die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter 458 Beschäftigte, da kann sich nicht einmal ein ganz Alter, der dort beschäftigt ist und knapp vor der Pension steht, daran erinnern, daß jemals ein anderer, als einer, der das Parteibuch der SPÖ gehabt hat, in dieser PVA beschäftigt gewesen ist, und das gleiche gilt für die Versicherungsanstalt der Bergarbeiter, für die Unfallversicherungsanstalt und für viele andere Bereiche. Ich möchte es heute damit bewenden lassen, daß ich Ihnen diese Dinge aufzähle, und Ihnen aber sagen, daß wir zur jeweils richtigen Zeit diese Fragen aufs Tapet bringen werden, weil eine solche – sagen wir ruhig – Abrüstung im Personalbereich keine Einbahnstraße sein kann und weil es natürlich nur möglich ist, wenn das auf allen Ebenen öffentlicher Institutionen und Körperschaften im Interesse gerade auch der Glaubwürdigkeit aller politischen Parteien durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren! Es wird jetzt vielleicht wie ein Widerspruch klingen, aber ich sage es dennoch ganz bewußt, auch in bezug auf die Wortmeldung

meines sehr geschätzten Kollegen Dr. Friedrich Pfohl, in bezug auf die Frage des Parteibuches. Wissen Sie, ich bin Sekretär des ÖAAB und beschäftige mich, so gut ich eben kann, mit diesen Fragen von der linken und rechten Seite aus und versuche zu sehen, wo da wirklich die Mitte ist. Wissen Sie, es ist so, und es muß so sein, ein Parteibuch darf nicht Anspruch auf Wohnung und Arbeitsplatz sein, weil ja die Parteien auch nicht Wohnungs- und Arbeitsplatzversorgungsinstitute sind. Das hat es vielleicht vor 20, 30 Jahren einmal gegeben, daß man gemeint hat, das sei ein Grund, zu einer Partei zu gehen, sollte es aber nicht sein. Mitglied einer Partei zu sein heißt, sich zu einer Gesinnung zu bekennen. Wenn man sich bestimmte Medien der letzten Monate und Jahre anschaut, muß ich schon auch festhalten, die Art, wie Menschen, die sich zu einer Partei, also zu einer Gesinnung, bekennen, heruntergemacht werden, nehme ich nicht oder jedenfalls sehr ungern zur Kenntnis. Ich habe ein Interview gelesen, und diese Zeilen werde ich nie vergessen, wo einer, der eine hohe Funktion in der Steiermark bekommen hat, auf die Frage, warum er glaubt, besonders qualifiziert zu sein, gesagt hat: Ich gehöre keiner Partei an. Ich sage Ihnen, das sind, im Regelfall vielleicht nicht, aber oft, jene, die vorher schon mehreren Parteien angehört haben. Mir ist einer, der sich zu einer Partei bekennt und dieses Bekenntnis zum Ausdruck bringt, lieber als jemand, der sozusagen unter der Decke agiert. Ich bin überzeugt, daß die Demokratie Bekennermut braucht; sich zu einer Partei bekennen heißt, sich zu einer Gesinnung zu bekennen. Das möchte ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Es gibt zu viele, die parteilos sind und in Wahrheit gesinnungslos werden. Vor diesen möchte ich mich persönlich in meiner Arbeit eigentlich hüten, denn es ist mir lieber, wo immer man tätig ist zu wissen, mit wem man es zu tun hat. Aber wir müssen auch zugeben, daß eben diese Entwicklung, in der wir stehen, einen Ursprung hat. Der Ursprung ist, daß das Parteibuch mißbraucht wurde, und das gilt es in allen Bereichen abzuschaffen. Deshalb appelliere ich auch an die SPÖ, in ihren großen Mehrheitsbereichen hier einen Schritt nach vorwärts zu tun in die Richtung, die wir im Land Steiermark eigentlich vorangehen, unter anderem mit diesem Landespersonalbeirat, wo ich allen, vor allem den Fraktionsführern, der Kollegin Minder, der Kollegin Kammlander und dem Kollegen Mag. Rader, für die alles in allem sicher gute Zusammenarbeit danken. Ganz besonders danke ich aber dem zuständigen Referenten, der diese Frage zu einer Lebensaufgabe für sich gemacht hat und ununterbrochen mit den besten Instituten auch in Verbindung ist, was man noch verbessern könnte, nämlich Dr. Arthur Oberascher mit seinem Team, der Frau Adler, dem Herrn Kurzweil und der Frau Verdnik. Danken möchte ich aber auch der Landespersonalvertretung für ihre Arbeit, dem Landespersonalvertretungsobmann Regierungsrat Hans Lautner, dem Obmannstellvertreter Dr. Königswieser und all den Kollegen und Freunden, die verantwortungsvoll für die Bediensteten des Landes Steiermark tätig sind. Glück auf. (Beifall bei der ÖVP. – 17.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Meyer.

Abg. Meyer (17.40 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Befremden habe ich festgestellt, daß unter der Budgetpost 0/7301 die Ausgleichstaxen nach dem Invalideneinstellungsgesetz im Jahre 1990 gegenüber 1989 verdoppelt wurden. Sie betragen 1990 3,250.000 Schilling. Das heißt im Klartext, daß das Land Steiermark sich noch mehr als bisher der Verpflichtung entziehen will, Invalide beziehungsweise behinderte Menschen nach diesem Gesetz einzustellen. Bekanntlich soll ja je 25 Arbeiter ein Invalide eingestellt werden. Der Betrag von 3,2 Millionen Schilling, der im Budget als Zahlung für die Nichteinstellung behinderter Menschen vorgesehen ist, bewirkt natürlich, daß viele Invalide arbeitslos bleiben werden, weil das Land lieber Ausgleichszahlungen leistet, anstatt sie einzustellen. Ich meine, daß das Land Steiermark hier beispielgebend sein und den invaliden Menschen, die ohnehin schwer genug vom Schicksal getroffen sind, durch Aufnahme in den Landesdienst wirklich helfen müßte. Wie sollen wir von den privaten Unternehmern die Einhaltung von Gesetzen verlangen, wenn das Land selbst seiner Verpflichtung nicht nachkommen will? Ich fordere daher die hierfür Zuständigen, die Rechtsabteilung 1, auf, jene Menschen, die der Hilfe der gesamten Gesellschaft, insbesondere aber der Hilfe der öffentlichen Hand, am meisten bedürfen, in Zukunft, wie es im Invalideneinstellungsgesetz vorgesehen ist, auch tatsächlich beim Land zu beschäftigen und sich nicht weiterhin dieser Verpflichtung durch Zahlungen zu entledigen. Ich finde das unerhört. (Beifall bei der SPÖ. – 17.43 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer (17.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wir diskutieren das Budget 1990, und dabei, wenn man es genau nimmt, überwiegend Pflichtausgaben. Neue Gesetze bringen, das muß uns bewußt sein, zumeist zusätzliche Pflichtausgaben beziehungsweise Aufwendungen, die für die Umsetzung zu erfüllen sind. Ich gebe zu, es ist sehr schwierig, das immer im vorhinein richtig einzuschätzen; allerdings, wenn ein Gesetz 15 Jahre alt ist, sollte uns das zwischenzeitlich gelingen. Das Raumordnungsgesetz 1974, einschließlich aller sechs Novellen und Verordnungen, ist ein Pflichtauftrag an die Landesregierung, an die Gemeinden und schließlich an uns alle, die wir durch die gesetzlichen Bestimmungen eingebunden sind. Damit man mir nicht Planungseuphorie vorwirft beziehungsweise diese nicht auf mich allein bezieht, zitiere ich Paragraph 1 Punkt 2 des Raumordnungsgesetzes: „Raumordnung im Sinne dieses Gesetzes ist, die planmäßige, vorausschauende Gestaltung eines Gebietes und die nachhaltige und bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraumes im Interesse des Gemeinwohles zu gewährleisten.“ Ende des Zitats. Das Raumordnungsgesetz 1974 wurde ohnehin um Jahrzehnte zu spät beschlossen. Erstens, weil schon viel Ungeordnetes passiert war, und zweitens, weil schon viel zu tun versäumt wurde.

Ich habe diese 15 Jahre hier im Haus miterleben können und mich auch bereit erklärt, aktiv mitzuarbei-

ten – ich muß leider feststellen, wenn die Landesregierung in diesem Tempo weitermacht, mißachtet sie nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen beziehungsweise den Auftrag, sondern wir bleiben weiterhin hinter den Erfordernissen zurück und sind an den schlechten Positionen selber schuld.

Konkret: Das Landesentwicklungsprogramm sieht zwölf Sachprogramme vor, davon sind erst vier in Rechtskraft. Alle zwölf Themen sind sehr wichtig: von Natur- und Landschaftspflege bis zum Verkehrswesen, und von Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr bis zur Abfallwirtschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wäre es mit einem Sachprogramm für die benachteiligte Bevölkerung im Grenzgebiet? Wie sollen neue Themen bearbeitet werden, wenn die vorgegebenen nicht zustande kommen? Inhaltlich sollten die Sachprogramme nicht so weit zusammengestrichen werden, daß sie nicht mehr das Papiert wert sind, sondern als Arbeitsgrundlage akzeptiert werden und Verwendung finden. Jene Regierungsmitglieder, die eifersüchtig ihren Entscheidungsspielraum verteidigen, sollten gute Konzeptionen akzeptieren lernen und sich über den nächsten Wahltermin hinaus verantwortlich fühlen. Die 16 Regionalprogramme sollten weitgehend durch Personen aus der Region konzipiert und umgesetzt, zumindest aber mitgetragen werden. Dafür waren die fünf Jahre zwischen 1977 und 1982 vorgesehen. Wir haben das Jahr 1989 beinahe vollendet, nicht aber die Regionalprogramme verabschiedet. Ich habe im Bezirk den Eifer der beteiligten Personen miterlebt, aber auch den Unmut und den Frust, wenn wieder und wieder von vorne begonnen werden mußte.

Das Raumordnungsgesetz, Paragraph 4 Punkt 1, schreibt vor: „Die Landesregierung hat die Bestände aufzunehmen und auf dem letzten Stand zu halten.“ Das bedeutet, das Arbeitsvolumen ist zu bewältigen. Das Raumordnungsgesetz, Paragraph 6 Punkt 4, verpflichtet in Richtung Bund und benachbarter Länder, auf die Wahrung der Belange der überörtlichen Raumordnung des Landes hinzuwirken. Meine Damen und Herren, das bedeutet für mich agieren, das bedeutet, die eigenen Wünsche rechtzeitig zu deponieren und zu betreiben. Als Beispiel: Wo bleiben unsere Intentionen zum Landesverkehrsplan oder die Terminalfrage, die Trassenführung Graz–Klagenfurt – Eisenbahnverbindung? Ist abzusehen, ob eine Direktverbindung Graz–Ungarn ein wichtiges überörtliches Raumordnungserfordernis wird? Jedenfalls müssen Sachprogramme erstellt und laufend überarbeitet sowie die erklärten Interessen ausgewiesen werden.

Das Raumordnungsgesetz, Paragraph 7 Punkt 2, sagt: „Der Raumordnungskataster kann von jedermann eingesehen werden.“ Voraussetzung ist doch wohl, daß die vorausschauende Arbeit geleistet wurde, dann dargestellt wird.

Wie sieht es eigentlich mit der Entschädigungsfrage aus, wenn die Landesregierung gesetzlichen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommt? Ich habe in der vorletzten Sitzung hier Zeugnis dafür abgegeben, daß die zuständigen Beamten der Fachabteilung Ib und der Rechtsabteilung 3 sich redlich bemühen und auch sehr gute Arbeit leisten; ich appelliere heute noch einmal an die Landesregierung, unseren diesbezüglichen Antrag ernst zu nehmen und umgehend die

Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeiten entsprechend dem gesetzlichen Auftrag erledigt werden können. Erstens, meine Damen und Herren, weil nicht nur die Bürger Gesetze zu beachten haben, sondern natürlich und in vorbildlicher Form die Landesregierung zuerst, und zweitens, weil wir die Ergebnisse dieser Arbeiten dringend benötigen, um in der Steiermark aufzuholen. Ich unterstelle Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als erklärtem Vater dieses Gesetzes keine Kindesweglegung, ich weiß, daß ihm als zuständigem Regierungsmitglied Intentionen aus dem Raumordnungsgesetz noch ernstes Anliegen sind. Allerdings habe ich den Eindruck, daß die Kinderbeihilfe nicht reicht und daß die volle Unterstützung seiner Regierungskollegen fehlt.

Kollege Dr. Lopatka, es genügt uns SPÖ-Abgeordneten nicht, wenn es in guten Konjunkturzeiten in allen Landesteilen der Steiermark bergauf geht. Um aufzuholen, muß es sehr, sehr steil bergauf gehen. Davon hast du konsequenterweise ja nicht gesprochen!

Die lachenden und glücklichen Menschen, die Frau Landesrat Klasnic überall im Grenzland sieht, sollen sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß es viel zu tun gibt für das Grenzland. Wir tun gut daran, keine Selbstzufriedenheit aufkommen zu lassen. Es genügt uns SPÖ-Abgeordneten nicht, meine Damen und Herren, wenn Sie die Situation im Grenzland für in Ordnung erklären und dies in Sonntagsreden verkaufen. Ich bedaure wirklich, daß viele Menschen gutgläubig darauf hereinfließen. Denn ich fürchte, solange Ihnen dieses gelingt, werden Sie Ihren Arbeitsstil nicht ändern! Ich glaube, Sie sollten mit Ihren Kollegen im Nationalrat über die tatsächlichen Erfordernisse reden, wie der Herr Kollege Trampusch das hier heute schon ausgeführt hat. (Abg. Dr. Maitz: „Wir tun auch sehr viel!“) Offensichtlich haben die Kollegen aus dem Nationalrat ihr Ohr näher am Volk als Sie. (Abg. Dr. Maitz: „Wir tun auch sehr viel!“) Ich habe versucht, die Erfordernisse der Raumordnung in aller Kürze in Erinnerung zu bringen, und zwar nicht nur deshalb, weil der Gesetzestext zu erfüllen ist, daran möchte ich nachdrücklich und eindeutig erinnern, sondern weil die Erfordernisse anstehen. Kollege Trampusch hat heute Gorbatschow zitiert mit dem Ausspruch: „Wer zuspät kommt, den bestraft das Leben“. Meine Damen und Herren, wenn wir zuspät kommen, werden vor allem die Steirerinnen und Steirer bestraft, und das ist die Realität, das ist unsere tägliche Praxis. Wir müssen endlich dazu kommen, hier einen anderen Arbeitsstil anzuwenden. Jedenfalls solange ich diesem Hohen Haus angehöre, werde ich mich dafür einsetzen, daß wir einen Arbeitsstil entwickeln, der in modern geführten Betrieben üblich ist. So verschieden sind nämlich die Problemgebiete insofern nicht, als auch ein gut geführter Betrieb ein gutes Marketing braucht. Allerdings muß dieses Unternehmen auch in der Lage sein, tatsächlich gute Ware zu liefern.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, reklamiere ich noch einmal die termingerechte und umfassende Erfüllung der Bestimmungen des hier beschlossenen Raumordnungsgesetzes 1974 und aller seiner Verordnungen. Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 17.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (17.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich aus drei Gründen zu dieser Gruppe zu Wort gemeldet: Erstens die Entwicklung in den bisher kommunistisch regierten Ländern Osteuropas, das wurde heute schon angesprochen. Zweitens das neue Kontrollinitiativgesetz und drittens die Verhandlungen über die neue Landesverfassung, die in großer Intensität über fünf Jahre dauern und die sich in einem Stadium des „Endspurts“ befinden.

Meine Gedanken zu den kommunistisch regierten Ländern Europas, die friedliche Oktober- und Novemberrevolution in Polen und in der DDR und die sich täglich überschlagenden neuen Nachrichten aus den einstigen Ostblockstaaten sind zutiefst bewegend. Der große Siegeszug der Demokratiebewegung, also jener Werte, die wir seit mehr als vier Jahrzehnten gemeinsam vertreten, darf aber nicht aus selbstzufriedener Lehnstuhlperspektive beobachtet werden. Wir alle sind herausgefordert, einerseits in der konkreten und massiven Hilfestellung, und andererseits in der Frage, die wir uns ernst und schonungslos stellen müssen: Was bedeutet das für uns außer der Bestätigung, daß das demokratische Mehrparteiensystem und die soziale Marktwirtschaft allen anderen überlegen sind? Da glaube ich schon, dem Kollegen Trampusch eine Antwort geben zu können. Es geht nicht um Klassenkampf oder Kapitalismus, es geht um das Mehrparteiensystem und die soziale Marktwirtschaft. Was können wir tun, um die Strahlkraft unseres Systems zu erhöhen?

Ich möchte eine kurze Begebenheit erzählen, die wir in Prag vor mehreren Jahren gehabt haben. Es war damals erschütternd, wie die Menschen in Unfreiheit gelebt haben und nicht die notwendigsten täglichen Bedürfnisse befriedigen konnten. Wie wir dann zum Schluß der Begegnungen in Prag mit verschiedenen Leuten gesprochen haben: Was können wir denn für euch tun? Da haben sie uns gesagt: Erstens kommt uns besuchen, damit wir wissen, daß wir nicht vergessen sind. Zweitens – und das hat mich am meisten überrascht, als Vaclav Havel, der heute Gott sei Dank große Freiheitskämpfer und anerkannte Dichter, uns das Schaufenster einer freien demokratischen Ordnung gezeigt hat, das funktionierende System, damit wir Anreize und Zustimmung bekommen, Ähnliches zu versuchen. Es ist aber auch bei uns nicht alles bestens im Parteien- und Verbändestaat Österreich. Ich will keine falschen Vergleiche anstellen, aber sind nicht auch aus der Arbeiterkammer, wie die Wahlbeteiligung gezeigt hat, Arbeitnehmer scharenweise ausgewandert? Haben sich nicht viele Menschen, vor allem auch junge und kritische, von verkrusteten Strukturen und verbrauchten Spielarten der Politik abgewendet? Perestrojka ist auch bei uns ein Erfordernis, wenn wir die Vitalität und Erneuerungskraft unserer Demokratie glaubwürdig unter Beweis stellen wollen. Für unsere Bevölkerung, aber auch für jene Staaten, von denen ich vorhin gesprochen habe. Vorbildfunktion, Schaufensterfunktion für die Länder, die bisher im Osten Europas kommunistisch regiert waren. Ich habe Vaclav Havel schon einmal zitiert, und ich möchte ihn noch einmal zitieren. In einem Interview des „Spiegels“ vor wenigen Wochen hat er folgendes zu dem Thema formuliert: In den Ländern des ehemaligen Sowjet-

blocks wird vielleicht ein neuer Typ von Demokratie entstehen. Eine mechanische Kopie der klassischen parlamentarischen Demokratie Westeuropas wird es jedenfalls nicht geben. Aber wir haben das Vorbild deutlich vor Augen. Es geht nicht darum, ferne Ereignisse mehr oder weniger klug zu dokumentieren, es geht insbesondere darum, konkrete Beispiele hierzu zu zeigen. Wenn ich bei dieser Gelegenheit den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller anspreche, der viele Jahre vor den jetzt möglichen Hilfeleistungen in Polen eine große Aktion aufgezogen hat. Aber nicht allein das. Inzwischen macht auch seine Frau in Stille und Bescheidenheit, Klarheit und Konsequenz einen großartigen, ständigen Gütertransport für sozial bedürftige Familien in Polen, und das ist die konkrete Hilfe, die wir meinen. Persönliche Kontaktnahme. Wir fragen dort, was gebraucht wird, und das bringen wir auch selbst dorthin, wo es gebraucht wird. Das ist einfach menschliche Nähe und menschliche Hilfeleistung.

Jetzt möchte ich aber zurückkommen zum Bestreben der steirischen Demokratiereform, wo wir beispielgebend tätig sind. Vor vielen Jahren haben wir damit begonnen, mit dem Landesrechnungshof, mit dem ersten unabhängigen Landesrechnungshof in Österreich. Über das Volksrechtegesetz, das wir gemeinsam beschlossen haben, und innerhalb der laufenden Verhandlungen zur Landesverfassung zeigt sich heute wieder ein Meilenstein: Nämlich das Kontrollinitiativgesetz, das ein sehr starkes Instrument neuerlicher Bürgerbeteiligung darstellt. Mit diesem Steiermärkischen Kontrollinitiativgesetz setzen wir einen weiteren wichtigen Schritt für mehr Bürgerbeteiligung und geben neuerlich ein Beispiel für alle österreichischen Bundesländer. Mit diesem Gesetz erhalten 2 Prozent der Landesbürger die Möglichkeit, eine Gebarungskontrolle durch den Landesrechnungshof durchzusetzen. In diesem Zusammenhang empfehle ich sehr, die Paragraphen 2 bis 8 des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes nachzulesen, wie intensiv diese Möglichkeit ist. Ich sage es hier nur vereinfacht: Alle Abteilungen und Einrichtungen des Landes, alle wirtschaftlichen Unternehmungen, an denen das Land mit mehr als 25 Prozent beteiligt ist oder finanziell, organisatorisch oder wirtschaftlich eine beherrschende Rolle spielt, alle Institutionen, die mit Landesgeld arbeiten und unter ganz bestimmten Voraussetzungen eben auch die Gemeinden und Unternehmungen, die Förderungsmittel des Landes bekommen, wie zum Beispiel die Wohnbauträger. Für alle diese Unternehmungen gibt es künftig die Möglichkeit, daß Landesbürger eine Kontrolle initiieren und durchsetzen können. Ich glaube, daß wir von diesem Landtag aus einen dreifachen Dank für diese Reformarbeit schuldig sind. Erstens Univ.-Prof. Wolfgang Mantl mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an seinem Institut, zweitens dem Verhandlungsteam der sozialistischen Fraktion unter der Führung des Landesrates Dr. Klausner und dem Prof. Wielinger als dem Leiter des Landesverfassungsdienstes, und drittens allen Kollegen aus meiner Fraktion, die immer wesentliche Mitstreiter im Sinne der größeren Möglichkeit der Bürgerbeteiligung sind. In diesem Zusammenhang will ich noch zwei Antworten auf Kollegen, die hier in diesem Bereich das Wort ergriffen haben, geben. Kollege Günther Ofner, ich weiß nicht, ob er jetzt da ist. (Abg. Günther Ofner:

„Ich bin da!“) Ja. Die Gemeinderatsbeschlüsse, die die Möglichkeit eines Volksbegehrens nach sich ziehen können, können auf zweifache Weise gestaffelt werden. Die Gemeindeordnung bietet die Möglichkeit, Ausgaben bis zu einem bestimmten Betrag zur Beschlußfassung den Gemeindevorständen zu übertragen. Ein gutes Beispiel gibt dafür die Gemeinde Deutschlandsberg. Dort sind alle Beschlüsse, die für den täglichen Betrieb notwendig sind, bis 500.000 Schilling durch den Gemeindevorstand zu fällen, und damit sind sie nicht der Wartefrist zum Volksbegehren unterworfen. Da haben wir die kleineren, sogar bis 500.000-Schilling-Fälle, abgedeckt. Im Zweiten glaube ich, daß die Beschlüsse – (Abg. Günther Ofner: „Das geht nicht!“) Wohl, das geht. Nach der Gemeindeordnung völlig eindeutig. In der Gemeinde Deutschlandsberg sind zum Beispiel 500.000 jener Prozentsatz des Gemeindehaushaltes. (Abg. Günther Ofner: „Die haben ein großes Budget, die kleineren Gemeinden aber nicht!“) Das Beispiel Deutschlandsberg stimmt. Eine kleinere Gemeinde hat ein kleineres Budget und beschließt deshalb eine solche Summe, die der kleineren Gemeinde angemessen ist. Darüber hinaus glaube ich, daß man bei Beträgen, die diese Höhe übersteigen, durchaus diese Überlegungsfrist zum Anlaß nehmen und fragen soll, ist es notwendig, die Dringlichkeit zu beschließen, oder ist es möglich, daß die Genehmigung der Aufsichtsbehörde abgewartet und damit gleichzeitig die Frist für ein Volksbegehren, also die drei Monate, verstreicht.

Aber ich sage auch dazu, wir haben uns im gemeinsamen Unterausschuß dazu verstanden, nun einmal das System funktionieren zu lassen und Erfahrungen zu sammeln, und sind dann selbstverständlich wieder bereit, uns zusammzusetzen und anhand von Erfahrungen, aber nicht gleich auf den ersten Schub hin, zu sagen, das oder jenes gehört geändert. Versuchen wir es einmal mit der Gemeindeordnung und der sogenannten Wartefrist, und beobachten wir, ob sich das einspielt oder nicht. Der ursprüngliche Zweck war, daß die Gemeindevertretung sich bei wichtigen Abschlüssen fragen soll, wie dringend ist eine Sache, und wenn sie dringend ist, dann wird sie so beschlossen, wenn sie nicht dringlich ist, warten wir durchaus die Frist des Volksrechtegesetzes ab. Es ist eine praktikable Lösung, und wir können, wenn wir einige Zeit Erfahrungen gesammelt haben, selbstverständlich wieder darüber reden, auch um etwas zu novellieren. (Abg. Günther Ofner: „Herr Kollege Dr. Maitz, haben Sie noch nie gehört, daß das nicht geht?“) Das stimmt eben nicht, weil der allergrößte Teil der Gemeinden nicht einmal die Möglichkeit genutzt hat, nach dem Paragraphen 43 der Gemeindeordnung – ich glaube es richtig im Kopf zu haben – jenen Betrag an den Gemeindevorstand delegieren zu lassen, um die täglichen Aufgaben ohne Probleme lösen zu können. Wir können sicher noch darüber verhandeln, wir sollten aber diese Wartefrist einhalten.

Zum Kollegen Mag. Rader: Natürlich ist das Kontrollinitiativgesetz ein sehr strenges und scharfes Instrument. Deshalb haben wir für dieses strenge und scharfe Instrument eine entsprechende Zahl von Unterschriften vorgesehen. Wir haben ja auch die begleitende Kontrolle und die Vergabekontrolle, auch da kann es solche Initiativen geben. Wir wollen haben,

daß initiative Bürger aktiv sind, und nicht nur – und das sage ich nicht abwertend – Parteisekretariate. Das ist selbstverständlich auch möglich. Wir wollen die Bürger zur Initiative bringen, dazu veranlassen, eine solche Initiative für eine Gebarungskontrolle zu erreichen.

Nun zum Landesverfassungsgesetz und zu den Verhandlungen, die dazu geführt werden:

Wir haben bisher durchgesetzt den Landesrechnungshof, das Volksrechtegesetz, das Kontrollinitiativgesetz – zur Zeit ist das Gesetz über die Vergabekontrolle in Verhandlung; wir haben ein Paket innerhalb dieser Verfassungsverhandlungen verabschiedet, das sich sehen lassen kann. Zur eigentlichen Reform der Landesverfassung lassen Sie mich fünf Punkte herausstellen, die mir sehr wesentlich scheinen:

Erstens die Verankerung des Umweltschutzes in der Landesverfassung: Die Gefährdung der Umwelt droht, die Gesundheit der Menschen und das Gleichgewicht der Natur zu stören. Dieses große Gegenwartsproblem stellt herausragende Anforderungen an die Initiative des einzelnen und des Landes. Diesem Sachverhalt wollen wir Rechnung tragen, weil der Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage der Bevölkerung eine vordringliche Aufgabe des Landes ist. Weiters wollen wir das Subsidiaritätsprinzip für die Verwaltung verankern. Damit soll – und das ist heute auch schon mehrmals angeklungen – der Überforderung des Landes Einhalt geboten und die Initiative des einzelnen gefördert werden. Das ist ein durchgehendes Prinzip. Es wird ausgesprochen, daß die Wirtschaftstätigkeit des Landes den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen muß und daß Tätigkeiten, die von Privaten besser und wirtschaftlicher besorgt werden können, vom Land nicht übernommen werden sollen. Das ist, glaube ich, auch ein ganz wesentlicher Grundsatz.

Als dritten Punkt stelle ich heraus die politische Unvereinbarkeit zwischen Abgeordneten und Regierungsamt. Ich möchte das auch deshalb zur Diskussion stellen, weil als Ausfluß der Verfassungsautonomie der Länder alle Bundesländer, ausgenommen das Burgenland, schon jetzt Unvereinbarkeiten zwischen dem Amt eines Präsidenten des Landtages, zum Teil heißt er auch Vorsitzender, und der Stellung als Mitglied in der Landesregierung haben. Diese verfassungspolitische Linie will die ÖVP durch eine allgemeine Unvereinbarkeit der Mitglieder in gesetzgebenden Organen des Landes, also Abgeordneten, und der Mitgliedschaft in der Landesregierung weiterentwickeln und damit dem neuen Verständnis einer neuen Gewaltenteilung folgen. Die Verankerung der politischen Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat entspricht in der Konkordanzdemokratie den Erfordernissen einer effizienten Kontrolle. Durch die strengere politische Unvereinbarkeit soll ein weiterer Schritt zur Verhinderung der Kumulation von Machtposition und öffentlichen Ämtern gesetzt werden.

Der vierte Punkt, den wir in diesem Verfassungspunkt als wesentlichen Punkt deponieren, ist der unabhängige Vorsitzende für einen Untersuchungsausschuß.

Zur Vermehrung der gewaltenteilenden Strukturelemente und zur Erhöhung einer sachgerechten parla-

mentarischen Kontrolle der Vollziehung durch Untersuchungsausschüsse will die ÖVP vorsehen, daß zum Vorsitzenden eines Untersuchungsausschusses eine nicht dem Landtag angehörende unabhängige, fachlich qualifizierte Persönlichkeit zu bestellen ist. Damit soll die Verhandlungsführung im Untersuchungsausschuß schon von der organisatorischen Gestaltung her dem Vorwurf mangelnder Objektivität entzogen werden.

Der fünfte Punkt, den wir zur Diskussion stellen: Eine sachliche Voraussetzung für die Erfüllung der dem Landtag zugeordneten Aufgaben ist die Bereitstellung von Informationen zur Problemlösung, mehrfach heute auch angesprochen. Ich glaube, daß wir ein Instrument neu einführen sollen, das ist das Instrument der Enquete. Der rechtlichen Möglichkeit der Abgeordneten, sich erforderliche Informationen zu verschaffen, aber auch im Interesse einer lebendigen Gestaltung der parlamentarischen Arbeit im Hinblick auf die Öffentlichkeits- und Kontrollfunktion des Landtages sollen die Einrichtungen der grundsätzlich öffentlichen Anhörungen und Enqueten dienen. Daß ein parlamentarisches Bedürfnis dazu besteht, haben inzwischen alle Fraktionen mehrfach gezeigt, und daß eine solche Einführung durchaus zu guten Ergebnissen führen kann, zeigen die im Salzburger Landtag abgehaltenen Enqueten nur des Jahres 1989. Es gab in diesem Jahr dort drei Enqueten zu folgenden Themen: „Transitverkehr durch Salzburg“, höchst aktuell, „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ und „Humanes Krankenhaus“. Im übrigen ist das Recht auf Einsetzung einer Enquete auch als Minderheitsrecht zu konstruieren.

Zum Schluß dieser Betrachtungen über die neue Landesverfassung lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß jene Landesverfassung, deren Grundzüge aus den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts stammen, nach fünf Jahren intensiver Arbeit zu Beginn der neunziger Jahre gemeinsam in eine unserer Zeit entsprechende Form gegossen werden kann. Wir müssen vor allem wissen, daß eine solche neue Landesverfassung als Jahrhundertprojekt dann gut ist, wenn sie mehr Bürgermitbestimmungsmöglichkeiten bietet, wenn sie die öffentliche Verwaltung durchschaubarer und kontrollierbarer macht, wenn sie Minderheitenrechte postuliert und anerkennt, aber trotz all dieser Voraussetzungen die Funktionstüchtigkeit des Landtages und die Entscheidungsfähigkeit der Landesregierung gewährleistet. Für eine bestmögliche künftige politische Arbeit, gemeinsam mit der steirischen Bevölkerung, soll diese Landesverfassung dienen.

Dazu wünsche ich mir und auch für diese steirische Bevölkerung, daß die SPÖ-Fraktion dieses Hauses ihre immer wieder aufschwappenden Wellen Konfrontation statt Zusammenarbeit wieder in eine Form bringt, die da lautet: Diskussion und Zusammenarbeit. Die heute wieder deutlich gezeigte aggressive Welle der Herabsetzung von ÖVP-Initiativen kann diesem Ziel sicher nicht dienen und ist auch in der Bevölkerung nicht gefragt. Ich glaube, daß die Bevölkerung von uns politische Kompetenz wünscht, und nicht politische Präpotenz.

Ich möchte Ihnen zum Schluß einfach zum Nachdenken einen Aphorismus des tschechischen Dichters Dragoslav Mistic sagen: In jedem fehlerhaften Men-

schen steckt ein fehlerloser Politiker. Wir sollten uns das hie und da selber zur eigenen Kontrolle vor Augen halten. Ich danke den Damen und Herren, die mir zugehört haben, herzlich dafür. (Beifall bei der ÖVP. – 18.16 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (18.16 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Paragraphen 94 der Steiermärkischen Gemeindeordnung hat jeder steirische Bürger das Recht, dann eine sogenannte Vorstellung beim Land Steiermark einzubringen, wenn er glaubt, in seinen persönlichen Rechten verletzt zu sein. Der Gesetzgeber hat damit ein demokratisches Instrument geschaffen, das dazu beitragen soll, das Rechtsempfinden zu stärken und das Vertrauen in unsere Verwaltung zu erhöhen. Ich schildere Ihnen nun einen Vorfall, der uns alle nachdenklich stimmen sollte. Ereignet hat sich das in einer Gemeinde. Eine Familie, die seit Jahren durchschnittlich 100 Kubikmeter Wasser verbraucht hat, fiel aus allen Wolken, als sie von der Gemeinde die Mitteilung erhielt, daß der Verbrauch für das vergangene Jahr 3309 Kubikmeter betragen hat, also ein 33mal größerer Wasserverbrauch. Nicht weniger als 18.000 Schilling, es handelt sich um ein Pensionistenehepaar, sollten bezahlt werden. Unter dem Hinweis, daß der Wasserzähler und die Absperrung dazu frei zugänglich sind, die Familie also nicht schuld ist, erhielt sie dann von der Gemeinde den Bescheid, daß auf Grund der Erhebungen diese Summe vom Gemeinderat auf 4000 Schilling reduziert wird. Da die Familie nun davon ausgegangen ist, daß sie wirklich nicht schuld an der ganzen Sache war, wurde dagegen eine Berufung eingebracht, die in der ersten und zweiten Instanz, also Bürgermeister und Gemeinderat, mit Mehrheit abgelehnt wurde und die 4000 Schilling zu bezahlen sind. Nun wurde das Mittel der Vorstellung beim Land Steiermark eingebracht, ein legitimes Recht jedes Steirers. Doch das sollte dieser Familie zum Verhängnis werden. Der Vorstellung wurde Folge gegeben. Der angefochtene Bescheid wurde zur neuerlichen Entscheidung an die Gemeinde zurückgegeben. Für die Begründung der Aufhebung durch das Land war aber nicht die Gebühr entscheidend, sondern sie lag darin, daß unzuständigerweise die Festlegung der Wassergebühr auf 4000 Schilling durch den Gemeinderat, und nicht durch den Gemeindevorstand erfolgte. Mir persönlich unverständlich, muß ich dazu sagen. Also der Bescheid wurde aufgehoben. Wie reagierte nun der Bürgermeister, es handelt sich um die Gemeinde Neuberg? Er hat nun, das werden Sie nicht glauben, diese Familie bestraft, und zwar hat er keine weitere Ermäßigung gewährt, er ist auch nicht bei den 4000 Schilling geblieben, sondern er hat zur Strafe diese Summe wieder auf 18.000 Schilling erhöht. Sie können sich vorstellen, daß das für diese Familie moralisch ein schwerer Schlag ist. Denn wie komme ich dazu, wenn ich ein Mittel, das mir zusteht, anwende und ich statt 4000 18.000 Schilling zu bezahlen habe! Ich bitte Sie, darüber nachzudenken. Vielleicht können Sie mithelfen und mittun, daß man das doch ändert. Vielleicht haben Sie einen Weg. Ich darf Ihnen noch eines sagen:

Es handelt sich hier um einen Pensionisten, der zu 70 Prozent Schwerkriegsbeschädigter ist. (Beifall bei der ÖVP. – 18.21 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl das Wort.

Abg. Pörtl (18.21 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 0 wird auch der weite und gesamte Komplex der Regionalförderung und der Raumordnung abgewickelt, und budgetär im Ansatz sind diese Bereiche in dieser Gruppe festgehalten. Wir alle wissen ganz genau, und der Kollege Kohlhammer hat in einer gewissen kritischen Form ausgeführt, daß es hauptsächlich an den Konzepten, den Plänen der Landesregierung, liegt, wovon die zukünftige wirtschaftliche Weiterentwicklung vieler, vor allem strukturschwacher Regionen abhängt. Ich möchte fast sagen, daß wir in einer Zeit leben, wo eine sehr markante Position in einer Problembewältigung bisher für mich und für die meisten Familien das Motto war: sehen, urteilen, handeln. Sehr oft habe ich den Eindruck gehabt, man beschränkt das auf sehen, urteilen, verurteilen. Ich glaube, ganz entscheidend wird in der Zukunft sein: sehen, urteilen und vor allem handeln. Wir haben tagtäglich, jahrzehntelang, diese Beispiele in der Wirtschaft, in den öffentlichen Körperschaften. Wir haben beim nächsten Kapitel unsere Einsatzorganisationen, die nach diesem Motto handeln, und nicht nach gesetzlichen Richtlinien allein. Gerade in dieser Frage Raumordnung haben wir das Faktum, daß wir relativ stark neigen, mit einem Beispiel ausgesprochen: Wir haben zwar die Situation, das Problem, sprich den Patienten, wir holen den Arzt, der analysiert, er schiebt den Patienten durch den Scanner. Es gibt den Befund, aber die entscheidende Frage ist das Handeln. Ich glaube, hier ist sehr Wesentliches aus dem Ergebnis unserer Raumordnung, unserer regionalen Wirtschaftsentwicklung, passiert. Ich glaube vor allem, daß dieses positive Handeln ebenfalls erwähnt gehört. Wir alle wissen sehr genau, daß wir die Problembereiche Bergland und Grenzland haben, daß wir die Strukturschwächen der Obersteiermark, genauso wie die wirtschaftlichen Probleme in den Grenzland- und Hügellgebieten, haben. Wir wissen ganz genau, daß nur das dynamische Handeln in der konzeptiven Vorbereitung, aber ganz konkret draußen in den Regionen entscheidend ist. Ich glaube vor allem, daß wir diese naturräumlichen Hoffnungsansätze positiv beleben müssen, und wir wissen ganz genau, daß mit Angst, mit Feststellen von Zuständen allein keine Lösung erreicht wird, und ich glaube das nicht, wie manche hier in diesem Hause behaupten, daß es ein bewußtes Gesundbeten ist, eine Aufforderung zum Nichtstun, sondern um die Aktiven, die Dynamischen zu motivieren und vor allem auch die Chancen der schwächeren Regionen im Positiven zu betrachten, und wir wissen genau, daß vor allem naturräumlich für die Dienstleistungsentwicklung in der Wirtschaft hier beste Voraussetzungen, gute Verkehrsverbindungen, gegeben sind.

Denken wir an die Autobahnanschlüsse, denken wir vor allem auch an die klimatischen Voraussetzungen, denken wir an das, im Fachjargon gesprochen, hohe

Humankapital, das sind die hohen Geburtenraten, die jungen Bevölkerungsstrukturen. Ich glaube, daß wir diese Phänomene der steigenden Pendlerzahlen sehr systematisch in der praktischen Arbeit draußen in den Regionen, und ich komme aus dem Hartberger Land, wo wir über die Parteien, über unsere Interessensvertretungen hinweg diesen pädagogischen Vorgang der positiven Motivierung aller aktiven Kräfte umsetzen sollen. Ich glaube vor allem, daß wir mit verschiedensten schwerpunktmäßigen Aktionen, mit projektbezogenen Aktivitäten nach dem Motto „aus Problemen Chancen entwickeln“ praktische Erfolge und einen Auftrieb und vor allem auch das erreicht haben, daß wir marketingmäßig unserer Region nicht nur im Fremdenverkehr, sondern auch im eigenen Bewußtsein eine sehr dynamische innere Gesinnung gegeben haben, was eine entscheidende Voraussetzung ist.

Ich glaube vor allem, daß es uns sicherlich gelingt – und wir haben in der Steiermark Beispiele, denken wir an die weiten Gebiete, wie die Obersteiermark mit der Eisenstraße, den weiten Raum der Dachstein-Tauern-Region, die Apfelstraße, die Weinregion, die Thermenregion, an solche projektbezogene Aktivitäten –, mit der gezielten Förderung im Rahmen der Fünf-Prozent-Klausel diese raumwirksamen konkreten Aktivitäten praktisch umzusetzen. Ich möchte an dieser Stelle für diese konzeptive Arbeit im Rahmen des Raumordnungsgesetzes der Landesregierung herzlich danken und sie sehr gezielt auffordern, daß wir eine überzeugende Arbeit als Praktiker draußen in den Regionen mit diesem Gesetz und diesen Verordnungen leisten müssen. Positives Denken ist sehr gut, aber nicht ersetzbar ist positives Handeln, und um dieses möchte ich bitten, daß der Steiermärkische Landtag motiviert und nicht demotiviert, selbstverständlich kritisiert, aber vor allem animiert. Und in diesem Sinne möchte ich glauben, daß wir in der bewegten Zeit uns vor allem auf unsere eigene Kraft, auf die eigenen Chancen, auf die eigenen Voraussetzungen konzentrieren müssen. In diesem Sinne einen herzlichen Dank für die Ansätze im Rahmen der Gruppe 0 für Regionalförderung und für die Förderung strukturschwacher Gebiete. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.24 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (18.24 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich habe der Frau Präsidentin Meyer die von ihr aufgeworfene Frage nach dem erhöhten Budget in der Frage Invalideneinstellungsgesetz bereits schriftlich und mündlich beantwortet. Ich darf nur, weil sie es im offenen Haus aufgeworfen hat, zur Erklärung sagen, es ist nicht der Fall, daß das Land sich seiner moralischen Verpflichtung entzieht und dadurch einen höheren Ausgleichsbetrag zahlen muß, sondern es ist diese Erhöhung deshalb erforderlich gewesen, weil wir seit zwei Jahren für die Landeslehrer, die zwar vom Bund bezahlt werden, aber dienstrechtlich Landeslehrer sind, diese Ausgleichstaxe, die früher der Landesschulrat bezahlte, bezahlen müssen. Ich hoffe, daß das damit aufgeklärt ist.

Nun möchte ich im Zusammenhang mit dem Budget 1990 zur öffentlichen Verwaltung etwas sagen: Ich

habe in meiner Tätigkeit festgestellt: Erstens eine kontinuierliche Ausweitung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die mit der Entwicklung von der Hoheits- zur Dienstleistungsverwaltung einhergeht.

Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht nicht uninteressant und auch weitgehend unbekannt, daß nicht einmal ein Fünftel unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nämlich 17 Prozent, in der sogenannten Hoheitsverwaltung tätig sind, während die übergroße Mehrheit von mehr als vier Fünftel im Bau- und Schulwesen, im Sozial- und Gesundheitswesen und anderen Aufgabenbereichen für den Bürger tätig ist. So sind die eigentlichen Beamten auch in der Minderheit und die Vertragsbediensteten in der Mehrheit. In der steirischen Landesverwaltung stehen derzeit 4000 Beamte 14.000 Vertragsbediensteten gegenüber.

Zweitens kommt hinzu die Herausforderung der modernen Technik an die Verwaltung.

Drittens die Wandlung vom autoritären zum serviceorientierten Selbstverständnis der Verwaltung, und schließlich viertens die Internationalisierung der Verwaltung.

Es genügt nicht mehr, daß die vollziehende Gewalt für Sicherheit und Ordnung sorgt, was traditionell geheißen hat, daß sie untersagend und maßregelnd auftrat, sie muß vielmehr dafür sorgen, daß alle Bürger gleiche Chancen erhalten, daß sie sozial abgesichert, beruflich gebildet und gefördert werden, daß die Infrastruktur einigermaßen tadellos funktioniert, daß optimale Bedingungen in der Gesundheitspflege bestehen, Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden, daß die Umwelt nicht zerstört, zugleich aber die Wirtschaft gefördert wird und viele ähnliche, nahezu der Quadratur des Kreises entsprechende Aufgaben, die gelöst werden sollen.

Diese Aufgaben haben sich also zunächst in der Menge quantitativ verändert. Die Arbeit hat sich aber auch qualitativ verändert. Die Komplexität der Gesetze wird sehr oft von vielen, auch hier in diesem Hause, beklagt: Sie trifft die Verwaltung, welche sie zu vollziehen hat, ebenso wie den betroffenen Bürger, der mit diesem Gesetz leben muß. Beiden schafft es zunächst oft Frustrationen. Auch die Vielzahl der Gesetze und Verordnungen irritiert viele. Einige Zahlen dazu: Noch 1936 gab es 475 Bundesgesetzblätter, 1987 696 und 1988 schon 761.

Das Hauptproblem liegt darin, daß diese Regelungen leider auch immer kurzlebiger werden. Das bedeutet ständiges Lernen für den, der sie vollziehen muß. Und dennoch werden sowohl von den Bürgern und von den verschiedenen Interessensvertretungen, aber auch von vielen, vielen Mandataren immer wieder neue Gesetze bei jedem möglichen Anlaß gefordert.

Wie reagiert nun die Personalpolitik des Landes auf solche Veränderungen? Seit etwa zwei Jahren existiert das Modell über die Objektivierung. Es ist heute schon darüber geredet worden. Ich rufe nur noch einmal die Kernpunkte des Einstellungsmodells in Erinnerung: erstens die öffentliche Ausschreibung der freien Dienstposten, also die wirkliche Transparenz. Jeder steirische Bürger kann sich bewerben, Zeitung lesen muß er am Donnerstag, das können wir ihm nicht abnehmen.

Zweitens das Auswahlverfahren, das durchgeführt wird, welches sich aus Interviews, psychologischen Tests, Arbeitsproben und Fachtests zusammensetzt.

Drittens die Vorlage der nach Punkten bewerteten Bewerbungen an den Personalbeirat, dem Abgeordnete der im Landtag vertretenen Parteien und Arbeitnehmervertreter angehören, und schließlich viertens die Einstellungsempfehlung an mich als Personalreferenten.

Die erste Ausschreibung fand am 20. November 1987 statt. In der Zwischenzeit sind es 30 Ausschreibungen von über 160 Dienstposten geworden. Ab Jänner des kommenden Jahres sind, mit Ausnahme des reinen Hilfsdienstes, alle Verwendungsbereiche erfaßt. Wir haben das schrittweise gemacht. Zug um Zug wurde für Schreib- und Kanzleikräfte, Maturanten, Akademiker und Arbeiter ein Einstellungsmodell erarbeitet, das von anderen Gebietskörperschaften als vorbildlich anerkannt wurde, womit ich nicht sagen will, daß es nicht in Zukunft veränderbar und verbesserbar ist, aber es wurde zumindest zuletzt auch vom Land Kärnten nachgeahmt.

Anläßlich der Beschlußfassung wurde vereinbart, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Modells Überlegungen anzustellen, welche Verbesserungen möglich sind.

Anhand von konkreten Abläufen, Materialien, realen und fiktiven Problemstellungen vor Ort wurde nunmehr eine Bestandsaufnahme vorgenommen.

Auf Grund der Bewertung und des Vergleichs mit gängigen Such- und Auswahlverfahren wurde sodann ein Ideenkatalog erstellt, der in Form von Lösungssätzen Verbesserungsmöglichkeiten für das praktizierte Modell enthält und aufzählt. Diese wiederum können die Grundlage für einen daraus ableitbaren Maßnahmenplan bilden. So werden wir uns Gedanken machen über die Form der Ausschreibungen, insbesondere Textung und Gestaltung der Inserate, damit sie einfach und allgemeinverständlich sind, sowie Zugänglichkeit für den Bewerber. Des weiteren werden die Mitarbeiter des Einstellungsreferates in der Rechtsabteilung 1 weiter geschult im Bereich Interview und Bewerberkontakt. Auch an eine Erweiterung der Testsysteme auf die Bereiche Persönlichkeitsdiagnose und Interessenstestung ist gedacht.

Derzeit wird an einer Intensivierung der längerfristigen Personalplanung und -entwicklung gearbeitet. Hier muß der Hebel angesetzt werden, um über diese Maßnahmen Personaleinsparungen in bestimmten Sparten der Landesverwaltung zu erreichen. Ich stimme hier mit den Ausführungen von Landesrat Dr. Klauser in seiner Budgetrede durchaus überein.

Wie ist nun, meine Damen und Herren, die Gesamtsituation auf dem Personalsektor nach dem vorliegenden Dienstpostenplan?

Der Landesdienstpostenplan 1990 umfaßt einschließlich der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie der zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, jedoch ohne Pflicht- und Berufsschullehrer, insgesamt 17.171 Dienstposten. Das müssen nicht Personen sein, ich sage nur ein Beispiel: Teilzeit. Hievon entfallen auf die allgemeine Verwaltung und auf Anstalten und betriebsähnliche Einrichtungen insgesamt 8181 Dienstposten, auf Dienstposten

zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne des Landes 388 Dienstposten, auf Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfeverbände 421 Dienstposten, auf Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 438 Dienstposten und auf Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft zugewiesenen Landesbediensteten (gegen Ersatz der Bezüge), aber letztes Endes zählt das doch irgendwo das Land, 7743 Dienstposten. Stellt man diese 17.171 Dienstposten jenen des heurigen Jahres gegenüber, so bedeutet dies bei den im Zuständigkeitsbereich der Rechtsabteilung 1 gelegenen Dienstposten, das sind 9428, eine Verringerung um acht Dienstposten, bei den Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, es sind dies 7443, eine Reduzierung um 371 Dienstposten.

Wie ich bereits im Vorjahr ausgeführt habe, wurden diese 371 Dienstposten in den Steirischen Landeskrankenhäusern nicht eingespart. Es sind nur weniger Landesbedienstete geworden. Diese Zahl erklärt sich dadurch, daß die in diesem Bereich ausgeschiedenen Landesbediensteten nicht durch neue Landesbedienstete, sondern durch Gesellschaftsbedienstete ersetzt wurden.

Nach Köpfen waren zum Stichtag 31. Oktober dieses Jahres in den 21 steirischen Landeskrankenhäusern 8766 Landesbedienstete beschäftigt. Und ich möchte an dieser Stelle auch etwas ausführlicher auf die allgemeine Personalsituation in unseren Landeskrankenhäusern eingehen.

Die in diesem Bereich beschäftigten Landesbediensteten wurden, wenn Sie sich erinnern, anläßlich der Gründung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft formal durch ein eigenes sogenanntes Zuweisungsgesetz der Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten, wie es so schön geheißen hat, zur Dienstleistung zugewiesen.

Zum damaligen Zeitpunkt waren die heutigen Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes nicht vorhersehbar. Derzeit müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß das Arbeitszeitgesetz nur auf Gesellschaftsbedienstete anwendbar ist, auf Landesbedienstete nicht. Das heißt, daß Diensterteilungen, die für Landesbedienstete gang und gäbe sind, dann, wenn sie auf Gesellschaftsbedienstete angewendet werden, jedenfalls nach Ansicht des Arbeitsinspektorates, verwaltungsstrafrechtliche Folgen nach sich ziehen. Andererseits ist der Großteil der Gesellschaftsbediensteten den Landesbediensteten gegenüber dienstrechtlich eher schlechtergestellt. Ich nenne nur beispielhaft die Unterschiede bei der Vordienstzeitanrechnung, bei den Vorrückungen, beim Fahrtkostenzuschuß und bei den freiwilligen Sozialleistungen des Landes.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich diese unterschiedlichen Behandlungen nicht gerade günstig auf das Betriebsklima in den einzelnen Häusern auswirken. Gerade in einem Krankenhaus, dessen reibungsloser Betrieb auf ein gut funktionierendes Teamwork angewiesen ist, kann sich diese unterschiedliche dienstrechtliche Behandlung der Mitarbeiter in letzter Konsequenz auch auf die Patientenbetreuung negativ auswirken. Und ich bin nicht der einzige, der in letzter Zeit immer stärker von einer Verschlechterung des

Betriebsklimas in den einzelnen Landeskrankenhäusern hört. Diese Situation wird jeweils in unmittelbarem Zusammenhang mit den beiden verschiedenen Dienstrechten gesehen.

Ich möchte daher auch nicht verhehlen, daß für mich die Überführung der Gesellschaftsbediensteten in den Landesdienst kein Tabu ist. Ich bin auch der Meinung, daß das Vertragsbedienstetengesetz des Landes keine schlechte dienstrechtliche Basis für die Arbeit in den Landeskrankenhäusern ist.

Ich will diese Gelegenheit aber auch nützen, um Sie von Entwicklungen in anderen Bundesländern, die die Besoldung des Spitalspersonals betreffen, zu informieren. So hat zum Beispiel die Gemeinde Wien für alle Bediensteten, die dem Krankenpflegegesetz unterliegen, ein eigenes Besoldungsschema mit Wirkung vom 1. Jänner 1990 eingeführt. Die Gründe sind bekannt. Die zusätzlichen Kosten in Wien werden dafür mit zirka 320 Millionen Schilling jährlich angenommen. Die Umlegung dieses neuen Gehaltsschemas auf die Steiermark würde geschätzte jährliche Mehrkosten von ungefähr 50 Millionen Schilling bedeuten. Aber auch in anderen Ländern werden ähnliche Regelungen überlegt. Die rigorose Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, dessen Anwendung, wie ich gehört habe, nach Wunsch von Sozialminister Geppert für den gesamten öffentlichen Dienst zum Tragen kommen sollte, würde allein für die steirischen Landeskrankenhäuser jährliche Mehrkosten von über 200 Millionen Schilling bedeuten.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen ist es mir schleierhaft, daß Kollege Dr. Klauser in seiner Budgetrede am vergangenen Dienstag eine weitergehende Budgetsanierung durch Personaleinsparungen für möglich hält und davon abhängig macht. (Landesrat Dr. Klauser: „Aber nicht bei den Spitalern!“) Die gehören dazu, Herr Kollege, Sie wissen das so gut wie ich, wir reden ja oft im Gesellschafterausschuß darüber. Letzten Endes zahlt es ja doch das Land. Ich stimme mit ihm durchaus überein, daß man die Notwendigkeit der von der öffentlichen Hand durchgeführten Aufgaben laufend einer Überprüfung unterziehen muß. Und ich kann mir auch durchaus vorstellen, daß in bestimmten Bereichen Einsparungspotentiale vorhanden sind. Diese Einsparungspotentiale werden aber im übrigen durch neue Anforderungen meistens kompensiert. Sehr neugierig wäre ich aber, wo der Finanzreferent Personaleinsparungen in den einzelnen Landeskrankenhäusern der Steiermark ortet. Wenn Sie die Medienberichte in letzter Zeit verfolgt haben, wird Ihnen nicht entgangen sein, daß Spitalslandesrat Dr. Strenitz wiederholt mit zusätzlichen Personalforderungen in diesem Bereich an die Öffentlichkeit gegangen ist, weil er geglaubt hat, daß er das muß.

Ich halte angesichts dieser Probleme überhaupt nichts von einem Schwarz-Peter-Spiel, denn die Personalkosten der Landeskrankenanstalten werden auch zum großen Teil aus dem Landesbudget bestritten. Ich halte es aber auch für realitätsfern zu glauben, daß sich die Steiermark von den genannten Entwicklungen in den anderen Ländern abkoppeln wird können. Dann bestünde nämlich die große Gefahr, daß in Zukunft die steirischen Landeskrankenhäuser jene Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt erhalten werden, die anderswo auf Grund ihrer mangelnden Qualifikation nicht

unterkommen. Das kann wohl nicht unser Wollen sein. Daß es im Pflegedienst auf dem Arbeitsmarkt bereits jetzt Engpässe gibt, ist auch kein Geheimnis. Realität ist weiters, daß Spitzenmedizin nicht nur von der Geräteseite her teuer, sondern zusätzlich sehr personalintensiv ist. Modernste Geräte sind ohne qualifiziertes Personal wertlos. Wenn wir in der Steiermark einen zeitgemäßen medizinischen Standard aufrechterhalten beziehungsweise erreichen wollen, müssen wir den Mitarbeitern attraktive Arbeitsplätze, sowohl was die Arbeitsbedingungen betrifft, als auch von den finanziellen Voraussetzungen her anbieten können. Und je rascher auf dem Personalsektor in unseren steirischen Landeskrankenhäusern die Weichen für die Zukunft gestellt werden können, desto konkurrenzfähiger werden wir im bereits begonnenen Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter abschneiden. Soweit zu dieser ganz speziellen Problematik.

Meine Damen und Herren! Der Personal-, Pensions- und Sozialaufwand des Landes einschließlich des Aufwandes für die zur Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, aber ohne Pflicht- und Berufsschullehrer, beträgt insgesamt über 6,7 Milliarden Schilling. Am Landesbudget ergibt das einen Bruttoanteil von 25,1 Prozent der Gesamtleistung für das Personal, ohne Personal- und Pensionsaufwand für Pflicht- und Berufsschullehrer, weil dieser zum Großteil vom Bund getragen beziehungsweise refundiert wird. Darin ist auch die Begründung für die vermeintliche Diskrepanz zu dem im Budget veranschlagten Gesamtpersonalaufwand des Landes Steiermark von 9,7 Milliarden Schilling, das sind 36,4 Prozent, zu sehen. Man kann es so und so rechnen, aber das ist die Erklärung.

Am Ende meiner Ausführungen noch kurz ein Blick auf die legistischen Tätigkeiten und EDV-Aktivitäten der Personalabteilung.

Das Landespersonalvertretungsgesetz wurde bereits erwähnt. Der Entwurf eines Gesetzes über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Dienststellen des Landes beschäftigten Bediensteten, das sogenannte Landesbedienstetenschutzgesetz, liegt inzwischen ebenfalls vor. Besonderes Augenmerk wird darin auch auf die gesetzliche Vorsorge des Schutzes der Bediensteten, die mit Bildschirmarbeit, also EDV, befaßt sind, gelegt. Die Personalvertretung konnte hiebei wertvolle Anregungen einbringen.

Im EDV-Bereich arbeitet die Rechtsabteilung 1 an der Erstellung eines Landespersonalinformationssystems. Diese Serviceleistung wird es den Abteilungen beziehungsweise Dienststellen, den Dienststellenpersonalvertretungen und der Landespersonalvertretung ermöglichen, Personaldaten bei höchstmöglicher Gewährleistung des Datenschutzes zu verwalten und auszutauschen.

Abschließend, meine Damen und Herren, danke ich dem Vorstand der Rechtsabteilung 1, Herrn Hofrat Dr. Greimel, und allen seinen Mitarbeitern für die gute und nicht immer leichte Arbeit, die sie im Rahmen der Personalverwaltung für das Land Steiermark leisten. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.48 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 0 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Pinegger: Ich verzichte auf das Schlußwort und beantrage, die Gruppe 0 „Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung“ zur Abstimmung zu bringen.

Präsident Dr. Kalnoky: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 0 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Hammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammer (18.49 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ umfaßt diese Kapitel, und ich bitte, in die Spezialdebatte einzusteigen.

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth (18.49 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Verehrte Freunde des Roten Kreuzes, des Bergrettungsdienstes und der Feuerwehr!

Ich freue mich sehr, daß Sie heute zu diesem Tagesordnungspunkt gekommen sind, weil ich glaube, daß für das Rote Kreuz und für den Bergrettungsdienst mit dem Beschluß über ein Landesrettungsdienstgesetz ein ganz entscheidender Schritt für die Zukunft gesetzt wurde. Kollege Mag. Rader hat im November vergangenen Jahres einen Antrag für ein Bergrettungsgesetz eingebracht. Seitens der Landesregierung wurden zwei Vorlagen betreffend ein Bergrettungsdienstgesetz sowie den allgemeinen Rettungsdienst vorgelegt. Dies hat dazu geführt, daß ich vom Herrn Landeshauptmann und von meinem Klub beauftragt wurde, ein steirisches Rettungsdienstgesetz zu machen. Ich habe mich zu Beginn dieses Auftrages gar nicht so sehr darüber gefreut, weil ich der Auffassung bin, daß wir ohnehin schon zu viele Gesetze hätten. Ich wurde aber sehr rasch eines Besseren belehrt, denn wenn man sich in finanzieller Hinsicht (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Raum!“) mit der Problematik der Rettungsdienste befaßt, kommt man sehr schnell darauf, daß sich diese steirischen Rettungsdienste ein Gesetz verdient haben, um damit ihre finanzielle Basis gesichert zu haben. Dies ist der Sinn dieses Gesetzes. Das heißt trotzdem nicht, daß die einzelnen Rettungsdienste alle Sorgen los sind, sie werden so wie bisher ihre große Eigeninitiative einsetzen müssen, um alle ihre Wünsche auch erfüllen zu können. Ein Gesetz kostet Geld. Durch dieses Gesetz werden die Gemeinden verpflichtet, je Einwohner 12 Schilling an das Rote Kreuz abzuführen. Das ergibt einen Betrag von rund 14,2 Millionen Schilling für die gesamte Steiermark, der gesetzlich abgesichert ist. Ich sage das deshalb, weil bisher das Jahreseinkommen des Roten Kreuzes von Spenden und der Subvention des Landes einen Betrag von 11,3 Millionen Schilling ausgemacht hat. Ich glaube, daß es doch bemerkenswert ist, daß nun 14,2 Millionen Schilling gesetzlich abgesichert sind! 15 Prozent dieses Betrages, das sind rund 2,1 Millionen Schilling, sind für den noch auszubauenden Notarztdienst für die gesamte Steiermark

zweckgebunden. Für diesen Notarztdienst braucht das Land einen Rechtsträger, der die notwendigen organisatorischen Arbeiten erfüllen kann. Für mich ist es keine Frage, daß es mit dem Roten Kreuz zu einer solchen Vereinbarung und einem Vertrag kommen muß. Das Rote Kreuz selber hat mit den Gemeinden einen Vertrag über deren Leistungen abzuschließen. Diesbezügliche Vertragsentwürfe werden dem Roten Kreuz seitens des Landes beigelegt. Ich weiß auch, daß die Gemeinden mit dieser neuen Belastung nicht nur Freude haben. Es ist aber auch ein Gesetz der Solidarität, meine Damen und Herren, denn 17 Prozent der steirischen Gemeinden haben bisher keine Leistungen für das Rote Kreuz erbracht, obwohl man davon ausgehen kann, daß es keine Gemeinde gibt, wo das Rote Kreuz nicht tätig ist. Ich glaube daher, daß dies wirklich eine Frage der Solidarität ist.

Dieses neue Gesetz bringt natürlich auch eine Belastung für das Land Steiermark mit sich. Denn der gleiche Betrag von 14,2 Millionen Schilling, den die Gemeinden aufbringen, wird auch das Land für die allgemeinen Rettungsdienste in der Steiermark bereitstellen, um den überregionalen Rettungsdiensten vor allem eine finanzielle Basis zu geben. Das sind der Hubschrauberrettungsdienst, der Bergrettungsdienst, die Wasserrettung, die Hundebriade, die Flugrettung, die Höhlenrettung, das sind die überregionalen Rettungsdienste. Ich war selber 25 Jahre Obmann und Einsatzleiter des Alpinen Rettungsdienstes Gesäuse und freue mich daher ganz besonders, daß ich dem steirischen Rettungsdienst helfen konnte, mit diesem Gesetz seine Probleme zu lösen. Mir ist es auch klar und verständlich, daß mit diesem Gesetz österreichweit Auswirkungen zu erwarten sind.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! 23 Entwürfe haben unsere Beamten gemacht, bevor ich mit dem 24. Entwurf die Parteienverhandlungen aufnehmen konnte. Sie sehen daraus, daß wir uns diese Aufgabe beziehungsweise Arbeit nicht leicht gemacht haben. Ich habe auch nicht alle unsere Vorstellungen durchsetzen können. So war es mir nicht möglich, die von den Gemeinden aufzubringenden Beträge direkt vom Land einbehalten zu lassen. Ich hätte gerne den Gemeinden und dem Roten Kreuz vermehrte Verwaltungsarbeit erspart. Aber mir ist es auch klar, daß die Finanzverfassung es nicht vorsieht, daß direkt einbehalten wird. Es wäre nur gegangen, wenn man damit rechnen konnte, daß hier kein Einspruch erfolgt. Mir ist es auch klar, daß sich die Bürgermeister in ihrer Autonomie nicht gerne beschneiden lassen. Aber es ist mir persönlich auch sehr darum gegangen, ein Gesetz zu machen, dem alle Parteien zustimmen können, und mir ist es aber auch darum gegangen, daß mit diesem Steirischen Rettungsdienstgesetz nicht Politik gemacht wird. Denn das vertragen diese Rettungsdienste nicht. Durch diese Einstimmigkeit zeigt der steirische Landtag die große Verbundenheit und Anerkennung für die steirischen Rettungsdienste. Ich möchte mich herzlich bedanken, weil ich besondere Unterstützung gefunden habe bei Herrn Univ.-Prof. Dr. Wielinger, Hofrat Dr. Kleinsasser, Hofrat Dr. Konrad, dem Städtebund mit Dr. Eichhaber, dem Gemeindebund mit meinem Kollegen Hermann Kröll und Direktor Schögggl. Ich möchte ganz besonders ein herzliches Danke sagen dem Landesfinanzreferenten Dr. Klauser, der mich in

dieser nicht leichten Arbeit wirklich bestens unterstützt hat. Vielen herzlichen Dank für Ihre Hilfe. Ich danke aber auch dem Kollegen Mag. Rader, der Frau Kammländer und dem Herrn Dr. Korber für die Zustimmung zu diesem Gesetz. Ich danke besonders dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, daß er mir diese Aufgabe übertragen hat. Ihm war dieses Gesetz ein sehr persönliches Anliegen. Vor allem auch, daß in dieses Gesetz die Frage der Notarztproblematik eingebunden ist.

Hohes Haus! Ich bin davon überzeugt, daß es ein gutes Gesetz ist, das mit 1. Jänner 1990 in Kraft treten wird. Abschließend danke ich den steirischen Rettungsdiensten für ihren vorbildlichen Einsatz, den das Rote Kreuz sowie der Bergrettungsdienst seit über 100 Jahren an unseren Mitmenschen in der Steiermark leisten. Glück auf. (Allgemeiner Beifall. – 18.57 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (18.58 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Es ist ganz einfach das Wesen einer kontraversiellen Demokratie, daß die Scheinwerfer immer dann erloschen sind, wenn die Einigkeit wieder hergestellt ist, und daß sie meistens wieder dann strahlen, wenn es Streit und Auseinandersetzung gibt. Aber das ist halt einmal so. Gott sei Dank gibt es auch die Situationen, wo sich alle gefunden haben nach anfänglichen Schwierigkeiten zu einer gemeinsamen Beschlußfassung, und auch alle gefunden haben zu jenem Dank, den der erste Redner, der Kollege Kanduth, an die Rettungsorganisationen heute ausgesprochen hat und dem sich alle Fraktionen dieses Hauses, auch meine, anschließen. Ich darf vielleicht noch eines dazu sagen, was ich auch schon bei einer solchen Gelegenheit sagen durfte. Wenn in diesen Wochen und Monaten wiederum sehr viel von Selbsthilfeorganisationen und Bürgerinitiativen die Rede ist, so darf niemand vergessen, daß die Feuerwehren, die Rettungsorganisationen, das Rote Kreuz und alle anderen die ersten, die größten und die am längsten arbeitenden Selbsthilfeorganisationen und Bürgerinitiativen Österreichs sind. Für dieses gute Beispiel, meine verehrten Damen und Herren, die Sie uns heuer wieder besuchen, sei Ihnen auch herzlich gedankt. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ.)

Meine verehrten Damen und Herren! Wir haben heute eigentlich, wie es der Kollege Kanduth bereits formuliert hat, eine historische Situation. Nach jahrelangem Tauziehen, Überlegungen, Verhandlungen, die ja nie böswillig waren, sondern jede Einwendung, jede Diskussion hat ja ihren guten Grund gehabt, sind wir heute in der Situation, daß wir nunmehr einstimmig ein Rettungsdienstgesetz verabschieden werden, am Ende dieser Landtagssitzung morgen am Abend, aber wissen das heute schon. Das ist, auch das hat der Kollege Kanduth gut herausgearbeitet, eine Gemeinschaftsarbeit. Die einen haben ganz mühselig den Boden aufbereitet, das waren die Rettungsdienstorganisationen selbst. Ich sehe hier einige auch gegen das Scheinwerferlicht, die die Türen den politischen Referenten eingerannt haben, den politischen Fraktionen, die gesagt haben, wir brauchen doch eine Grundlage,

damit wir nicht jährlich betteln gehen müssen, um halbwegs über die Runden zu kommen. Das war die Aufbereitungsphase. Die zweite Phase war die Phase der Gesetzwerdung, wo die Beamten einen Entwurf nach dem anderen gemacht, abgesprochen, zurückgezogen haben, wieder einen neuen gemacht haben, und die dritte Phase war die der politischen Initialzündung, und da haben halt alle in diesem Haus ihre Rolle. Unsere Rolle ist immer irgendwann einmal, wenn wir das Gefühl haben, daß etwas ins Stocken geraten ist, durch keine kleine Initiative das wieder ins Rollen zu bringen. Gott sei Dank ist es gelungen. All jenen, die auch dieses Gesetz hier verabschieden wollen, durch eine Einbringung eines Gesetzentwurfes, den die Beamten und auch die Rettungsorganisationen ausgearbeitet haben, nicht wir, die Verhandlungen wieder in Schwung zu bringen, die Regierung dazu zu bringen, in der nächsten Sitzung gleich die Regierungsentwürfe auch auf den Tisch zu legen, die ohnehin gleichartig waren, und die Verhandlungen in Gang zu setzen. Ich bin eigentlich froh, daß schlußendlich diese Verhandlungen so rasch beendet worden sind und daß wir heute beschließen werden können. Ende gut, alles gut, könnte man sagen. Aber was jetzt offen bleibt, wie zum Geld gekommen wird und wer es zahlt, wissen wir. Ungefähr 14 Millionen werden die Gemeinden jährlich aufbringen. Dieselbe Größenordnung hat die Landesregierung dazuzulegen. Auch das steht in diesem Gesetz. Worum es jetzt gehen wird und was die Aufgabe des Landtages weiterhin ist, jetzt nicht zu sagen, es ist alles erledigt, geht uns nichts mehr an, nein – jetzt müssen wir als Landtag darauf schauen, daß diese Mittel, die durch die Landesregierung hereinkommen, auch gerecht verteilt werden. Die Rettungsorganisationen müssen nicht mehr betteln, sie haben einen Rechtsanspruch auf eine Förderung bekommen, und auch die Größenordnung ist klargestellt. Was wir jetzt müssen, ist, genau beachten und jährlich von der Landesregierung Rechenschaft, spätestens bei der Budgetdebatte, abverlangen, wie jetzt diese Mittel gerecht oder ungerecht auf die einzelnen Organisationen aufgeteilt worden sind. Das wird unsere Aufgabe sein, der vor allem wir uns unterziehen müssen. Ich bin froh, daß es auch solche Stunden der Einmütigkeit in einer Zeit der sehr kontroversiellen Auseinandersetzungen in der Politik gibt, Situationen der Einmütigkeit, die hoffentlich Zigtausenden Menschen in unserem Lande dienen wird und die Tausenden freiwilligen Mitgliedern der Einsatzorganisationen zumindest einen moralischen Dank für ihre ganzjährige ideelle Antwort gibt. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 19.02 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (19.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Herren der Steiermärkischen Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist mir heute ein ganz besonderes Bedürfnis, in Anwesenheit gerade unserer Feuerwehren und Rettungsmänner einen herzlichen Dank zu sagen für das, was sie immer wieder in den einzelnen Bezirken und Orten leisten. Wir Abgeordnete, die wir hier in der

Runde sitzen, sind ja ständig immer wieder gerne Gäste bei den verschiedenen Festlichkeiten und Veranstaltungen, und wir nehmen dort immer mit großer Genugtuung und Freude zur Kenntnis, was in den Einsatzorganisationen Feuerwehr, Rotes Kreuz, Gendarmerie, Polizei in der Freizeit geleistet wird. Es freut mich auch, daß der Herr Landesfeuerwehrkommandant da ist. Wir hatten ja vor kurzem den Landesfeuerwehrtag in Leoben, und wir haben miterlebt, wie Tausende Männer in ihrer Freizeit zur Verfügung stehen, wenn es gilt, das Gut und das Leben unserer Bevölkerung zu sichern. Wir wissen, daß gerade in unserer Zeit das Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung ganz groß ist und daß unsere Männer und Frauen und Mitbürger besonders sensibel in bezug auf Sicherheit geworden sind. Gerade in kleinen Gemeinden, und darüber möchte ich heute sprechen, hat auch der Gendarmerieposten eine ganz besondere Bedeutung. Nun hat die Mitteilung des Bundesministeriums für Inneres bezüglich der Auflösung von Gendarmerieposten in der Steiermark große Unruhe hervorgerufen. Wir kennen die Namen: Tragöß, Grundlsee, Altaussee, und wovon ich heute besonders sprechen möchte ist Sankt Stefan ob Leoben. Sie kennen diesen Ort, er erregte vor einiger Zeit schon den Unmut der Bevölkerung, weil seinerzeit die Bahnstation aufgelöst wurde, und nun mutet man zu, dort auch den Gendarmerieposten aufzulösen. Die Gemeindeverwaltung hat sich sofort an uns als zuständige Abgeordnete gewandt. Sie hat sich aber sofort auch mit einem Schreiben an den Bundesminister für Inneres gewandt und am 20. Juli ersucht, auf alle Fälle diesen Gendarmerieposten aufrechtzuerhalten. Und zwar deswegen aufrechtzuerhalten, weil Sankt Stefan ob Leoben 2180 Einwohner hat, ein Straßennetz von 60 Kilometer hat, zwei Bergbaue in diesem Ortsgebiet befinden und darüber hinaus auch die Lagerung von Sprengmitteln in diesen Bergbauen stattfindet. Es mag manchen eine Gemeinde von über 2000 Einwohnern als kleine Gemeinde erscheinen, aber das Bedürfnis nach Sicherheit ist in einer Großstadt und in einer kleinen Gemeinde gleich groß, und ich glaube, gerade die Bewohner von Sankt Stefan verstehen es nicht, wenn in der Bundeshauptstadt der Sicherheitsapparat verstärkt werden soll und man einfach hier einen Gendarmerieposten auflösen will. Die Gemeinde, die es sicherlich finanziell nicht leicht hat, hat sich gerne bereit erklärt, Mittel für die Neuausstattung des Postens zur Verfügung zu stellen, und wird alles tun, um auch von sich aus etwas beizutragen.

Ich möchte dir, sehr geehrter Herr Landeshauptmann Gross, danken, daß du nach meiner Intervention sofort beim Innenminister vorstellig geworden bist, weil ich glaube, daß wir Abgeordneten den Auftrag haben, sehr für die Sicherheit unserer Bevölkerung einzutreten. Ich darf, sehr geehrte Damen und Herren, die Steiermärkische Landesregierung auffordern, alles Notwendige zu unternehmen, damit die Auflösung von Gendarmerieposten verhindert wird, vor allem, daß die Mitbürgerinnen und Mitbürger von Sankt Stefan auch in Zukunft ruhig schlafen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 19.06 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (19.06 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich melde mich heuer zum ersten Mal zum Thema Rettungsdienstwesen, ganz kurz zu den Feuerwehren und zum Schluß zu der Landesverteidigung. Zum Rettungsdienstgesetz möchte ich nur anmerken, daß es uns wichtig war, auch auf dieses Gesetz Einfluß zu nehmen. Dies ist in einem ganz winzig kleinen Bereich gelungen: Es steht im Gesetz drinnen, daß die Helferinnen und Helfer angesprochen sind, nicht nur die Männer beim Rettungsdienst, sondern auch die Frauen.

Das war ein kleiner Teil, dem zugestimmt wurde, die anderen Teile wurden nicht angenommen.

Zu den Feuerwehren möchte ich mich heute zum ersten Mal melden und direkt die Feuerwehrleute ansprechen. Es ist zwar nicht üblich, daß sich Grüne mit Uniformierten so direkt verbünden, weil die Feuerwehr auch ein bißchen in den militärischen Bereich gerät, aber mir geht es eigentlich darum, daß ich die Ängste und Befürchtungen der Feuerwehrleute ernst nehme im Zusammenhang mit dem Gefahrgütertransport. Ich habe heute schon in meiner Wortmeldung zur dringlichen Anfrage darauf hingewiesen: 5 Prozent der Transporte auf den Straßen sind gefährliche Güter. Ich habe auch schon erwähnt, daß von fünf der überprüften Lkws vier nicht ordnungsgemäß deklariert sind, und im Unglücksfall sind die Feuerwehrleute dann diejenigen, die die Katastrophe zu bewältigen haben und vielleicht auf Grund der schweren Mängel gar nicht wissen, in welcher Form sie eingreifen können. Der Innsbrucker Feuerwehrkommandant hat sich in einer Fernsehsendung im Zusammenhang mit der Brennerautobahn dazu ganz massiv geäußert und hat wortwörtlich dort davon gesprochen, „daß die Feuerwehr heute ein Himmelfahrtskommando wäre“ – dies besonders dort, wo es Tunnelstrecken gibt. Ich setze mich in diesem Sinne in der Sache des Gefahrgüterverkehrs für die Feuerwehren ein, weil ich überzeugt bin, daß die Verlagerung von der Straße auf die Schiene mehr Sicherheit und weniger Unfälle bringt. Ich will aber den Teufel nicht an die Wand malen, noch bevor etwas passiert ist, ich möchte mich nur um diesen Bereich auch annehmen.

Meine eigentliche Wortmeldung betrifft den Förderungsbeitrag für die Umfassende Landesverteidigung. 1988 wurden einmalig 130.000 Schilling in den Rechnungsabschluß aufgenommen, heuer haben wir eine Erhöhung um das Zweieinhalbfache, es stehen 330.000 Schilling unter dieser Budgetposition zur Verfügung. Es ist zwar kein riesiger Betrag, aber was dahintersteckt, macht mich schon etwas betroffen. Vor allem, wie klammheimlich und ohne Begründung man sich aus dem Landestopf bedient, ist für mich im höchsten Grade fragwürdig und kritikwürdig. Ich weiß auf Grund meiner Nachfrage zum Rechnungsabschluß 1988, daß hier militärische Vereine gefördert werden, und ich zähle sie auf: das Militärkommando Steiermark für Anregungen und Hilfestellungen, das ist die Begründung, ich habe inzwischen keine bessere gehört; die Offiziersgesellschaft Steiermark für Informationsarbeit, für konzeptive Überlegungen für Zivil- und Militärbehörden, ein wehrpolitisches Symposium; die Unteroffiziersgesellschaft Steiermark; die Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung, die

Schulen, Lehrer und Bürgermeister informiert; die Interessensgemeinschaft Umfassende Landesverteidigung Graz; die gleiche Gesellschaft in Hartberg; die Aktion Aigen im Ennstal, da geht es um Offiziere, Unteroffiziere und auch um Zivilisten; die Offiziersgesellschaft Steiermark, der Arbeitskreis Grazer Universitäten. Ich möchte hier grundsätzlich den militärischen Verteidigungsbegriff in Frage stellen und nehme damit auch in Kauf – (Abg. Weilharter: „Das verstehen Sie nicht!“) Was heißt, ich verstehe das nicht! Ich bin genauso eine Bürgerin des Landes, um das zu verstehen, und nicht nur Sie, Herr Kollege! Nur weil Sie von der Freiheitlichen Partei sind, glauben Sie, ein Privileg auf militärisches Verständnis zu haben! Nein, so ist das nicht! (Abg. Gennaro: „Das glaube ich auch!“) Ob ich jetzt beim Militär war oder nicht – mein Vater war Gendarmeriebeamter, und ich kann Ihnen sagen, ich weiß, wie eine Uniform aussieht und wie das Verhalten eines uniformierten Menschen auch manchmal ausschauen kann!

Ich nehme damit auch in Kauf, Symbole der Staatsräson anzutasten. Welche Strategie verbirgt sich überhaupt dahinter, daß aus dem Landestopf Verteidigungsstrategien gefördert werden? Ich meine, daß die militärischen Sandkastenspiele, ob sie jetzt Defensiv- oder Offensivkonzepte heißen, unter den heutigen Bedingungen des Nuklearzeitalters schlicht anachronistisch sind. Unsere moderne Industriegesellschaft würde durch jegliche militärische Gewaltaktion im höchsten Maße gefährdet. Und sollen unsere militärischen Einrichtungen ausschließlich zur Abschreckung dienen, eine Verteidigungsaktion nur mit Notwehr gerechtfertigt werden? Das sind offene Fragen. Gilt im zivilen Leben Gewalt als abweichendes Verhalten, dann ist in den Kasernen doch ein gewisser Ton vorherrschend, der eher in die Richtung geht, unempfindlich zu werden und auch das Vergeltungsgedenken im Vordergrund zu haben. Ich glaube, daß das ein erwünschtes Ausbildungsziel ist. Ich glaube nicht, daß der militärische Betrieb eine Arbeit wie jede andere ist, und ich bin überzeugt, daß als Konsequenz der langsamen Abrüstung in Europa, wir haben ja in den letzten Tagen einiges erlebt – Ende des „kalten Krieges“ und so weiter –, genau in diesem Zusammenhang das wachsende Unbehagen am militärischen Auftrag wächst. Der Herr Kollege Dr. Maitz war vor ungefähr einem Monat in der Belgierkaserne dabei, ich glaube, die Diskussion war wirklich sehr kultiviert, und ich habe es als sehr angenehm gefunden, auch dort zu diskutieren. Man muß dieses Klima schon betonen, ich habe mich, obwohl ich dort eine komplett andere Meinung vertreten habe, in keinster Weise angeflegelt oder sonstwie gefühlt. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, daß sich latent immer noch eine Stimmung breitmacht, ich nenne das Gesinnungsmilitarismus; dieser gehört der Vergangenheit an, und weder Abfangjäger moderner Bauart noch Raketen sind notwendig für uns, um den Frieden zu sichern. Und ein Österreich ohne Bundesheer ist ohne weiteres denkbar, und deswegen, denke ich, kann ich ohne weiteres auch die geistige Abrüstung und Umverteilung dieser 300.000 Schilling für friedenspolitische Öffentlichkeitsarbeit verlangen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß der Zivilbevölkerung das Risiko der drohenden Vernichtung in diesen alten Konzepten aufgezogen wird; der Münchner Rechtsphilosoph Arthur

Kaufmann hat einmal gemeint: Ein einzelner kann den Standpunkt vertreten, daß er lieber sterben als in einer Diktatur leben will, doch niemand ist berechtigt, eine solche Entscheidung für das ganze Volk zu treffen und es damit untergehen zu lassen. Unser österreichisches Bundesheer bildet seine Soldaten wie jede andere Armee für den Kriegsfall aus. Krieg heißt einfach töten, darüber kommen wir nicht hinweg, und heißt auch, organisiert Gewalt anzuwenden. Diese „organisierte Friedlosigkeit“, wie das der Politikwissenschaftler Senghaas einmal bezeichnet hat, im Bundesheer muß gelernt werden, und zwar durch das Erlernen von Befehl und Gehorsam, durch routinehaftes Reagieren; das soll auch das Gewissen lähmen, Loyalitätsgefühle werden im Bundesheer strikt nur auf die eigene Nation und auf das eigene Territorium und, wenn es weit geht, noch in irgendwelche verbündete Länder gedacht. Also nur auf die eigene Nation und Freunde begrenzt, und die Menschheit als Ganzes rundherum, die auch mitbetroffen ist bei der heutigen Kriegstechnologie, für diese Menschheit rundherum darf nichts empfunden werden. Der Schweizer Max Frisch hat in der Zeit vor der Schweizer Volksabstimmung zur „Schweiz ohne Armee“ in seinem Buch geschrieben: Der Widerspruch, daß die Armee zur Verteidigung der Demokratie in ihrer ganzen Struktur antidemokratisch ist, erscheint nur als Widerspruch, solange man die Beteuerung glaubt, das Bundesheer verteidige die Demokratie. Ich möchte das nur kurz hier gesagt haben. Danke. (19.17 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel (19.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist eine gute Tradition, daß in dieser Budgetgruppe, wo über Ordnung und Sicherheit die Ansätze zu beschließen sind, nahezu in allen Bereichen Übereinstimmung herrscht, und das war auch in den letzten Jahren immer wieder so. Eine zweite gute Tradition ist, daß zu dieser Budgetgruppe die Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen, der Feuerwehr, der Rettung, der Bergrettung und anderer, zu den Budgetberatungen kommen, und ich darf sie alle recht herzlich begrüßen. Wenn von meiner Vorrednerin gemeint wurde, daß ein neuer Ansatz getroffen wurde, nämlich für die umfassende Landesverteidigung, und hier eine Aufstockung erreicht werden konnte, so finde ich es für gerechtfertigt, daß für den Österreichischen Kameradschaftsbund ein Betrag von 200.000 Schilling ausgewiesen wurde und der Bereich, der für die umfassende Landesverteidigung in den letzten Jahren über Nachbedeckungen immer wieder sichergestellt werden mußte, nunmehr auch ordnungsgemäß im Budget ausgewiesen ist. Ich halte das für richtig und meine auch, daß in der detaillierten Zuweisung der restlichen 130.000 Schilling sicher der zuständige Referent, unser verehrter Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, der sein wird, der die Zuweisungen richtig treffen wird.

Nun zum Konkreten der heutigen Budgetdebatte. Das Jahr 1989 war ein Jahr der zahlreichen Unwetter. Es waren 34 Unwetter mit zum Teil katastrophalen Folgen. Von diesen Unwettern waren nicht weniger als

elf steirische Bezirke betroffen. Am stärksten betroffen war der Raum Ligist in der Zeit vom 17. bis 19. August des heurigen Jahres, wo sogar eine Notstandssituation geherrscht hat. Es ist zu danken, daß damals in der sehr schwierigen Situation es unserer freiwilligen Feuerwehr gelungen ist, die Hauptlast mit den übrigen Helfern zu tragen. Hier darf ich gleich eingangs unserem Landesfeuerwehrkommandanten, Herrn Landesbranddirektor Karl Strablegg, Dank sagen, daß er als Bezirkskommandant von Voitsberg diese schwierige Situation mit seinen Einsatzorganisationen mustergültig gelöst hat. Das stellt auch unter Beweis, welches hohes Niveau vor allem unsere steirischen Feuerwehren in ihrer Ausbildung haben. Die Unwetterserie im heurigen Jahr bestätigt auch die Richtigkeit der steirischen Katastrophen- und Zivilschutzkonzeption und die Politik, die dabei, ausgehend von unserem Landeshauptmann und den vielen Helfern, in allen Bezirken und Organisationen gemacht wird. Der umfassende Katastrophenschutz ist für die steirische Bevölkerung sicherlich eine Beruhigung.

Eine Nachbetrachtung zu dieser heurigen Schadensanalyse kann aber auch eines zutage bringen, daß es ein vielleicht sogar arges Defizit in der Reaktion der gesamten steirischen Bevölkerung gebietsweise gibt. Man hat oft das Gefühl, daß die Bevölkerung mit einer Selbstverständlichkeit annimmt, daß die Freiwilligkeit gegeben ist und unsere freiwilligen Einsatzorganisationen immer wieder zu allen Katastrophen ausrücken. Selbstverständlich ist das so, und die Männer, aber auch Frauen, die dort ihren Dienst verrichten, machen das mit einer Selbstverständlichkeit und freiwillig. Es ist aber auch notwendig, daß wir diesen freiwilligen Einsatzorganisationen zumindest eine moralische Unterstützung insofern zuteil werden lassen, daß wir nicht nur hier die Ansätze für finanzielle Förderungen im Steiermärkischen Landtag beschließen, sondern daß wir auch um das Funktionieren und Koordinieren all dieser Einsatzorganisationen bestrebt sind.

Ich möchte den Landesfeuerwehrtag in Bad Gleichenberg als ein Beispiel herausgreifen, wo unsere freiwilligen Feuerwehren in der Steiermark ihre Schlagkraft dadurch bewiesen haben, daß sie auch in einem freiwilligen Einsatz zu einer solchen Landesveranstaltung an einem Sonntag kommen, und zwar in einer Vielzahl. Ich möchte hier einen Dank aussprechen an den langjährigen Landesbewerbsleiter, den Herrn Landesbranddirektorstellvertreter Friedrich Franz, der – so wurde mir berichtet – seinen 25. Landesleistungsbewerb in Gleichenberg geleitet hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und dafür sollte wohl auch hier im Hohen Landtag der Dank ausgesprochen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Mit dem Landesbranddirektor Strablegg danke ich auch im Zuge der Erwähnung des Landesfeuerwehrtages in Gleichenberg dem Landesbranddirektorstellvertreter Jimmy Nagl, der als Bezirksverantwortlicher für die Organisation dieses Tages mustergültig alles in Ordnung gebracht hat und damit eine Leistungsschau der steirischen Feuerwehren der Öffentlichkeit darbieten konnte.

Das Leistungspotential der steirischen Feuerwehren umfaßte im Jahr 1988 nicht weniger als rund 28.600 Einsätze. Das ist beachtlich. In diesem Zusammenhang sei mir auch erlaubt, eine lokale Berichterstattung

herauszugreifen: Bei einer Veranstaltung in Fürstenfeld vor wenigen Tagen wurde mir vom zuständigen Bezirkskommandanten berichtet, daß die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Fürstenfeld im jetzt laufenden Jahr 1989 nicht weniger als 450 Mal im Einsatz war. Man bedenke, 450 Einsätze pro Jahr, somit mehr Einsätze als das Jahr an Tagen aufzuweisen hat. Die Leistungen unserer freiwilligen Feuerwehr haben auch zutage gebracht, daß Menschenleben gerettet wurden, aber auch Sachwerte, und hier schätzt man, in einer Höhe von rund 912 Millionen Schilling. Die Brandeinsätze sind erfreulicherweise weniger geworden, demgegenüber werden aber die wesentlich schwierigeren technischen Einsätze immer mehr, und deren Steigerung ist leider in nächster Zeit noch zu befürchten.

Ich möchte noch neben den 28.600 Einsätzen unserer Feuerwehrmänner in der Steiermark herausgreifen, daß nicht weniger als 107.344 eingesetzte Männer ihren Dienst verrichtet haben und 247.000 Einsatzstunden dabei leisteten. Erfreulich ist, daß auch die Jugend bereit ist, in der Feuerwehr ihren Dienst zu tun, und die Zahl der Jungfeuerwehrmänner ist im Steigen; wenn ich erwähnen darf, daß im Jahr 1979 etwa 2500 Feuerwehrjugend im Bericht ausgewiesen wurde, so haben wir jetzt rund 3440 junge Feuerwehrmänner, die in der Arbeit der späteren Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr ausgebildet und eingewiesen werden.

Ich möchte dabei dem Gründer der Jugendfeuerwehr in der Steiermark danken, und zwar ist das der langjährige Landesfeuerwehrkommandantstellvertreter Gustav Weinhofer, dem ich auch von dieser Stelle aus nicht nur den Dank, sondern auch Grüße sagen möchte. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, ich stehe auf dem Standpunkt, daß es unser Ziel sein muß, unsere Bevölkerung noch mehr in den Katastrophenschutz einzubinden. Die Schadensereignisse werden immer mehr und die Ausmaße immer größer, und es wird in Zukunft notwendig sein, daß auch die Bevölkerung in der Lage ist, durch Kenntnisse in der Ersten Hilfe, in der Entstehungsbrandbekämpfung und in einem Mindestmaß an Wissen betreffend das Krisenmanagement im Haushalt eine aktive Rolle im Katastrophen- und im Zivilschutz übernehmen zu können. Aus diesem Grund muß jedem klar sein, daß auch der Zivilschutz in seiner neuen Form eine wesentliche Stütze unseres Sicherheitssystems sein muß. Die Aufgaben des Zivilschutzes, wie zum Beispiel die Selbstschutzausbildung in den Selbstschutzzentren der Gemeinden, erfahren durch die enge Zusammenarbeit mit den Feuerwehren, dem Roten Kreuz und der Bergrettung jene Bedeutung, die in einem Sicherheitssystem als unabdingbare Voraussetzungen zu gelten haben.

Zu diesen beispielhaften und hervorragenden Leistungen unserer Feuerwehren sind natürlich in gleichem Umfang auch die Leistungen des Österreichischen Roten Kreuzes der Landesstelle Steiermark anzuführen, und hier wurden durch nicht weniger als 7154 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund 2.950.000 unbezahlte Dienststunden geleistet. Erfreulich ist eines noch: daß etwa 62.000 Blutkonserven für unsere Spitäler für Schwerst- und Schwerkranke zur Verfügung gestellt werden und organisiert werden konnten.

Eine Zahl gestatten Sie mir noch, meine sehr verehrten Damen und Herren, herauszugreifen: Die Rettungsautos des Roten Kreuzes sind in der Steiermark nicht weniger als zehn Millionen Kilometer gefahren. Das Jugendrotkreuz, in dem 166.500 Schüler mitarbeiten und nahezu in allen Schulen das Jugendrotkreuz getragen wird, hat auch beachtlich mit wesentlichen Leistungen mitgeholfen.

Die Steirische Bergrettung mit insgesamt 1241 Einsätzen, wo auch weit über 1000 Personen in schwierigsten Einsätzen gerettet werden konnten, das soll besonders herausgestellt werden – hier waren 2928 Bergrettungsmänner in über 10.000 Stunden im Einsatz. Die Bereitschaftsstunden, die man natürlich auch bei einer solchen Aufzählung nicht weglassen sollte, haben 68.722 Stunden ausgemacht.

Ich möchte dann noch ganz besonders die Rettungshundebrigade erwähnen, die in Armenien und auch in der darauffolgenden sozialen Betreuung der armenischen Kinder im Einsatz war und dabei eine große Bewährungsprobe ablegte. Dabei danke ich allen, die mitgeholfen haben unter dem Landesleiter Wolfgang Gleichweit. (Allgemeiner Beifall.)

Die weiteren Einsatzorganisationen kurz aufgezählt, denen gleichfalls Anerkennung und Dank gebührt: die Österreichische Wasserrettung, der Steirische Tauchsportklub, der Österreichische Versuchssenderverband, die Selbstschutzgruppe der Handelskammer, die Rettungsflugwacht und die technischen Hilfsdienste. Natürlich muß der Vollständigkeit halber zu den steirischen Einsatzorganisationen, die freiwillig ihre Dienste leisten, auch das Österreichische Bundesheer bei seinen Assistenzleistungen und die Exekutive miteingebunden und auch ihnen der Dank ausgesprochen werden.

Ich freue mich aber, daß die Landeswarnzentrale in der Steiermark durchgehend besetzt werden kann und dafür auch personell Vorsorge getroffen wurde. 45 Funkkanäle und 25 Telefonstellen, der Katastrophenfunk des Landes, der Bergrettungsnotfunk, das Umwelttelefon, das Zivilschutztelefon sowie noch eine große Zahl von Direktleitungen, die dabei im Rahmen der Landeswarnzentrale gemeinsam ihren Dienst verrichten.

Der Katastrophenschutzplan des Landes Steiermark soll nicht unerwähnt bleiben, der in einer beispielhaften Weise koordinierend ausgearbeitet für den Ernstfall gegeben ist. Ein völlig neues Ziel wird angestrebt, und zwar mit Hilfe der EDV-Einrichtungen auch im Katastrophendienst förmlich im Sekundenbereich Einsätze zu organisieren.

Ganz kurz noch zur bewährten Feuerwehr- und Zivilschutzschule Steiermark in Lebring. Der Zubau hat sich bewährt, es hat auch nie Kritik hier im Steiermärkischen Landtag gegeben, obwohl hierfür auch beachtliche Mittel aufgewendet werden mußten. Es konnte eines damit erreicht werden, daß unsere Helferinnen und Helfer in unseren Einsatzorganisationen auch die notwendige Ausbildung erfahren können. Das zweite Ausbildungsjahr im Jahr 1989 brachte zum Beispiel im Feuerwehrbereich eine mengenmäßige Kurssteigerung um über 60 Prozent. Ich möchte hier einem Kameraden in der Feuerwehr, dem langjährigen Kursleiter, der seit Bestehen der Feuer-

wehrschnle dort seinen Dienst verrichtet hat, dem Herrn FOI Erich Pizerra für seine langjährige Tätigkeit den Dank aussprechen. Er ist nämlich im heurigen Jahr in den dauernden Ruhestand getreten.

Ich möchte den Tag der Einsatzorganisationen, der am 10. September des heurigen Jahres in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring begangen wurde, noch erwähnen, wo nicht weniger als etwa 3000 Personen sich von der Leistungsvielfalt der steirischen Einsatzorganisationen überzeugen konnten.

Eine permanente Herausforderung stellt auch das Funksirenensteuerungssystem dar. Ein System, an das in der Steiermark nicht weniger als 1050 Sirenen angeschlossen sind. Eine technische Einrichtung, ohne deren Leistung unsere Einsatzorganisationen weitgehend nicht in den Einsatz treten könnten.

Eines soll noch erwähnt werden, und hier hätte ich eine Bitte: Es gibt eine Vielzahl von Lokal- und Informationszeitungen, auch auf Gemeindeebene, daß die Bevölkerung über die Sinnhaftigkeit der Sirensignale auch aufgeklärt wird. Vielleicht wäre das über alle Bezirke und Gemeinden möglich, daß wir das in nächster Zeit einheitlich in der Steiermark auch anstreben.

Wesentliche Impulse im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung gehen auch von der Steiermark aus. Eine großartig angelegte Versorgungsübung hat es im Gerichtsbezirk Birkfeld in der Oststeiermark gegeben, wo unsere Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung gemeinsam mit dem Österreichischen Bundesheer und dem Lebensmittelgroßhandel und der Bevölkerung diese Übung durchgeführt hat und auf die Notwendigkeit einer qualifizierten Nahversorgung in Krisenzeiten hingewiesen wurde. Danken möchte ich auch dem Vorstand der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung, unserem Hofrat Dr. Heinz Konrad, der von unserem Landeshauptmann Dr. Krainer zum Koordinator für alle unsere Katastrophenschutzeinrichtungen eingesetzt wurde und der diese Organisation in der Koordinierung in einer beispielhaften Weise im heurigen Jahr bewerkstelligt; wir danken für seine breite Tätigkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Die künftigen Bedrohungen werden nicht mehr Kriege sein – Gott sei Dank –, das geht aus einer übereinstimmenden Umfrage der beiden Umfrageinstitute Fessel und IFES mit dem Thema „Akzeptanz des Katastrophen- und Zivilschutzes“ hervor. Zur Konfliktlösung werden unsere Einsatzorganisationen notwendiger denn je gebraucht. Die Unfälle auf den Straßen steigen immer noch an, wo auch die breite Mitarbeit unserer Einsatzorganisationen erforderlich ist.

Ich danke somit allen, die in Einsatz- und Hilfsorganisationen der Steiermark tätig waren. Acht Lebensretter wurden vom Land ausgezeichnet. Sie verdienen es, daß man ihre Namen festhält: der Feuerwehrmann Heidinger August in Graz, der Feuerwehrmann Freiding Herbert in Graz, der Hauptbrandinspektor Lambauer Franz in Preding und der Feuerwehrmann Suppan Helmuth, ebenfalls in Graz. Diese vier Feuerwehrmänner haben am 13. September 1988 drei Personen nach einem Verkehrsunfall vor dem sicheren Tod aus dem hochwasserführenden Laßnitzbach gerettet. Weiters Herr Andreas Schober, der unter Einsatz des

eigenen Lebens den Schüler Horst Gaar aus einer 220-Volt-Stromkreisleitung befreite. Herrn Tschernsitz in Bruck an der Mur, der am 7. November 1987 auf der B 20 den Herrn Harald Bachner aus dem brennenden Pkw befreit hat. Frau Anneliese Eberhold und Herrn Josef Liebming, die in Knittelfeld aus einem achtstöckigen Wohnhaus Personen aus einer brennenden Wohnung gerettet haben. Ihnen allen und allen Damen und Herren, die in den Einsatz- und Hilfsorganisationen in der Steiermark ihren Dienst verrichten, und dabei weitgehend freiwillig, sei der Dank ausgesprochen mit der Gewißheit, daß sie auch in Zukunft bereit sein werden, mit einer Selbstverständlichkeit ihre Pflicht zu tun. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.46 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (19.46 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus, hohe und höchste Funktionäre der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes, der Bergrettung und anderer Einsatzorganisationen!

Beim Einsatzleiterlehrgang an der Landeszivilschutzschule Lebring wird gelehrt, daß Einsätze möglichst kurz und gezielt sein sollen und daß die Aufgaben unter den vorhandenen Einsatzkräften sinnvoll aufzuteilen sind. Ich halte mich daran. Abgeordneter Schrammel hat bereits einen Großteil dieser Aufgaben erfüllt, er hat allen gedankt, er hat die sehr eindrucksvolle Statistik dieser Einsatzorganisationen vorgetragen. Die Gruppe 1 heißt „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“, und hier sind sicher alle Organisationen gemeinsam mitvertreten, die nicht nur für öffentliche Ordnung und Sicherheit sorgen, sondern die öffentlichen Idealismus, öffentliches Eintreten, ja, ich würde sagen, öffentliche Menschlichkeit in guter Arbeit leisten. Der Bericht im Landtag kann sicher nur eine kleine Rückschau und ein kleiner Dank für diese Arbeit so vieler selbstloser Organisationen sein. Wenn der Herr Kollege Mag. Rader meint, es seien Selbsthilfeorganisationen, dann würde ich sagen, das stimmt nicht ganz, sie helfen sich ja nicht selbst, sie helfen anderen, sie helfen jedem, der ihre Hilfe braucht. Die Statistik mag sehr imponierend sein, aber die tatsächlichen Leistungen lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken. Die Lebensrettung, die Unfallhilfe, die Vorbeugemaßnahmen, die alle diese Organisationen erfüllen, diese vielen Hilfen, menschliches Leid zu vermeiden, um Millionen Sachwerte zu retten, die kann man nicht berechnen. Genausowenig wie die Hunderttausenden ehrenamtlichen Stunden, die hier eingebracht werden. Das könnten wir nicht bezahlen. Und gerade wenn ich die größte dieser freiwilligen Organisationen, die freiwilligen Feuerwehren, näher erwähnen darf, dann haben sie längst über ihre ursprünglichen Aufgaben hinaus heute andere wichtige Aufgaben übernommen. Es ist hier schon einmal gesagt worden: Gerade die Feuerwehren sind immer mehr zu Umweltwehren geworden. Für mich ist es symbolisch, daß das Land Steiermark den Umweltschutzpreis schon einer freiwilligen Feuerwehr verliehen hat. Das zeigt, daß man auch in der Öffentlichkeit bereit ist, festzustellen, daß die Feuerwehren heute etwas ganz anderes geworden sind neben ihren traditionellen Aufgaben. Es wurde

auch erwähnt, daß bei diesen Feuerwehren die Aus- und Weiterbildung großgeschrieben wird, weil sie die beste Voraussetzung nicht nur für eine wirksame Hilfe allein ist, sondern auch für eine optimale Bedienung aller dieser großen modernen Geräte, die heute für die Erbringung dieser Leistung notwendig sind. Es wird manchmal auch übersehen, daß gerade bei diesen freiwilligen Organisationen eine bestimmte Disziplin und Kameradschaft ebenfalls die Voraussetzung sind, denn sie machen ja alles freiwillig und um den Menschen helfen zu können.

Gerade die Feuerwehren stehen im engsten Einsatz mit anderen Organisationen. Es wurde auch der Steirische Zivilschutzverband erwähnt. Es gibt hier eine weitere Umfrage, Herr Kollege Schrammel: Da wurde gefragt: Glauben Sie, können Sie im Falle einer Katastrophe sich selbst ausreichend schützen? 68 Prozent der Befragten haben gesagt, bei einer Überschwemmung geht das, bei Brandkatastrophen haben 60 Prozent gemeint, sie könnten sich einigermaßen schützen, wahrscheinlich haben sie gemeint, davonlaufen; bei einer erhöhten radioaktiven Belastung, etwa nach einem Reaktorunfall, haben nur mehr 4 Prozent gesagt, sie seien selbst in der Lage, etwas zu tun. Das zeigt auch neue Aufgaben, und hier hat der Zivilschutzverband vor allem in seiner Informationstätigkeit sehr, sehr wertvolle Arbeit geleistet. Es wurde auch gesagt, gerade diese Selbstschutzzentren in den Gemeinden sind keine Selbstzweckzentren, sondern sie dienen der vorbeugenden Information. Dieses Helfen-Wollen, das gleichermaßen Feuerwehr und Zivilschutz, Rotes Kreuz, Bergrettung, Wasserrettung und so weiter gemeinsam tun, ist ja auch in einer anderen Form zum Ausdruck gekommen. Das ist auch schon erwähnt worden. Wir werden ein neues Rettungsdienstgesetz bekommen nach langen Verhandlungen, und ich bin überzeugt, daß es ein guter Weg ist.

Wir sollten uns auch verstärkt um weitere Einsatzorganisationen genau so kümmern. Wir haben in unserem Lande etwa darüber hinaus über die genannten Lawinenwarndienste, wir haben uns, gerade weil es im Kapitel 1 um die Sicherheit geht, bei allen Männern der Exekutive, der Gendarmerie, der Polizei, zu bedanken, beim Bundesheer, denn alle diese Organisationen haben ein gemeinsames Merkmal: für die Sicherheit von uns allen da zu sein, bei Tag und bei Nacht und bei jeder Gelegenheit. Und sie sind dafür da mit dem persönlichen Einsatz nicht nur ihrer Arbeitszeit, sondern manchmal auch ihres Lebens. Daher schließe ich mich dem gerne an, was hier bereits an Dank gesagt wurde. Wir werden der Gruppe 1 unsere volle Zustimmung geben, und wir sprechen auch unsere Anerkennung, unseren Respekt und unseren Dank für die Arbeit der Menschen in diesen Einsatzorganisationen aus. Glück auf, gut Heil und herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.54 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer (19.54 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Viele Aufgaben, die die öffentliche Hand zu erfüllen hat, wären ohne den Einsatz von freiwilligen Helfern nicht finanzierbar beziehungsweise überhaupt nicht zu

bewältigen. Hier wird gerade bei den Feuerwehren und den einzelnen Rettungsdiensten Vorbildliches geleistet. Wenn wir demnächst ein Rettungsdienstgesetz beschließen, so soll damit für die allgemeinen Rettungsdienste beziehungsweise für die besonderen Rettungsdienste die finanzielle Grundlage geschaffen werden. Trotz des großartigen Einsatzes vieler freiwilliger Helfer sind technische Voraussetzungen notwendig, um die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Es war aber auch notwendig, für die Gemeinden eine einheitliche Finanzierungsbasis zu finden, mit der sie die ihnen auferlegten Verpflichtungen erfüllen können. Es ist mir bewußt, daß mit diesem Gesetz nicht alle Wünsche erfüllt werden können, ich meine aber doch, daß ursprünglich geäußerte Zweifel zu diesem Gesetz beseitigt werden. Es ist auch sicherlich nicht möglich gewesen, alle in Zukunft auf die Rettungsdienste zukommenden Aufgaben und Verpflichtungen bereits jetzt schon abzudecken. Es wurde aber darauf Bedacht genommen, Vorschläge und Anregungen einfließen zu lassen.

Besonders der Städte- und Gemeindebund haben hier sehr wesentliche Beiträge geleistet. Im Interesse der Gemeinden konnte gegenüber dem ursprünglichen VP-Vorschlag doch eine Einigung dahin gehend erzielt werden, daß die Gemeindeanteile nicht von den gemeinschaftlichen Bundesanteilen einbehalten werden. Jetzt werden die Gemeindeanteile von 12 Schilling pro Einwohner am 1. April und am 1. September geleistet. Neben den verfassungsrechtlichen Bedenken ging es uns darum, daß die Verbundenheit der Gemeinde mit jenen Rettungsdiensten, welche in ihren Gemeindegebieten die Hilfeleistungen erbringen, erhalten bleibt. Für den Teil, der für den Notarztrettungsdienst geleistet wird, bekanntlich 15 Prozent, erwartet man doch in absehbarer Zeit eine flächendeckende Versorgung des Notarztrettungsdienstes.

Meine Damen und Herren! Wenn man den Experten glauben darf, wird der Tourismus jene Branche sein, die in den nächsten Jahren den größten Zuwachs haben wird. Es werden sich daher immer mehr Menschen im Sommer und Winter dem alpinen Freizeitvergnügen zuwenden. Das heißt aber andererseits, es wird bedauerlicherweise auch mehr Unfälle geben. Die Bergretter werden daher immer öfter eine Bergung im unwegsamen Gelände durchführen müssen. Allein im Zeitraum von 1979 bis 1988 wurden 10.500 Einsätze durchgeführt. In der letzten Wintersaison waren es 884 Einsätze und Bergungen. Diese Aufzeichnungen, meine Damen und Herren, stammen in dankenswerter Weise von Landessanitätsrat Dr. Walter Markant, der ja 30 Jahre dem Bergrettungsdienst als Landesarzt gedient hat. Ihm dafür herzlichen Dank. Obwohl der Einsatz der Frauen und Männer bei den Rettungsdiensten zum größten Teil freiwillig erfolgt, brauchen sie immer mehr teure und komplizierte Rettungsgeräte. Die Ausbildung, Schulung und auch Übungseinsätze sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Voraussetzungen zur Erfüllung der Rettungsdienste und müssen daher auch entsprechend finanziert werden. Die Gemeinden und das Land werden auf der Grundlage dieses neuen Gesetzes je 14,2 Millionen Schilling, das heißt 28,5 Millionen Schilling, in etwa aufbringen. Bisher haben die Gemeinden für das Rote Kreuz 7,4 Millionen Schilling aufgebracht. Im Landesbudget

sind 10,1 Millionen Schilling für die Rettungsdienste vorgesehen. Die Differenz wird daher mit einer Nachbedeckung erfolgen müssen. In der Hoffnung, daß wir mit diesem Gesetz den vorbildlichen idealistischen Einsatz der hauptberuflichen und freiwilligen Helfer auf ein brauchbares gesetzliches Fundament gestellt haben, bedanke ich mich bei den Beamten, die dieses Gesetz letztendlich ausformuliert haben, und ich bedanke mich bei Ihnen, meine Damen und Herren, die den Beschluß zu diesem Gesetz fassen werden. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (19.59 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sollte am Schluß der Gruppe 1 der zuständige Referent das Wort ergreifen. Sie wissen, daß Herr Landeshauptmann Dr. Krainer noch auf Genesungsurlaub weilt, und es wäre ein Fehler, wenn sich nach den eindrucksvollen Worten der Abgeordneten nicht auch die Regierung meldete, um nun nicht ein zusätzliches Fachreferat zu halten, denn es wurde sehr wohl die Tätigkeit der Feuerwehren, der Rettungsdienste hier sehr gut ausgebreitet, sondern auch, um noch einen Dank anzuschließen. Ich möchte unterstreichen, was verschiedene Wortmeldungen hier gesagt haben. Es wurden die Leistungen der Organisationen von mehreren Abgeordneten, vom Herrn Abgeordneten Schrammel ebenso wie vom Herrn Abgeordneten Trampusch, sehr ausführlich und mit Recht sehr positiv gepriesen, und es wurde auch über diesen wichtigen Fortschritt gesprochen, der durch das neue Rettungsdienstgesetz eintreten wird, nämlich auch für eine Finanzierung gewisser elementarer Hilfsdienste in der Steiermark zu sorgen. Darüber haben die Herren Abgeordneten Kanduth, Mag. Rader und Hammer im einzelnen gesprochen. Ich möchte sehr unterstreichen, was der Herr Abgeordnete Ussar gesagt hat. Er hat die Sorge einiger Gemeinden und Regionen vor der drohenden Schließung von Gendarmerieposten ausgesprochen. Ich möchte sagen, daß wir voll hinter dieser Sorge stehen, und ich habe im Auftrag des Herrn Landeshauptmannes die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden eingeladen, im Einvernehmen mit dem Herrn Innenminister zu einer Vorsprache nach Wien, wo uns nochmals Gelegenheit gegeben wird, die große Beunruhigung der betroffenen Gemeinden und Regionen vor dieser drohenden Schließung von Gendarmerieposten gegenüber dem Bundesminister auszudrücken. Wir werden dort die Interessen der steirischen Bevölkerung mit Nachdruck vertreten und hoffen, daß es doch noch zu einer Lösung kommt, die so aussieht, daß hier die betroffenen Gemeinden und die betroffenen Regionen ihren weiteren Schutz durch die Exekutive, den sie sich erhoffen, auch in Zukunft erhalten.

Meine Damen und Herren! Es wurde über Leistungen und Pläne gesprochen. Ich möchte zusammenfassend auch Ihnen, meine verehrten Herren der steirischen Feuerwehren, Dank sagen. Sie und Ihre Kameraden schenken anderen Menschen Kraft, Energie und

Zeit – Zeit ist eine ganz besonders wertvolle Gabe. Anderen Menschen Geld zu schenken ist etwas Großartiges, ihnen Zeit zu schenken ist manchmal noch viel schwerer, und das tun Sie ja in Ihren Organisationen, die Feuerwehren und auch Ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Organisationen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir wissen sehr wohl, daß Sie Ihre persönliche Sicherheit im Extremfall auf die Probe stellen, und gerade in diesem Jahr haben Sie das in großartiger Weise bewiesen. Die schweren Unwetter, die leider gewisse Teile unseres Landes heimgesucht haben, haben große Nöte für die Bevölkerung dargestellt, und Sie sind gegen die Wucht und Kraft der Elemente angetreten und haben Hab und Gut und Personen beschützt und gerettet. Dafür ist Ihnen zu danken, und ich nenne auch von meiner Seite stellvertretend den Herrn Landesfeuerwehrkommandanten Karl Strablegg mit seinen Stellvertretern Fritz Frank und Heinrich Nagl sowie die Bezirkskommandanten, und eingebunden sind natürlich alle ihre Helfer im ganzen Land und in allen Bezirken. Es sei ihnen herzlich gedankt. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Vergessen wir nicht in diesem Augenblick auch die Männer der Exekutive, Bundesheer, Gendarmerie, Polizei, die auch in gewissen Fällen beispielgebend gewirkt und sich eingesetzt haben. Ich meine ebenso die Männer und Frauen, die sich an Stellen oder in Organisationen mühen und sich für andere Menschen einsetzen, die in dieser Budgetgruppe genannt werden. In beliebiger Reihenfolge nenne ich die Landeswarnzentrale, eine ganz wichtige Einrichtung für unser Land, die in aller Stille wirkt, aber für jede Stunde oder jeden Fall gerüstet ist. Ich nenne den Zivilschutzverband genauso wie die Rettungsdienste, seien es die Bergretter, sei es die Wasserrettung oder seien es die Hubschrauberrettungsdienste, und natürlich wiederum in ganz besonderer Weise das Rote Kreuz, das so imponierend in unserem Land wirkt, weil es auch großartig organisiert ist unter seinem Präsidenten Dr. Gieß und unter dem Landessekretär Direktor Zweydik, die auch wiederum mit einem großen Stab, einer großen Zahl von Helfern und Helferinnen im ganzen Land hervorragend wirken. Vielen Dank. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Last not least, es hat schon ein Abgeordneter, ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Schrammel, über die Rettungshundebrigade gesprochen. Ich habe da ein sehr eindrucksvolles Erlebnis hinter mir: Es hat mich vor ein paar Tagen eine Delegation aufgesucht, hat über ihre schrecklichen Eindrücke und Einsätze in Armenien berichtet, die sehr stark bekannt geworden sind. Man kann sich diese Katastrophe mit aller Phantasie nicht vorstellen, was dort alles passiert ist und was noch heute total ungelöst ist. Die Menschen müssen in grimmiger Kälte in irgend welchen Zelten und Notunterkünften den Winter überdauern, sie wandern und siedeln gar nicht ab, sie wollen ihre Siedlungen und Städte wieder dort errichten, wo sie gewohnt haben, weil sie kaum wissen, wohin sie sonst könnten. Sie haben fast noch keine Mittel im eigenen Land bekommen und haben sicher die allerschlimmsten Zustände auf sich zu nehmen. Unsere Steirer haben hervorragend gewirkt, haben dort einzelnen das Leben gerettet, haben armenische Kinder herübergebracht – ich habe damals, als diese Kinder angekommen sind, die Freude gehabt, dabei sein zu können und diesen ersten Eindruck zu haben und die ersten Kontakte

herzustellen; da haben großartige Menschen mitgeholfen, Freundschafts- und Liebesdienste zu leisten, und es gibt bereits einen Briefverkehr hinüber und herüber. Das geht weiter, es gibt Verbindungen, die bleiben werden zwischen dem weit entfernten Land Armenien und der Steiermark. Das ist für uns Österreicher großartig!

Diese Helfer haben vor einigen Tagen gesagt: Wir sind schon wieder unterwegs. Sie haben ein paar Lastzüge organisiert, beladen mit Spenden – großartig, was die Bevölkerung leistet, ein eigener Verein wurde in der Weststeiermark, in Sankt Stefan ob Stainz, gegründet, die fahren hinüber auf riesigen Umwegen, weil sie nicht durch die Türkei dürfen, dort gibt es noch immer Probleme mit der Sowjetunion und mit Armenien, sie fahren auf riesigen Umwegen über Lemberg, Charkow, Kiew und dann hinunter nach Armenien, und die Begleiter haben den kürzeren Weg über den Balkan vor sich gehabt unter dem Chef Wolfgang Gleichweit, und sie wollen weiter in Verbindung bleiben, und sie wollen weiter helfen. Ich glaube, das ist ein großartiger Dienst, der hier geleistet wird, und gerade in dieser vorweihnachtlichen Stunde wollte ich mit diesem Musterbeispiel an Nächstenhilfe ohne viel Trallala – die sind sehr bescheiden und berichten ein bißchen darüber, sie sagen, ihr könntet uns ein bißchen helfen, aber viel mehr sagen sie nicht, sie reden nicht viel, sie tun – ich wollte in diesen Tagen im Advent und vor Weihnachten auf dieses ganz besondere gute steirische Beispiel hingewiesen haben. Vielen Dank und ein Glück Auf allen Männern und Frauen, die sich in solcher und ähnlicher Weise um die steirischen Mitbürger kümmern. Ein gutes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 1990! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.08 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 1 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Hohes Haus! Aus Gründen der Zeitökonomie darf ich Ihnen mitteilen, daß wir die Gruppe 2 heute komplett durchziehen. Dann hätten wir wieder aufgeholt und könnten den Zeitplan einbringen.

Wir sind bei der Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (20.09 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 2 umfaßt die Bereiche „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ und deren Unterteilungen.

Im Finanz-Ausschuß wurden alle Bereiche gründlich vorbereitet und besprochen. Die Einnahmen betragen 5.773.520.000 Schilling, die Ausgaben 6.701.967.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Zustimmung. (20.10 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 2 zu

teilen, und zwar sollen im ersten Teil „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“ und im zweiten Teil „Sport“ behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist traditionsgemäß nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Steiner.

Abg. Prof. DDr. Steiner (20.10 Uhr): Hoher Herr Präsident, Hohes Haus!

Zu später Stunde Kapitel 2 „Schule, Unterricht, Sport und Wissenschaft“.

Ecclesia est semper reformanda, das heißt, die Kirche ist stets zu reformieren, zu erneuern. Das ist ein Augustinus-Wort. Man könnte sagen: Res publica est semper reformanda, schola est semper reformanda, das heißt, der Staat, die Schule ist ständig zu reformieren und erneuerungsbedürftig.

Kaum hatte man in Österreich geglaubt, mit dem Schulgesetzwerk 1962 sei eine Sanierung der Verhältnisse, ja seien überhaupt erst die gesetzlichen Grundlagen für das österreichische Schulwesen geschaffen worden, kaum hatte man geglaubt, die legislativ definierten Neuerungen und Veränderungen zu institutionalisieren, fingen die Wogen der international in Gang gekommenen dritten Schulreformbewegung an. Es gab drei Reformbewegungen schon in unserem Jahrhundert. Der Anfang unseres Jahrhunderts brachte die emanzipatorischen Vorgänge der Frauen - Mädchenlyzeum, Hochschulzugang der Frauen -, und dann kamen die berühmten zwanziger Jahre, die zweite Reform mit der Glöckl-Reform verbunden, 1927 die Hauptschule, die Arbeitermittelschule. 1962 kam das Schulgesetzwerk, aber es brandete an Österreich die große dritte Schulreform heran. Es ist alles in Fluß gekommen. Der Ruf nach einer neuen Schule, nach Reformen hat 1969 auch Österreich erfaßt. Daher das Schulvolksbegehren, das nicht nur die Sistierung des 13. Schuljahres wollte, sondern eine neue Schulreform. Daher erfolgte die Einsetzung einer Schulreformkommission nach dem dritten Schulvolksbegehren. Das Jahrgangsklassensystem war in Frage gestellt, die vertikale Struktur der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen und auch die Inhalte. Das war der Entschließungsantrag des Nationalrates am 10. Juli 1969. „Die rasche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und Veränderung in unserer Zeit macht es notwendig, das Bildungswesen immer wieder den sich ändernden Verhältnissen anzugleichen.“ So der Entschließungsantrag. So kam es zur Einrichtung dieser Schulreformkommission und daher auch infolge dieser Schulreformkommission in der vierten Schulorganisationsgesetz-Novelle 1971 zur Einrichtung von Schulversuchen an den Hauptschulen. 129 Hauptschulen haben diese Schulversuche durchgezogen und an der vierstufigen oder achtstufigen Höheren Schule. Es heißt hier: „Schulversuche sind durchzuführen in der Oberstufe oder in der Langform der achtjährigen Schule, und zwar Schüler, die die Beherrschung des Lehrstoffes einer solchen Stufe nachweisen können, können die betreffende Stufe überspringen.“ Also, Schulsysteme, Jahrgangsklassensystem wurden dort

als Schulversuche eingeführt. Nun, was waren die leitenden Ideen, wenn ich aus dem Motivationsprotokoll des Parlamentes das heraushole?

Erstens: Der statische Begabungsbegriff wird von einem dynamischen abgelöst. Die Lernpsychologie schickt sich an, die dominierende Position innerhalb der Psychologie zu besetzen. Die Menschen unterscheiden sich mehr in dem, was sie zu ihrer Natur dazubekommen haben, als in dem, was sie als Natur mitbekommen haben.

Zweitens: Unser Schulsystem kultiviert einen antiquierten Begriff von Allgemeinbildung, Herr Präsident, man höre und staune, daß das aus meinem Munde kommt (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ganz deiner Meinung!“), der weder den Bedürfnissen der Wirtschaftswelt gerecht wird, noch jedem Individuum die Chance gibt, seine Begabungsschwerpunkte zu finden. Was heißt Allgemeinbildung? 333 war bei Issus Keilerei, ist das der Inbegriff der Allgemeinbildung? Sind Bildung, Ausbildung, Berufsbildung, Fortbildung unbedingt voneinander zu trennen und auseinanderzuhalten?

Drittens: Unser Bildungssystem praktiziert ein Ausleseverfahren, das einerseits zu Frustrationen mit schädlichen Folgewirkungen führt, und andererseits doch wenig prognostische Relevanz für die Lebensleistung besitzt. Im Motivationsbericht des Parlamentes zu lesen gewesen.

Viertens: Das Jahrgangsklassensystem hat inhumane Konsequenzen. Das Prinzip der Jahrgangsklasse, des gleichen Schuleintrittes und damit der gleichen Begabungs- und Interessenslage der Schüler ist problematisch. Das Repetieren ist die Folge des Jahrgangsklassensystems. Es ist unpädagogisch und rechtlich problematisch; wegen des Versagens in einem Gegenstand muß ein Schüler in allen Gegenständen die Klasse wiederholen.

Fünftens: Die Schule muß das individuelle Tempo gestatten, logische Folgerung ist der flexible Schuleintritt. Die Jahrgangsklasse hemmt das Fortschreiten in einzelnen Gegenständen, daher Auflösung des Klassensystems in ein vertikales Kurssystem und Stufen, wie es in einem Schulversuch vorgesehen war.

Sechstens: Das Notensystem mit seinen Bestimmungen, Überprüfen und Klassifizieren ist mehr denn je problematisch geworden. In keinem Bereich ist die Schule und sind die Lehrer so statusunsicher wie in dem Bereich des Prüfens und Klassifizierens. Internationale Untersuchungen belegen, daß die Bezugspunkte sehr verschieden gewählt werden und daß in der einen Klasse die Gefährdung bei einer Leistung bereits gegeben ist, für die in der anderen Klasse und beim anderen Lehrer ohne weiteres durchschnittliche Noten gegeben werden. Mehr und mehr beginnen die Eltern zu ahnen, daß es für die Note bedeutsamer sein kann, in welche Klasse und zu welchem Lehrer ihr Kind schicksalhaft zugewiesen worden ist, als welche Leistungsstärke der Schüler einbringt.

Siebtens: Das Unsicherwerden am Lehrziel. Welches ist das Lehrziel der Schule überhaupt? Der Paragraph 2 der Schulorganisation sagt: „Nach dem Wahren, Guten und Schönen“. Viele halten das für eine Leerformel und alle Parteien haben gesagt, es gehört eine neue Formulierung.

Aus diesen leitenden Ideen leiteten sich Konsequenzen ab. Das heißt, es müssen neue Bildungsideale gesetzt werden. Die Bildung des Menschen in diesem Sinne erfordert die Bereitschaft und Fähigkeit zu schöpferischem Denken und Gestalten, zum Erkennen von Zusammenhängen und Vorgängen, zum Erwerb spezifischen Wissens, zur Kommunikation, zur kritischen Auseinandersetzung. Die Inhalte gehören neu überlegt. Karl Jaspers hat drei Bereiche genannt: die Humanities: Theologie, Philosophie, Philologie, Linguistik. Die Socialsciences: Soziologie, Recht, Staat. Die Physical and Biologicalsciences: Mathematik, Physik, Chemie.

Aus diesem Bereich sollen Wahlpflichtfächer und die kommenden Inhalte zusammengesetzt werden. Das war damals die 4. SCHOG-Novelle und hat diese Versuche gebracht. Es wurden in dieser Zeit mehrere Reformvorschläge, mehrere Formen der höheren Schulen von den Parteien eingebracht. Die ÖVP schlug zum Beispiel die Vorschule, Grundschule mit flexiblem Schuleintritt vor. In der dritten und vierten Klasse Fremdsprachenschule, eine neue Hauptschule, weiterführende Schulen in Form einer achtjährigen Langform oder in einer sechsjährigen Langform mit einer zweijährigen Übergangs- oder Orientierungsstufe. Die SPÖ schlug vor: vierjährige Volksschule; zehn bis 14 Jahre Mittelschule oder Gesamtschule; 15 bis 18 Jahre Oberstufenform der AHS mit vielen Typen und dabei hochschulmäßige Lehrerausbildung.

Die FPÖ hat eine sehr strenge Vorstellung gehabt und hat gesagt, weniger regionale Streuung, nicht viele Typen, aber Förderung der Begabten durch Einrichtung von Stipendien. Das war 1971. Dann kamen die Schulversuche. An 19 allgemeinbildenden höheren Schulen wurden Schulversuche durchgeführt, und nun, nach 17 Jahren, wurden die Schulversuche beendet. Vorher die Hauptschule und dann eben die neuere höhere Schule. Schwerpunkt dieser Reform ist die neue Oberstufenreform, die voriges Jahr verabschiedet wurde. Die elfte SCHOG-Novelle, eine epochemachende Reform seit 1962. Mit dieser Reform treten heuer die höheren Schulen in eine neue Schule hinein, die Oberstufenreform mit Wahlpflichtfächern, mit verschiedenen Formen, Senkung der Klassenschülerzahl auf 30, auch in der Oberstufe, Teilungsziffern bei Fremdsprachen bei 25. Das ist voll im Gange. Das neue Gymnasium, die Vereinfachung der Schultypen und die verschiedenen Wahlpflichtfächer, damit die Flexibilität der Schüler, sei es mit acht Wahlpflichtgegenständen, sei es mit zehn oder mit zwölf, je nach Schultype.

Es steht vieles heran. Jetzt möchte ich aber sagen, wir stehen im Jahre 1990. Es kommt, daß jetzt vieles verwirklicht werden muß. Ich berufe mich auf die Aussagen der Gewerkschaft, Lehrer höherer Schulen, einheitlich auch sozialistische Freunde aus dem höheren Schulwesen, weisen aber nach, daß sie meinen, das Unterrichtsressort ist in vielen Bereichen säumig. Hut ab vor den Unterrichtsministern. Sei es vor jenen, denen ich wirklich gerne gedient habe, von Trimmel, Piffl-Perčević, dann eben Sinowatz, Zilk, Moritz. Aber jetzt habe ich nicht mehr die Aufgabe, im Schulwesen zu dienen, aber ich muß sagen, einheitlich, die Frau Minister Hawlicek ist in vielen Bereichen säumig geworden. Seit vielen Jahren laufen auch die Schulver-

suche im Bereich der Nachmittagsbetreuung. Es gab zwei Formen Ganztagschule – Tagesheimschule. Vom Ministerium sind vorläufig unbefriedigende Sparvarianten angeboten worden, wo die Eltern bis 900 Schilling im Monat zahlen sollen. In Wien gab es darüber große Aufregung. Auch ein ehemaliger Minister Zilk begab sich in die Schar der Eltern und hat gesagt, das ist unzumutbar. Die Informatik soll nach dem erklärten Willen der Frau Bundesministerin im Herbst 1990 auch in der Unterstufe der AHS eingeführt werden. Die Zeit drängt. Dennoch liegt noch immer kein Raumkonzept vor, auch nicht für die Hauptschulen, für die die Gemeinden verantwortlich sind und die Lasten tragen sollen. Das Problem der Raumbeschaffung für die Aufstellung der notwendigen Geräte ist für viele Schulen völlig ungelöst. Zentrale Schulbibliotheken müssen zur Erfüllung der Oberstufenlehrpläne und zur Durchführung der Fachbereichsarbeit, die Gott sie Dank jetzt gelungen ist, eingerichtet werden. Das ist eine Maturareform. Man hat sich zwischen Gewerkschaft, Lehrern, Schülern und Frau Minister geeinigt. Aber jetzt geht es darum, daß diese Fachbereichsarbeit auch praktiziert werden kann. Sie kann nur praktiziert werden, wenn in der Schule eine Bibliothek da ist, die Schüler hingehen können, das Buch aufschlagen und sich vorbereiten können. Und daß diese Fachbibliothek nicht von einem C-Beamten geleitet wird, wie es vorgesehen ist, sondern von einem Lehrer, der die Schüler berät und etwas von der Sache versteht.

Die Angebote von Freigegegenständen aus kreativen, künstlerischen und sportlichen Bereichen bleiben auf der Strecke, wenn die Zahl beziehungsweise die Beschränkung der Freigegegenstände bei der Einführung neuer Lehrinhalte auf dem Stand 1985/1986 bleibt.

Das, meine Herrschaften, ist eine Misere – man bietet an, aber wie ein Lehrer, Koretzky von der sozialistischen Lehrerschaft, sagte: Statt eines Luxusrestaurants wird ein Würstelstand angeboten, wenn etwa dieses Wahlpflichtsystem oder etwa die Freigegegenstände nicht zum Tragen kommen.

Ich sprach von der Oberstufenreform, was wird aus der Unterstufe? Es ist alles offen, hier gibt es die Frage der Mittelschule, wie sie in Wien praktiziert wird, die Schule der 10- bis 14jährigen, die neue Hauptschule, die in den Ballungszentren völlig obsolet geworden ist und nicht mehr den Besuch hat. Oder wie etwa von Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher vorgeschlagen wurde, die neue Realschule, die dann etwa eine Schule der 10- bis 16jährigen ist. Man könnte sagen: mehr Pluralismus, mehr Föderalismus, mehr regionale Autonomie. Herr Präsident, ich glaube, du gibst mir deinen Beifall dazu. (Beifall Univ.-Prof. Dr. Schilcher).

Wir haben in Österreich 800 Schulformen. Das ABC des berufsbildenden Schulwesens weist eine riesige Palette von Schulen, Lehrgängen und Kursen auf. Unsere Schüler sind an und für sich nicht arm in der Auswahl. Der Ortweinplatz hat 14 Möglichkeiten anzubieten, sie könnten Designer werden, es gibt die vielen Fachschulen, die könnten alle ausgewählt werden, wenn man die Schüler rechtzeitig berät und lenkt beziehungsweise leitet. Es ist nicht so, daß die AHS die einzige Schule ist – die AHS hat nicht die Aufgabe, berufsbildende Vorbereitung zu treffen, sondern zur Hochschulreife zu führen, wie dies nach Paragraph 34

Schulorganisationsgesetz vorgesehen ist. Daher lieber vorher berufsbildende Schulen, mittlere Schulen, Fachschulen und so weiter wählen, um die mittlere Reife zu erreichen.

Nun ein Wort zur Lehrersituation, von der ich jedes Jahr gesprochen habe: Ich war dabei, als die großen Diskussionen stattfanden um die Errichtung einer Warteliste. Die Warteliste existiert; 1258 Lehrer aus dem Pflichtschulbereich warten auf eine Anstellung, 240 haben sich anderweitig eine Beschäftigung gesucht, also bleiben 1018. Im AHS-Bereich sind es 675 Bewerber, die noch geblieben sind. Davon 195 mit dem Fach Deutsch, 138 mit Englisch, 155 mit Geschichte und Sozialkunde, 131 mit Geographie und Wirtschaftskunde.

Zur Warteliste wäre noch zu sagen, daß sie unbefriedigend ist, auch aus der Sicht der Lehrer. Man würde dazu eine Qualifikation brauchen, die darin besteht, daß das Unterrichtspraktikum qualifiziert wird mit „überdurchschnittlich“, „normal“ oder „unterdurchschnittlich“ und zusammen mit der Lehramtsprüfung ein Kalkül gibt, wer von der Warteliste zuerst drankommt. Auch soziale Gegebenheiten müßten trotz Datenschutz in der Warteliste berücksichtigt werden.

Ein Wort noch zum EG-Beitritt und Schule: Wir müssen uns für den EG-Eintritt bereit machen. Dazu gehört, daß die Schule beziehungsweise die Schulverantwortlichen Überlegungen anstellen.

Erstens: Die Integration moderner Technologien in den Unterricht unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlich relevanten Funktionen. Die derzeitige Situation der Informatik beziehungsweise der EDV ist nicht befriedigend und vom Konzept her noch zu wenig durchdacht.

Zweitens: Der kommunikative Ansatz im Fremdsprachenunterricht ist zu intensivieren. Der Kanon der Fremdsprachen, die in der Schule gelernt werden dürfen, ist zu erweitern. Besonders auf die Sprachen unserer östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten ist Bedacht zu nehmen.

Drittens: Die organisatorischen Rahmenbedingungen für den Fremdsprachenunterricht – besonders für den Gruppenunterricht – sind zu verbessern, indem mehrere Kleingruppen gebildet werden.

Viertens: Aufenthalte von Schülern im fremdsprachigen Ausland sollen möglich sein, nicht im alten Sinne des Schüleraustausches. Auch wenn sie nur acht bis vierzehn Tage hinunter nach Slowenien, Kroatien oder Ungarn beziehungsweise in östliche Länder wollen, soll das möglich sein.

Fünftens: Die Sonderformen der AHS neben musischen und sportlichen Schwerpunkten sollen auch auf sprachliches und technisches Gebiet erweitert werden. Unter Berücksichtigung einer dualen Ausbildung, wie etwa eines Realgymnasiums in Radkersburg oder wie etwa die Möglichkeiten, wie sie in Seggau geboten werden.

Zur Bildung gehört auch Long-Life-Learning – von der Wiege bis zur Bahre Bildung, daher auch Erwachsenenbildung. Die Erwachsenenbildung ist in Österreich großartig. Wenn man an die berufsbildenden und allgemeinbildenden Institutionen für Erwachsene denkt, wie WIFI, BFI, LFI, Volkshochschulen, Urania, die Volksbildungswerke; sie brauchen aber noch mehr

gesetzliche Grundlagen, sie brauchen noch mehr finanzielle Grundlagen, denn der Bund ist seit 1970 stagnierend. Es sollte hier endlich ein Bundesgesetz kommen, das besagt, es gibt ein Erwachsenenbildungsgesetz, ein paktiertes Gesetz mit Bundes- und Länderzuständigkeit. Die Länder haben diese Aufgabe, und der Bund hat jene Aufgabe beziehungsweise der Bund hat zu fördern. Dann könnte es sein, daß diese vielen Einrichtungen – es sind ungefähr 20 Einrichtungen freier Trägerschaften, die in der Erwachsenenbildung tätig sind, die Referenten, die bis in die Nacht hinein gerade in den Wintermonaten sehr tüchtig tätig sind. Wir möchten meinen, daß die Erwachsenenbildung endlich in das große Gesetzeswerk von 1962 einbezogen wird, denn noch immer fehlt die Promesse des Artikels 14, in dem es heißt, daß in den Angelegenheiten der Schule, der Erziehung ein Gesetz kommen wird. Das ist bereits gekommen, in Angelegenheiten der Erwachsenenbildung, der Volksbildung ist aber noch kein Gesetz gekommen. Sicher wird ein Gesetz nicht alles ausmachen, was Motivation ist, aber es soll einmal Ordnung herrschen, daß man weiß, es gibt ein Gesetz und daher auch eine Ordnung. Dadurch ist von der Vorschule an, vom Kindergarten an eine Basis bis zur Erwachsenenbildung gegeben für die Bildung, und die Leute stehen im Rahmen der Erwachsenenbildung auf gesetzlichen Grundlagen. Heuer habe ich gehört, daß die Förderung der Erwachsenenbildung auf Bundesebene wieder sehr kurz geschrieben ist. Ich möchte also meinen, daß die Erwachsenenbildung, die in dieser Gegenwart eine große Rolle spielen soll, in der sich ändernden Gesellschaft, in den Anforderungen an die Erwachsenen, daß sie sich dieser Bildung unterziehen können und daß es dann heißt, ja, Bildung tut not, von einer Entwicklungsgesellschaft zur Industriegesellschaft, von der Industriegesellschaft zur Bildungsgesellschaft, von der Bildungsgesellschaft zur Freizeitgesellschaft, in der die freiwillige Bildung ihre Heimat hat. Ich danke sehr. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (20.34 Uhr): Es wäre nicht Dr. Dorfer, wenn nicht diese Bemerkung gekommen wäre. Das ist bei jeder Budgetdebatte so, aber ich bin schon darauf vorbereitet.

Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, die vorgegebene Zeit, wie es ausgemacht war, für den Hauptredner etwa 20 Minuten (Abg. Mag. Rader: „Eine Schulstunde ist länger!“), einzuhalten und möchte gleich damit beginnen, daß gewisse Schlagworte, wie Vorschule, Schulpartnerschaft, Realschule, Reform der Berufsschule, neue Hauptschule, nur einige Schlagworte sind, die derzeit in Diskussionen immer wieder in der Bildungspolitik verwendet werden. Die Schul- und Bildungspolitik ist wieder in Bewegung gekommen, obwohl in den letzten Jahren sich sehr Wesentliches verändert hat. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, möchte ich nur einige Erneuerungen anführen:

Da ist die Verwirklichung der Vorschule, die Einführung der neuen Hauptschule mit Förderkursen, der

obligatorische Fremdsprachenunterricht in der dritten und vierten Klasse der Volksschule, die Ausbildung der Volksschullehrer von vier auf sechs Semester, die Installierung der Klassen- und Schulsprecher, die zur Belebung der Schuldemokratie beitragen, die Möglichkeit flexibler Semesterferien, die Änderung der Grundschullehrpläne und vieles andere mehr. Zweifellos überwiegen hier Organisationsfragen und müssen jetzt die pädagogischen Probleme, wie Lehr- und Lerninhalte im Mittelstufenbereich, in Angriff genommen werden, das heißt, hier wird es sicher noch langwieriger Verhandlungen zwischen den Parteien bedürfen, um die gesetzmäßige Zweidrittelbeschlussfassung zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal kurz auf die sogenannte „Dringliche Anfrage“ der ÖVP vom 17. Oktober 1989 hier im Landtag, betreffend die Bildungsreform, eingehen und folgendes ausführen:

Es ist richtig, daß das Lehrlings- und Facharbeiterproblem rasch gelöst werden muß, und es hat sich auch die SP-Landtagsfraktion dem Beschlusantrag der ÖVP angeschlossen. Doch, so meine ich, muß vorerst auch der sogenannte Unterbau stimmen, das heißt, bereits im Grundschulbereich müssen alle Voraussetzungen gegeben sein, damit aufbauend unsere Jugend alle Chancen für die weitere Schullaufbahn besitzt.

Meine Damen und Herren! Derzeit sind in Österreich in allen Unterrichtsbereichen zirka 110.000 Lehrer tätig – das bedeutet ein Lehrer-Schüler-Verhältnis von eins zu zehn; dazu zwei interessante Zahlen aus dem Allgemeinbildenden Pflichtschulbereich: 1969 gab es 39.000 Lehrer, die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse betrug 30 Schüler, 20 Jahre später, also 1989, gibt es 72.000 Lehrer, die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse beträgt 19 Schüler. Mit anderen Worten: Obwohl der Schülerrückgang fast 31 Prozent betrug, wurde die Anzahl der Dienstposten für Lehrer verdoppelt – das heißt, kleinere Klassen ergeben bessere Ausbildungs- und Unterrichtsmöglichkeiten. Zweifellos ein Verdienst der SPÖ-Regierung! Es gibt aber noch ein weiteres Problem:

Durch den aufgezeigten Schülerrückgang wird es in den nächsten 20 Jahren kaum Ersatzbedarf für die in Pension gehenden Lehrer geben, da viele Lehrer – nämlich über 75 Prozent – unter 40 Jahre jung sind. In Österreich sind derzeit 6000 Lehrer, davon 2000 Pflichtschullehrer, ohne Anstellung. In der Steiermark warten über 1000 Kolleginnen und Kollegen auf eine Anstellung.

Mit der Einführung der öffentlich aufliegenden und einschubaren Warteliste wurde immerhin eine gewisse Objektivität erreicht. Nun soll es ab dem nächsten Jahr ein Beamteneinstellungsgesetz geben, welches die Wartezeit beziehungsweise Arbeitslosigkeit ausschließt, sondern nur die Qualifikation in den Vordergrund stellt und somit auch die Warteliste nicht mehr erforderlich macht.

Hier muß es noch Verhandlungen geben, denn unserer Meinung nach heißt eine fachlich gute Qualifikation noch lange nicht, daß das auch der bessere Pädagoge sein muß.

Ich glaube eher, daß der Druck dadurch auf die Junglehrer größer wird, sie müssen und sollen sich so unterordnen, um ja dem Bild eines „guten“ Lehrers zu entsprechen.

Es darf doch nicht so sein, wie ich es schon miterlebt habe: Ein der ÖVP genehmer Kandidat ist ein hervorragender Pädagoge, mit den besten fachlichen Beurteilungen, der einfach berücksichtigt werden muß, während ein von der SPÖ vorgeschlagener Kandidat auf jeden Fall ein Parteibuchprotektionskind ist, das aus politischen Gründen berücksichtigt werden soll.

Dabei werden auch Elternvereine und andere Institutionen geschickt eingebunden. Gerade bei der Bestellung von Schulleitern erlebt man hier wahre Auswüchse von Interventionen und Stellungnahmen wichtiger und unwichtiger Institutionen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen zur Auflockerung einen treffenden Leserbrief eines Lehrerkollegen aus meinem Bezirk nicht vorenthalten. (Abg. Dr. Hirschmann: „Hast du ihn selber geschrieben?“) Ich zitiere wörtlich: Überschrift: Politischer Posten. (Abg. Schützenhöfer: „Hast du eine Selbstanzeige gemacht?“) Könnte fast von mir sein. Hermann, hör dir das einmal an. „In konsequenter Analogie zur heftig entbrannten Debatte um die Bestellung von Schulleitern schlage ich folgendes vor:“ Der Kollege war übrigens einmal ÖVP-Ortsparteiobmann. (Abg. Erhart: „Dann ist alles klar!“) „Die Steuerzahler wählen den Finanzamtsvorstand, die Krankenhauspatienten den Primararzt, die Bahnfahrer den Stationsvorstand, die Soldaten den Armeekommandanten und so weiter. Vor allem aber bin ich dafür, daß der Landesschulratspräsident gewählt wird, denn zum Unterschied von den vorher angeführten Funktionsträgern ist dies ein rein politischer Posten.“ (Abg. Erhart: „Das weiß ohnehin jeder!“) Ich würde sagen, nicht uninteressant, diese Schlußfolgerung, und sicher eine Diskussion wert. (Abg. Mag. Rader: „Er ist ein politischer Mensch!“) Aber jetzt fällt mir gerade etwas ein, was Kollege Dr. Lopatka in seiner Budgetrede gesagt hat, daß Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher hier landauf, landab einen schulpolitischen Flächenbrand entfacht hat. Ich würde sagen, es ist ein kleines Strohfeuerchen. Aber es stimmt schon, er hat einen Flächenbrand entfacht. (Abg. Erhart: „Gezündelt hat er!“) Nicht bei uns, sondern vor allem auch in seinen eigenen Reihen. Lieber Herr Präsident, ich möchte dir auch nicht vorenthalten, was Kollegen deiner Couleur über dich denken und das auch schreiben. (Abg. Pinegger: „Ist das auch ein Leserbrief?“) Nein, das ist ein Leitartikel in einer ÖLB-Zeitung. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was ist das?“) Herr Präsident, das ist der Österreichische Lehrerbund. Leitartikel in einer ÖLB-Zeitung, betrifft den Herrn Präsidenten Dr. Schilcher. „Er setzt sich als pädagogischer Einmann-Wanderzirkus opportunistisch und publikumswirksam in Szene, indem er zunächst die Schule und dann die Lehrerschaft verteufelt. Er zieht aus seinem Talon grünalternative sowie gesellschafts- und strukturzerstörende Tendenzen nur so aus der Tasche. Mit Entsetzen stelle ich auch fest, daß Präsident Dr. Schilcher im Wege seiner Ankündigungspolitik, die medienwirksam als Reformzug verkauft wird, die im Dienstrecht verankerten Einrichtungen der Personalvertretung und der Gewerkschaft einfach übergeht. Es wird der Festigung unserer Hauptschule wenig zuträglich sein, wenn Präsident Dr. Schilcher die Einführung einer Realschule für 10- bis 16jährige anpeilt, die für Schüler gedacht ist, die das kognitive Arbeiten in der AHS ablehnen, jedoch in der Hauptschule keine Alternative sehen. Es ist abstoßend einzigartig, wie Präsi-

dent Dr. Schilcher als politischer Vorgesetzter der steirischen Lehrerschaft im Alleingang Änderungen erreichen will. Er macht die Schule zum Marktplatz für Reformen.“ (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ungeheuerlich!“) Er stellt schlußendlich dann wirklich fest: „Der erfolglose Drakenkämpfer hat bei Präsident Dr. Schilcher zu einer Überkompensation geführt.“ Das ist nur ein Zitat. Damit wollte ich nur zeigen, wie der Flächenbrand sich teilweise gerade in deinen Lehrerkreisen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Gewerkschaftskreisen.“), und ich bin ja viel mit Lehrerkollegen zusammen, ausbreitet. Ich kenne den Verfasser, wenn ich dir sage, wer das ist, Herr Präsident, würdest du schauen. Es ist echt so, daß alles nicht so ist, wie du meinst. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wieso würde ich schauen?“)

Jetzt nur eine kurze Bemerkung zur Bestellung von Schulleitern. Herr Präsident, wir erleben jetzt im Bezirk Feldbach am Polytechnischen Lehrgang in Kirchbach eine Situation, die ich schon vor wenigen Monaten einmal hier im Haus aufgezeigt habe, wo die historische Chance wäre, Erbhöfe, die du ja von vornherein verurteilst, denn du sagst immer, es gibt keine Erbhöfe. Ich denke nur an den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, der einmal gesagt hat, es gibt keine roten und keine schwarzen Schulen, es gibt in Zukunft nur mehr steirische Schulen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jawohl, sehr richtig!“) Hier gäbe es einmal eine Chance, dies zu zeigen, Herr Präsident, wir sind für Objektivierung. Wir gehen nach dem LDG vor. Da scheint es schon wieder so zu laufen, daß wiederum ein von euch vorgeschlagener Kandidat der bessere ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Kann möglich sein!“) Es kann insofern nicht möglich sein, meine Damen und Herren, weil dieser von der ÖVP vorgeschlagene Kandidat im Gegensatz zum anderen Kandidaten, der 16 Jahre an dieser Schule aufbauend tätig war, noch kein einziges Dienstjahr aufweist, von euch vorgezogen werden soll. Herr Präsident, ich ersuche dich, ich bitte dich höflich, hier objektiv nach dem LDG eine Schulleiterbesetzung vorzunehmen, auch wenn sie nicht ganz in die politischen Intentionen der Mehrheitspartei in diesem Hause paßt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Objektiv ist, wenn ich euren Kandidaten nehme!“) Weil er in dem Fall der Qualifizierteste ist! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wer sagt das?“) Ich habe die Dienstbeurteilungen, das Protokoll der Kollegiumssitzung hier, er ist an und für sich nach dem LDG der Qualifizierteste!

Das ist bitte schwarz auf weiß hier! Ich habe das Protokoll hier. (Abg. Erhart: „Er ist kein ÖVPLer!“) Das ist das Problem! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Irgend etwas stimmt nicht!“) Herr Präsident, du wirst noch rechtzeitig erfahren, von wo das gekommen ist.

Zurück zum schulpolitischen Alltag. Ich habe einleitend festgestellt – (Abg. Schützenhöfer: „Der Brief ist nicht der Beweis für das, was du sagen wolltest!“) O. K.! Darf ich zum schulpolitischen Alltag zurückkommen und zwei wichtige Dinge anschnitten. Das ist die Problematik der Schule der 10- bis 15jährigen, und da meine ich, wenn die österreichischen Eltern für ihre Kinder noch immer den Berufs- und damit den Lebensweg der erst Zehnjährigen bestimmen müssen, müssen wir uns fragen, warum das so ist, und ob es so gut ist, und ob es nicht doch zu früh ist. Wir müssen auch

fragen, welches Ziel die Schulbildung haben soll, wie wir uns den gebildeten Menschen der Zukunft vorstellen und in welcher Institution er oder sie diese Bildung erwerben kann.

Wir wissen, in den letzten Jahren hat sich die Gesellschaft grundlegend geändert. Auf vielen Arbeitsplätzen stehen Computer, wir steuern auf die Informationsgesellschaft zu. Die neue Situation erfordert neue Bildungsanforderungen, wir müssen lernen, über den eigenen Zaun hinaus zu denken. Es gibt endlich kein Schulgeld mehr, die Hochschulbildung steht allen offen. Der große Unterschied: hier AHS, dort neue Hauptschule aber besteht weiter. Über die Frage, warum integrierte Gesamtschule, wird leider kaum mehr diskutiert. Elemente davon sind sicher in die neue Hauptschule eingeflossen, in der es heute drei Leistungsgruppen gibt. Im Abschlußzeugnis wird die Leistungsgruppe ausgewiesen, in der der Schüler diese Gruppe absolviert hat. Ein Absolvent der dritten Leistungsgruppe findet bei angespannter wirtschaftlicher Lage nur sehr schwer einen Arbeitsplatz. Erziehungswissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang bereits von der „Produktion der Arbeitslosen von morgen“. Das muß uns alle bedenklich stimmen, weil wir selbstverständlich alle für eine Vollbeschäftigung eintreten. In den Städten sind die Unterstufen der AHS zu De-facto-Gesamtschulen geworden, und die Hauptschulen werden immer mehr zu sogenannten Restschulen. Diese Entwicklung zwingt jetzt alle für die Bildung Zuständigen, die Gespräche um die gemeinsame Mittelschule wieder aufzunehmen. Wir müssen diese Diskussion sachlich, sowohl am Jugendlichen als auch an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientiert, führen. Ich meine auch, daß es wenig Sinn hat, hergebrachte Modelle auf Biegen und Brechen zu verteidigen, ohne sich die davon betroffenen jungen Menschen und die wirtschaftlichen Trends anzuschauen.

Wir müssen also eine Schulform finden, in der jeder einzelne so viele Chancen als möglich hat; in der sich auch die 10- bis 15jährigen über die Welt von morgen informieren können, indem sie Wissen über die Arbeitswelt erhalten. Diese Schule soll den Jugendlichen so viel Raum zur Entwicklung geben, wie sie in diesem Alter brauchen. Sie soll Möglichkeit bieten, daß jedem einzelnen Schüler und jeder einzelnen Schülerin der berühmte „Knopf aufgehen“ kann. Wir begrüßen daher jede bildungspolitische Diskussion, auch die der Realschule, und werden immer für Gespräche zur Verfügung stehen. Aber eines muß erhalten bleiben: Trotz aller politisch differenzierter Meinungen muß nach wie vor das Kind im Mittelpunkt stehen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Voriges Jahr ist der Lehrer im Mittelpunkt gestanden!“) Ich komme zum zweiten Punkt, der Neuorientierung der Berufsschule. Die Berufsausbildung in Form der Lehre ist noch immer für 50 Prozent aller Jugendlichen der Weg in den Beruf. Gerade heuer hat sich gezeigt, daß die Wirtschaft auf Grund verschiedenster Faktoren mit einem hohen Mangel an qualifizierten Facharbeitern für die nächsten Jahre rechnen wird müssen. Nicht nur, daß die Zahl der Lehrlinge drastisch zurückgegangen ist, haben sich auch seitens der Wirtschaft die Stimmen gemehrt, die von den Berufsschulabgängern vermehrte Qualifikationen verlangen. So wurde die Berufsschule aufgeru-

fen, ihre duale Ausbildung auf dem modernsten Stand zu halten. Dafür werden die Lehrpläne geändert werden müssen, sowie die Einführung von EDV, Englisch beziehungsweise eine andere Fremdsprache wie auch der Deutschunterricht müssen verstärkt den Schülern vermittelt werden. Damit schließt sich wieder der Kreis, wenn es um die Zukunftsperspektiven der Schule und der Jugend geht.

Zum Schluß kommend ein Dank an den Landeschulrat und an die Rechtsabteilung 13 für den Einsatz bei der Erstellung der Dienstpostenpläne vor allem für die niederorganisierten Volksschulen. Nur zur Information: Fast ein Viertel aller steirischen Volksschulen im ländlichen Raum sind sogenannte weniggegliederte Volksschulen mit Abteilungsunterricht, deren Bestand dadurch gesichert wurde. Ich ersuche auch weiterhin mit ganzer Kraft namens meiner Kollegen um diese weitere Unterstützung. Denn: Gespart und eingespart kann überall und vielerorts werden. Wer es aber im Unterrichts- beziehungsweise Bildungsbereich tut, und zwar so, daß unseren Kindern daraus Nachteile erwachsen, ist sehr schlecht beraten.

Schlußendlich noch eine Bitte an den politischen Referenten der Landesregierung, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, aber auch an den Präsidenten des Landesschulrates, Herrn Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher, sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft Bezirke, Herr Präsident – hier meine ich Bruck, Hartberg und Feldbach –, in denen schon weit über 700 Lehrer tätig sind, in Zukunft geteilt werden mögen – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Deutschlandsberg!“) ich danke für die Ergänzung, der vierte Bezirk wäre Deutschlandsberg –, da es für einen Bezirksschulinspektor einfach unmöglich ist, über 700 Lehrer administrativ wie auch pädagogisch zu betreuen.

Abschließend ein Danke an alle Verantwortlichen, die im steirischen Schulwesen für unsere Jugend tätig sind und sich um deren Zukunft Sorgen machen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.54 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (20.54 Uhr): Herr Präsident des Landtages, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe früher versucht, mir die Rednerliste anzusehen, ob wirklich Nichtpädagogen und „normale Leute“, wie unsereins, sich in dieser Gruppe zum Rednerpult wagen dürfen. (Abg. Erhart: „Heißt das, daß die Pädagogen keine normalen Leute sind?“) Das kannst du beantworten, wie du gerne möchtest! Ich weiß, was du gerne sagen willst, und ich weiß, daß du ein höflicher Mensch bist, behalte es für dich, und wir sind uns einig! Ich habe gesehen, daß sich die Frau Abgeordnete Göber und die Frau Abgeordnete Kanape auch ans Pult wagen werden, daher sind wir wenigstens drei, die sich gegen das Bollwerk der Fachleute verteidigen werden, wenn ich Herrn Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher miteinbeziehe, wenn gleich nicht Nichtpädagoge, aber dafür können wir auch nicht so wesentliche pädagogische Grundsätze hier von uns geben, wie unsere beiden Vorredner. Mir ist nur aufgefallen, und das hat mich bewogen, den

gefährlichen Gang an dieses Pult zu machen, daß der Kollege Dr. Lopatka in seiner Generalrede ein ungeheures Lob auf unseren neuen Herrn Landesschulratspräsidenten gehalten hat, indem er sagte, „die ÖVP hat mit Dr. Schilcher zwar einen großartigen Klubobmann verloren“ – das kann ich nicht beurteilen –, „unsere Schüler, Lehrer und Eltern dafür einen hervorragenden Bildungsfachmann gewonnen.“ (Abg. Rainer: „Er hat einen Hang zum Übertreiben!“) Bitte schön, gehen wir einmal von dieser Geschichte aus. (Abg. Dr. Dorfer: „Schade, daß es nicht zwei Schilcher gibt!“) Fünf Schilcher soll es geben, mindestens. Dann wäre, lieber Kollege Dr. Dorfer, zumindest das rhetorische Niveau des Hauses um Hausecken höher als es jetzt im Augenblick ist, wenn es zwei Schilcher gäbe. Das ist überhaupt keine Frage. Ich schätze den Herrn weniger in seiner Schulratspräsidentenfunktion, aber überhaupt an sich als umtriebigen, eloquenten und überzeugend scheinenden Menschen. Wenn ich so lese und verfolge, was sich in den Medien in den letzten Monaten seiner Amtszeit niedergeschlagen hat, dann glaube ich – (Abg. Dr. Dorfer: „Der Mund ist eine Funktion des Hirns!“) Der Mund ist eine Funktion des Hirns. Das war eine gefährliche Aussage. Ich nehme nicht an, daß er alles glaubt, was er sagt. Zumindest, daß er in der Vergangenheit nicht alles geglaubt hat, was er gesagt hat. Ich würde eher sagen, das war ein unfreundlicher Akt deinem Nachbarn gegenüber, lieber Kollege Dr. Dorfer, das so zu sagen. Mir gefallen auch einige rhetorische Ansätze. Die Funktion des Hirns oder nicht, die der Herr Kollege Dr. Schilcher in seinen letzten Diskussionen gebracht hat, so zum Beispiel halte ich es überhaupt für eine sehr tolle Geschichte, daß ein Landesschulratspräsident in die Handelskammer geht und dort sich quasi der Frage stellt, wie bringt man Leute wirklich in die Berufe. (Abg. Dr. Dorfer: „Was ist daran sonderbar?“) Ich halte das für wirklich gut. Das hat es in der Vergangenheit in dieser Form nie gegeben, und das muß positiv angemerkt werden.

Wo ich mich allerdings ein bißchen mehr beschäftigen kann, und da habe ich einen regen Briefverkehr quer durch die Steiermark, ist jene Frage, die jetzt zum Schluß der Herr Kollege Freitag angeschnitten hat, und zwar die Frage der Schulleiterbestellungen.

Ich lasse jetzt einmal die Geschichte mit den Lehreranstellungen weg und ob die aufliegende Liste der Weisheit letzter Schluß ist oder nicht. Ich beschäftige mich nur mit den Leiterbestellungen. (Abg. Dr. Dorfer: „Was objektiv ist, weiß nur der liebe Gott!“) Der Herr Kollege DDr. Steiner hat schon vor zwei Jahren gesagt, daß eine Kommission hervorragendster Persönlichkeiten, bei der er auch war, hier versucht hat, ein Modell auszuarbeiten. Im großen und ganzen müssen wir ja feststellen, und das hat ja heuer die Diskussion im Sommer gezeigt, daß sich unter dem Strich bei den Lehrerbestellungen in Wahrheit nichts geändert hat. Auch der Herr Kollege Freitag regt sich ja auch nur dort auf, wo er zufällig einmal nachteilig behandelt worden ist. Lassen Sie mich ein Beispiel, das das typische Strickmuster in der Steiermark darstellt, auch 1989, auch unter der Präsidentschaft von Dr. Bernd Schilcher, herausnehmen, was so mustergültig und typisch ist, und es ist gar nicht so weit weg vom Kollegen Freitag. Die Situation in beiden Hauptschu-

len in Fürstenfeld. Das ist eine typische Situation. Da gibt es eine Hauptschule, da ist der Herr Direktor der Bürgermeister von Fürstenfeld. (Abg. Dr. Dorfer: „Na und?“) Er gehört der ÖVP an. Er ist dort auch Chef des ÖVP-Lehrerbundes. Das kann natürlich so nicht bleiben, weil es eine zweite Hauptschule gibt. Diese zweite Hauptschule muß dann selbstverständlich mit dem Vizebürgermeister besetzt werden. Der gehört wiederum der SPÖ an und ist auch der Lehrerchef der dortigen SPÖ-Organisation. Nunmehr strebt, Herr Kollege Dr. Dorfer, und Aufstreben ist etwas Gescheites, der Herr Bürgermeister nach oben (Abg. Erhart: „Ist auch kein Fehler!“), und wird – auch nicht ganz unumstritten – Schulinspektor. Das setzt natürlich voraus, daß seine bisherige Direktorenposition auch wieder neu besetzt wird. (Abg. Dr. Dorfer: „Trotzdem kein Freiheitlicher!“) Siehe da, lieber Kollege Dr. Dorfer, wer wird es? Dreimal darfst du raten: Der nächste Herr Vizebürgermeister, und der gehört wiederum der ÖVP an (Abg. Dr. Dorfer: „Schon wieder kein Freiheitlicher!“) und übernimmt auch gleichzeitig vom bisherigen Herrn Bürgermeister die Rolle des Chefs des dortigen ÖVP-Lehrervereins. Bitte herzlich, so ein Strickmuster findet man ja querfeldein im ganzen Lande. (Abg. Erhart: „Gibt es noch einen Vizebürgermeister?“) Nein, einen dritten Vizebürgermeister gibt es nicht. Wenn das die reine politische Objektivierung ist, dann kann ich darüber nur lachen. Da hat der Kollege Dr. Schilcher zu Beginn seiner Tätigkeit schon recht gehabt. (Abg. Schützenhöfer: „Warum zeigst du diesen Fall auf?“) Weil es so typisch für unser Land ist. (Abg. Schützenhöfer: „Weil der zweite Kandidat, der es nicht geworden ist, aus der ÖVP ausgetreten und der FPÖ beigetreten ist?“) Das weiß ich überhaupt nicht, ich war so selten in Fürstenfeld in letzter Zeit. Gut, daß du mich darauf hinweist, ich werde mich daran erinnern. (Abg. Dr. Dorfer: „Womit ist bewiesen, daß sie nicht qualifiziert sind?“) Wenn alle, die aus der ÖVP austreten, nicht qualifiziert sind, dann gäbe es verdammt viel nichtqualifizierte Leute in letzter Zeit. Scharenweise, lieber Kollege Dr. Dorfer, insbesondere bei der Handelskammer aus dem Wirtschaftsbund gibt es da relativ viele.

Was ich damit sagen wollte: Der Kollege Dr. Schilcher hat schon recht gehabt, das ist doch wirklich ein Problem, wenn der Direktor eine so wichtige politische Funktion hat, wann soll er wirklich noch in der Schule arbeiten? Ich habe es sehr mutig empfunden und auch öffentlich begrüßt, wenn Sie sich erinnern können, daß er einen Vorstoß gemacht hat, wenn wirklich einer Bürgermeister ist oder eine sonstige politische Spitzenfunktion hat, dann soll er um Himmels willen doch nicht Direktor sein, dort den Platz versetzen, und der andere muß arbeiten. Aber da hat ihn in Wahrheit die Realität eingeholt. Schon nach Monaten, denn nach Monaten war er schon so weit, daß er gesagt hat, dieses Ziel muß ich jetzt leider aufgeben, wenngleich ich es angekündigt habe, und hat einen neuen Gedanken erfunden, der ja wirklich auch so typisch in dieses Strickmuster paßt, er hat nämlich gesagt, jetzt brauche ich auch einen bestellten Vizedirektor, stellvertretenden Direktor. Denn wenn der Bürgermeister spazieren geht und seine politische Tätigkeit ausüht, was ja wichtig ist für die Kommune, nur soll er dann nicht Direktor sein, da teile ich Ihre Meinung vollkommen, damit wenigstens einer da ist, der diese Arbeit macht.

Da habe ich mir eigentlich gedacht, da wird die SPÖ im Landesschulrat aufheulen und sagen, hört auf, das ist doch der komplette Wahnsinn, wenn Dr. Schilcher mit seinen Ideen scheitert, dann tun wenigstens wir nicht mit. Aber die Frau Präsidentin ist ja nahezu noch untriebiger wie der Herr Präsident. Nicht nur deshalb, weil sie Kärntnerin ist, deshalb ist sie mir ja so sympathisch. Aber was sagt sie? Selbstverständlich, das ist ein guter Gedanke. Das ist doch toll. Aber, sagt sie, weil wir wirklich objektiv sein müssen, die Vizedirektoren müssen alle Frauen sein. Weil das ist von vornherein schon einmal ein Qualifikationsmerkmal. Bitte seht ihr beide denn nicht, wie lächerlich ihr euch in der Öffentlichkeit macht? Seht ihr bitte nicht, wie lächerlich diese Überlegungen sind? (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nur deine Begründung!“) Natürlich sind das meine Begründungen, weil du darfst sie nicht sagen, das verstehe ich ja. Ich weiß, daß du darunter leidest, daß sich das gelegentlich in Zwischenrufen artikuliert, weil irgendwo muß das Leiden ja hinaus (Abg. Dr. Dorfer: „Welches Leiden?“), aber es nutzt nichts. Es ist ja wahr. Dein Leiden, daß du nicht sagen kannst, was du willst. Nicht einmal gegen den Edegger kannst du das in der intensiven Form sagen, wie du das glaubst. Ich weiß schon, hier tust du dich gelegentlich weniger zurückhalten. Ich weiß jetzt natürlich schon, daß es Situationen gibt, die Ihnen unangenehm sind. So zum Beispiel darf ich Ihnen sagen, das habe ich gerade vor vier Tagen bekommen, daß sich ein übergangener Direktor – bitte nicht der in Fürstenfeld – aus der Obersteiermark tatsächlich an den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof gewendet hat, nachdem er eine Auskunft bekommen hat, warum er übergangen wurde. Es ist überhaupt ein Witz. Ich säge Ihnen ganz offen: Wenn jemand, der jetzt nicht Direktor geworden ist und jetzt gerne wissen will, warum nicht, er fühlt sich qualifiziert, und das haben ihm alle bestätigt, und er hat Dienstzeiten. (Abg. Dr. Dorfer: „Die meisten fühlen sich gescheiter als sie sind!“) Laß mich ausreden, gescheiter als du kann er sicher nicht sein, das ist keine Frage. Aber wenn der sagt, bitte sagt mir, warum ich das nicht geworden bin, schickt mir einen Bescheid. Das ist ein Wahnsinn. Das muß man den Nicht-Lehrern erzählen, was die für einen wunderschönen Brief bekommen. Da steht drinnen: „Sehr geehrter Herr . . . ! Sie sind nicht Direktor der Volksschule . . . geworden, weil der Herr XY Direktor geworden ist.“ Nicht einmal mit vorzüglicher Hochachtung. Das hat er auch gewußt. Deshalb hat er nicht fragen brauchen. Er wollte wissen, warum er es nicht geworden ist. Warum zum Beispiel seine Dienstzeiten, seine Ausbildungen und alles mögliche nichts gegolten haben, und anderes mehr. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Genau das will er nicht wissen!“) Das ist das mindeste in einem Land, wo alle reden, wir sind das Fortschrittlichste in Volksrechten überhaupt, daß man einem sagt, warum er nichts geworden ist, und warum der andere besser ist. Das, was Sie aufführen, ist bitte wirklich die übelste Frozzelei.

Da habe ich mir gedacht, da muß man doch etwas tun. Ich habe Ihnen im Finanz-Ausschuß vorgeschlagen, daß man eigentlich von vornherein das tut, was das Normalste der Welt ist: daß man jedem, der nicht bestellt wird, in Form eines Bescheides mitteilt, warum dem so ist. Punkt – aus – Ende! Übrigens etwas, was in allen Vorschlägen zur Objektivierung seit nahezu

Jahrzehnten, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, insbesondere in allen Programmen bei Ihnen drinnen steht: Wann immer, jemand im öffentlichen Dienst das, was er angestrebt hat, nicht erhält, muß man begründen, warum das so ist. Ich habe vorgeschlagen, machen wir eine Resolution, und fordern wir die Landesregierung auf, sicherzustellen, daß jeder einen Bescheid bekommt, dann kann er ja ein Rechtsmittel ergreifen, wenn er will. Das tun die meisten ja nicht, das ist mit Kosten verbunden, das ist mit Risiken verbunden, was auch immer, und wirklich ein Rechtsmittel ergreifen nur jene, wo es der „Blinde mit dem Krückstock“ sieht!

Ich verstehe eigentlich offengestanden nicht, warum man in einem Land, von dem die Kollegen Dr. Lopatka und Dr. Maitz und wer auch immer heute schon erklärt haben und in den nächsten Monaten und Jahren erklären werden mit dem Brustton der Überzeugung, daß man das bürgerfreundlichste und demokratischste in ganz Österreich ist, sich nicht einmal dazu versteht, jemandem, der sich um einen Direktorenposten bewirbt und ihn nicht bekommt, einen Bescheid zu geben, damit er dagegen ein Rechtsmittel ergreifen kann, wenn er wirklich glaubt, eine Chance zu haben, weil er übergangen worden ist – das verstehe ich nicht! Das ist finsterste Steinzeit in der Demokratieentwicklung, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher! Sie schütteln den Kopf! Nein, das verstehe ich nicht, meine Damen und Herren! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich habe nichts gesagt. Das macht die Landesregierung!“) Das sage ich ja, Herr Kollege Dr. Schilcher, das ist ja Ihr Nachteil, daß Sie zufällig auch Abgeordneter sind und daher nicht so überparteilich erscheinen, wie Sie es gerne gelegentlich tun möchten. Als Abgeordneter habe ich von Ihnen erwartet, daß Sie diesem Resolutionsantrag zustimmen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist falsch!“) Ja, falsch ist alles, was Ihrer Meinung widerspricht, das verstehe ich! (Abg. Pörtl: „Du hast immer recht!“) Das ist ein menschlicher Zug, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, das macht Sie ja sympathisch! Aber richtig ist es für die Leute nicht, für Sie vielleicht! Ich weiß nicht, wann Sie sich in dieser Geschichte endlich einmal einen Ruck geben. In Oberösterreich ist man schon viel weiter! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wo? Das glauben nur Sie!“) Viel weiter sind sie dort in der Entwicklung, und bitte, fangen Sie doch an, Herr Kollege Dr. Schilcher, fangen Sie doch an. Um Kilometer sind die dort voraus, tun Sie es doch endlich, das wäre ja der Durchbruch. Herr Kollege Dr. Schilcher, das wäre der Durchbruch. Die Chance sollten Sie sich doch nicht entgehen lassen.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, nachdem wir „normalen Leute“ dann geredet haben werden und wieder die Experten kommen, wird der Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher kommen und uns belehren, warum das unter keinen Umständen geht. Verstehen wird das kein Mensch, kein Mensch versteht das, vor allem nicht diejenigen – (Abg. Pörtl: „Das habe ich noch nicht gehört, daß das das größte Problem ist, wer nicht Direktor geworden ist!“) Na bitte, bei dir bei den Bauern wird das wahrscheinlich nicht so sein, die bewerben sich nicht so oft, aber reden Sie draußen mit den Leuten – ich habe packerweise Briefe. Da ist doch ein Nachholbedarf vorhanden,

holen Sie doch endlich nach, und machen Sie diese Objektivität, von der Sie reden, auch in der Praxis. (Beifall bei der FPÖ. – 21.09 Uhr.)

Präsident: Ich habe noch neun Rednerinnen und Redner zur Gruppe 2 gemeldet, weil ich gefragt wurde, wie viele es sind! Das ist eine Mitteilung aus Gründen der Zeitökonomie.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (21.09 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich möchte heute gleich mit dem Herrn Kollegen Mag. Rader beginnen. Sie haben mich genannt. Ich glaube, wenn jemand Anrecht hat, zur Schule oder zur Erziehung zu sprechen, dann sind das nicht nur die Lehrer, sondern es sind vor allem alle Mütter und Väter, die wir Kinder haben. Ich glaube, die sind pädagogisch und psychologisch genauso interessiert und befähigt, fast wie die Lehrer, möchte ich sagen. (Beifall bei der FPÖ.) Ich will damit sagen: Wir dürfen nicht den Lehrern allein diese Sache überlassen, sondern wir alle müssen uns daran beteiligen.

Ich möchte heute zur Berufsschule kurz sprechen. Zum Thema Berufsschule gehört für mich nach wie vor das Thema Maturant. Wir haben vorige Woche in der Vorlage besprochen, wie es um unsere Maturanten bestellt ist. Ich habe den Antrag auf eine Maturantenklasse gestellt. Ich weiß, daß im letzten Schuljahr nur 60 Maturanten in allen drei Schulstufen sich gemeldet haben beziehungsweise vorhanden waren. Natürlich kann man da keine eigenen Klassen bilden, aber ich meine schon, daß wir gemeinsam auf diesem Maturantenantrag darauf bleiben müssen; wenn es heute 60 sind, so sind es in der Zukunft und vielleicht schon im nächsten Jahr mehr. Wir müssen unseren Maturanten sagen, daß ein Lehrabschluß mit Matura für sie eine große Chance ist. Ich sehe nicht ein, daß man das gute Allgemeinwissen der Maturanten nicht in viele andere Berufe einbringen soll, ob es ein Buchhändler ist, in einem Reisebüro und so weiter, und vielleicht ist es auch keine Schande, wenn ein Maturant Schlosser oder Tischler wird. Ich gehöre auch zu jenen, die vielleicht ein provokantes Wort sagen. Vielleicht sollten wir auch über flexiblere Lehrzeiten für die Maturanten nachdenken, denn das Allgemeinwissen haben sie, es fehlt ihnen nur die fachliche Ausbildung. Ich frage mich eines immer wieder: Wir alle wissen, daß in der Bundesrepublik Deutschland doch 20 Prozent der Maturanten in einen Lehrberuf einsteigen, ob wir nicht daran alle Schuld tragen, daß bei uns diese Chance nur von 0,6 Prozent der Maturanten genützt wird. Es sollte in diesem Antrag auch ein kleiner Beitrag gestartet werden, daß wir die vielen arbeitslosen Maturanten von diesem traurigen Weg wegbringen. Ganz begreife ich es nicht, warum sich ein Maturant nicht zum selbständigen Menschen bekennen will – ob das im Handel, im Gewerbe, in der Produktion oder als Unternehmer ist. Vielleicht tragen wir alle wieder daran Schuld, daß wir Handel und Wirtschaft in den letzten 15 bis 20 Jahren negativ besetzt haben.

Die Wirtschaft und unsere Frau Landesrätin Waltraud Klasnic sind wirklich bemüht, Angebote zu

machen. Wir alle sind aber aufgerufen, da mitzuhandeln, denn wenn es nur ein Anliegen der Wirtschaft bleibt, daß wir wissen, daß wir Maturanten brauchen, so wird das zuwenig sein. Wir müssen mit den Eltern reden und wahrscheinlich auch die Jugendlichen aufklären. Einen großen Vorteil haben die Maturanten: Sie haben eine Grundausbildung im Allgemeinwissen, sie können Zusammenhänge sicher rascher erfassen als ein Hauptschüler, der vier Jahre in der Hauptschule war, und außerdem braucht die Wirtschaft die Maturanten.

Ich ersuche Sie alle, verfolgen wir diesen sogenannten Maturantenantrag.

Meine Damen und Herren! Der materielle Lebensstandard der steirischen Bevölkerung hat sich in den letzten 15 Jahren um rund 50 Prozent gesteigert. Die mittlere und höhere Qualifikation wird zu dominieren beginnen. Ich möchte jetzt gar nicht darauf eingehen, was alles vom WIFI, auch vom Landesschulratspräsidenten und von unserer Landesrätin in der Bildungspolitik initiiert worden ist. Auf alle Fälle sind das alles interessante Wege. Wir wissen auch, daß das Interesse an der Hauptschule und an der Lehrlingsausbildung abnimmt. Hat das vielleicht auch mit diesem materiellen Wohlstand zu tun, daß wir unseren Kindern eingeredet haben, wenn du auf die AHS gehst, bist du etwas Besseres und verdienst auch mehr? Erstens stimmt das nicht, und zweitens ist das sicherlich der total falsche Weg. Ich meine, wir alle sollten uns endlich einmal zum Lehrling bekennen, und das mit vollem Herzen und nicht nur so nebenbei! Immerhin haben wir 27.820 Lehrlinge. Wir sollten auch ein Bekenntnis zu den vielen kleinen Unternehmen ablegen, die bereit sind, Lehrlinge aufzunehmen und auszubilden, und nicht den Unternehmer als Negativbild hinstellen. Wir sollten aber auch ein Bekenntnis zur Berufsschule und deren Lehrer ablegen. Das sind 600 Berufsschullehrer, und in jedem Beruf sind wahrscheinlich nicht alle immer und ununterbrochen mustergültig. Es gibt in jedem Beruf solche und solche. Aber im großen und ganzen stehen sie positiv zur Wirtschaft. Wir brauchen gut ausgebildete Mitarbeiter. Ich glaube, wir dürfen auch nicht dort einhaken, daß wir nur die Wirtschaft mit Lehrlingskosten belasten. Ich meine damit, daß wir nicht jene Betriebe bestrafen, die gerne Lehrlinge aufnehmen. Denn die Lehrlingskosten sind in den letzten Jahren gestiegen. Die praktische Ausbildung im Betrieb ist etwas ganz Wichtiges und Unverzichtbares. Auch unser Berufsschulsystem ist ja letzten Endes vorbildlich. Aber gegen eines wehre ich mich, daß man der Berufsschule zuteilt, Allgemeinwissen zu vermitteln. Dieses Allgemeinwissen steht, glaube ich, der Hauptschule, der AHS und so weiter zu. Wobei ich, wenn man von Berufsschulen spricht, Hauptschule und Polytechnikum nicht ausschließen möchte. Ich bin fest davon überzeugt, Hauptschule wie Polytechnikum werden von uns viel zu negativ besetzt. Das haben sie sich auch nicht verdient.

Herr Präsident Dr. Schilcher, einen Wunsch habe ich, und ein wenig weiß ich auch Bescheid. Sollten wir nicht überhaupt unsere Lehrstoffinhalte oder Lehrpläne endlich einmal entrümpeln? Ich meine, es ist sinnlos, wenn wir unseren Kindern Dinge vermitteln, die kein Mensch mehr braucht, weder das Kind, noch die Wirtschaft, noch die Gesellschaft. Alles, was dem

Geist und der Ausbildung dient, ist sicher gut, aber es wird meiner Meinung nach viel zu viel Ballast mitgeschleppt. Der Lehrlingsstand nimmt ab. Trotzdem sind in der Steiermark viele Lehrlinge. Wir stehen an zweiter Stelle nach Oberösterreich. Was dramatisch wird, ist ja überhaupt die Abnahme der Schulpflichtigen; von 1981 bis zum Jahre 2011 wird diese Schulpflichtigkeit um 40 Prozent zurückgehen, und auch die Wirtschaft, und nicht nur die Schulen, wird sehr betroffen sein. Wir müssen Vorkehrungen auch für die Wirtschaft treffen.

Ein paar Kurzanregungen: Vielleicht sollten Lehrer, Abschlußprüfer und Lehrbeauftragte mehr Kontakte herstellen. Ich weiß es aus dem eigenen Betrieb zu Hause. Was ich gewaltig vermisse ist, daß sich die Eltern nicht mehr um ihre Kinder am Lehrplatz oder auch in der Berufsschule kümmern. Fremdsprachen ja, keine Frage. Auch die Frage, welche Fremdsprache brauchen wir in der Berufsschule. Nur, glaube ich, kann man diese Zeit nicht auch wieder den Unternehmen anrechnen.

Vielleicht sollte man auch die Lehrabschlußprüfung, Herr Präsident, über die Benotung weißt du ja sicher besser Bescheid, aufwerten, indem man dem Lehrling nicht nur die Note „bestanden“, „gut bestanden“ zukommen läßt. Vielleicht hat er auch ein Anrecht darauf zu wissen, wo er gut, mittelgut und etwas schlechter ist. Ich würde mir aber auch eine bessere Anerkennung für die Unternehmer wünschen, denn sie leisten auch in der Weiterbildung für ihre Lehrlinge Verschiedenes.

Ich möchte auf einen Zeitungsbericht vor 14 Tagen, drei Wochen zurückkommen, wo die Berufsschullehrer und Inspektoren Alarm geschlagen haben, wie schlecht und miserabel unsere Berufsschulen ausgestattet sein sollen. Es ist ihr gutes Recht, keine Frage, andererseits ist das aber auch ein Aufwerten für die Wirtschaft, wie rasant die Entwicklung in der Wirtschaft weitergegangen ist. Es schienen dort Klagen über die technische Rückständigkeit der Schulen auf. Keine Frage, wahrscheinlich gibt es teilweise Rückstände. Mich hat nur daran gestört, daß das gerade dann geschah, als etwas Positives vorangegangen ist, und das war die erste steirische Berufsinformationsmesse in Hartberg. Gleich darauf kam schon wieder diese Negativmeldung. Es ist doch keine Frage, meine Damen und Herren, daß in den sechziger und siebziger Jahren, als unsere Berufsschulen wirklich im Vordergrund standen, viel investiert wurde. Aber das ist ja nichts anderes, als wenn wir zu Hause unser Häusl bauen oder unsere Wohnung einrichten. Wenn dieses Häusl gebaut ist, dann ist in den nächsten Jahren eben etwas Stillstand, weil auch die Finanzen irgendwo herkommen müssen. Unsere Frau Landesrätin Waltraud Klasnic hat doch schließlich und endlich auch von Anbeginn ihrer Tätigkeit an viel Herz für die Lehrlinge und natürlich für deren Berufsschulen gezeigt.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen Facharbeiter. Wir brauchen gut ausgebildete Mitarbeiter. Wir aus der Wirtschaft wollen dazu beitragen, daß wir sie auch bekommen. Unsere Lehrlinge werden im Betrieb und in der Berufsschule auf ihren Beruf vorbereitet. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Betrieben geht rasant vor sich. Unsere Berufsschulen müssen dieser

Entwicklung Rechnung tragen und im Gleichschritt mit der Wirtschaft unsere Jugend ausbilden. Dem Lehrling, der Berufsschule gehört sicher das Rückgrat in der Darstellung und im Stellenwert gestärkt. Aber auch in finanzieller Hinsicht muß für die Berufsschulen alles getan werden, damit wir nicht Betriebe für morgen und Berufsschulen von gestern haben.

Mit großer Freude und Genugtuung stelle ich daher fest, daß im Landesvoranschlag 1990 auf Betreiben unserer Wirtschaftslandesrätin 10 Millionen Schilling für die Ausstattung unserer Berufsschulen mit technischen Einrichtungen und Geräten vorgesehen sind. Die steirische Wirtschaft, die steirischen Unternehmer und die Berufsschulen sind gemeinsam aufgerufen, unserer Jugend die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen. Wir wollen uns daher auch in Zukunft zur fachlich orientierten Berufsschule, die technisch nach neuestem Stand eingerichtet ist, bekennen. Lehrer sollen sich der Wirtschaft verbunden fühlen und umgekehrt. Ich glaube, gemeinsam haben wir allen Grund, den Wirtschaftstreibenden, den Berufsschulen, den Berufsschullehrern, und heute vor allem unserer Frau Landesrätin herzlich zu danken, daß die Berufsschulen gemeinsam mit der Wirtschaft eine gute Ausbildung unserer Jugend angedeihen lassen können. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 21.23 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (21.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich kurz mit dem Kapitel Erwachsenenbildung auseinandersetzen. Kollege DDr. Steiner hat ja bereits sehr emotionell zu diesem Thema Stellung genommen.

Die siebziger Jahre begannen für die Erwachsenenbildung mit einer euphorischen Aufbruchstimmung. Mit dem Inkrafttreten des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes im Jahr 1973 glaubte man, endlich jenes gesicherte Fundament gelegt zu haben, auf dem es zu einem zügigen Ausbau der Erwachsenenbildungseinrichtungen durch die öffentliche Hand kommen sollte. Für viele war dieses Gesetz nur ein Vorläufer für ein rasch zu verabschiedendes Erwachsenenbildungsgesetz. Doch es dauerte nicht allzu lange, und diese Hochstimmung wich einer Ernüchterung. Die Frage der Kompetenzregelung zwischen Bund und Ländern bleibt nach wie vor ungelöst.

Forderungen nach Gleichstellung der Erwachsenenbildung mit der Schule und den Universitäten verhallen völlig ungehört. Damit ist die Anerkennung der Erwachsenenbildung als gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens weiterhin ein Wunschdenken. Ich schließe mich dem Wunsche des Herrn Abgeordneten DDr. Steiner voll an, daß es höchste Zeit für die Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsgesetzes ist. Und doch ist es engagierten Erwachsenenbildnern zu verdanken, daß im Zuge der bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre auch die Erwachsenenbildung wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist. Erwachsenenbildung in unserer Zeit bedeutet Förderung der geistigen Mobilität, das heißt, wir sollen den Menschen in die Lage versetzen, sich auf Veränderungen im gesellschaftli-

chen, Ökonomischen und politischen Bereich einzustellen, sie zu beurteilen und mit ihnen auch fertig zu werden. Ich glaube, daß es dabei nicht darum geht, den Menschen an die Gesellschaft anzupassen, sondern ihn zu befähigen, in dieser Gesellschaft zu bestehen und ihr nicht als Objekt ausgeliefert zu sein. Das ist umso notwendiger, weil gerade unsere Gesellschaftsordnung eine ständige Veränderung ihrer Strukturen erfährt. Wir leben in einer Zeit, in der die Mitbestimmung in allen Bereichen des Lebens eine größere Bedeutung hat als je zuvor. Aber diese Mitbestimmung, die auch Mitverantwortung bedeutet, heißt gleichzeitig für die Menschen, daß wir darauf vorbereitet sein müssen. Alle Aussagen über die Notwendigkeit ständiger Weiterbildung sowie alle Bekenntnisse der Anerkennung der Leistungen unserer Erwachsenenbildungsorganisationen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Erwachsenenbildung in unserem Lande meiner Meinung nach immer einen Stellenwert besitzt, der nicht annähernd ihrer Bedeutung entspricht. Deshalb ist es Aufgabe der modernen Erwachsenenbildung, die berufliche Leistungsfähigkeit und die Mobilität zu fördern. Wir wissen allerdings, daß Erwachsenenbildung allein die Probleme unserer Zeit nicht lösen kann. Sie kann aber dazu führen, daß Menschen sich diesen Problemen nicht hilflos ausgeliefert fühlen, indem sie Fähigkeiten vermittelt, mit denen Mängel der Daseinsbewältigung behoben werden können. Wenn wir demnach von Erwachsenenbildung sprechen, dann verstehen wir darunter nicht ausschließlich eine Anpassung des Menschen an die jeweils aktuellen Bedürfnisse und Wünsche des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Wir sehen in ihr nicht nur einen Beitrag zur Existenzsicherung des einzelnen, sondern vor allem eine wesentliche Voraussetzung für die Anhebung der Leistungsqualität, für die Demokratisierung unserer gesamten Lebensbereiche, für die Humanisierung unserer Gesellschaft und für die Selbstverwirklichung des Menschen. Dabei bin ich mir jedoch völlig im klaren darüber, daß es ebenso notwendig ist, die materielle Basis zu schaffen, die es dem Menschen ermöglicht und leichter macht, sich mit Fragen von Bildung und Kultur zu beschäftigen. Ich meine damit, daß die gesamte Bildungs- und Kulturpolitik gegenwärtig vor der Aufgabe steht, alle jene Konsequenzen zu ziehen, die sich aus der gewaltigen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung ergeben und deren Ursachen doch letztlich im wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu suchen sind. Sosehr wir den Fortschritt der Wissenschaft und Technik bejahen, sosehr müssen wir uns wahrscheinlich im klaren sein, daß alle wissenschaftlichen und technischen Fortschritte noch keine Lösungen, weder politischer, sozialer noch ethischer Natur bringen. Insofern war und ist Bildungspolitik zugleich auch immer ein gesellschaftliches Anliegen. Daher muß die Erwachsenenbildung den individuellen Bedürfnissen ebenso entsprechen wie gesellschaftlichen Anforderungen und humanitären Ansprüchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserer Gesellschaft ist der Begriff Mobilität zum Schlagwort geworden, nämlich ständige Aufforderung an den einzelnen, sich neue Entwicklungen von Technik und Wissenschaft anzueignen, als Notwendigkeit zur Anpassung an neue Erfahrungen und Tendenzen.

Begreift man demnach Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der raschen Veränderungen, der Vermehrung der Freizeit und der fortschreitenden Arbeitsteiligkeit, so wird deutlich, vor welchen großen Problemen auch die Erwachsenenbildung steht. Sie muß gleichermaßen auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, drängenden politischen Anforderungen entsprechen, auf soziale Fragen eine Antwort finden, auf persönliche Schicksale reagieren können und auf individuelle Neigungen und Fähigkeiten Rücksicht nehmen. Weiterbildung ist also nicht nur Bildung für den Beruf, für Freizeit und öffentliches Wirken, sondern sie ist zugleich Lebenshilfe insofern, als sie den Bedürfnissen nach Sicherheit und Entfaltung, Selbstfindung und Selbstbehauptung sowie sozialer Anerkennung zu entsprechen sucht. Für die politisch Verantwortlichen ergibt sich daraus die Aufgabe, alle jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die es dem einzelnen ermöglichen, lebenslanges Lernen jenseits sozialer, finanzieller und regionaler Barrieren tatsächlich wahrnehmen zu können. Daher fordere ich alle dafür zuständigen Stellen auf, die Erwachsenenbildung mehr als bisher zu unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.31 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (21.31 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Auf der Ausgabenseite des landwirtschaftlichen Schulwesens sind 103,278.000,- Schilling zu verzeichnen, auf der Einnahmenseite 82,789.000,- Schilling. Das sind gewaltige Summen, die dem landwirtschaftlichen Schulwesen zur Verfügung gestellt werden, und damit wird auch signalisiert, daß dem Land Steiermark diese Art der Ausbildung etwas bedeutet und etwas wert ist. Ich möchte mich auch hier an dieser Stelle sehr herzlich für die Bereitstellung bedanken.

Als Begründung darf ich folgendes anführen: Die Steiermark ist ein Land der Vielfalt, der Unterschiedlichkeit und der Eigenständigkeit. Jedes Tal, jede Region hat spezifische Eigenschaften – sprachlich, in der Bekleidung, in der Volkskultur, der wirtschaftlichen Entwicklung und im Menschenschlag. Eingedenk der umwälzenden Entwicklungen in Europa gibt es besonders große Herausforderungen an das ländliche Gebiet. Manche bange Frage drängt sich dabei auf: Die dörfliche Struktur hat einen hohen Tribut an die fortschrittsgläubige Zeit bezahlt. Wissen, daß unseren Altfordern vertraut und selbstverständlich war, wurde vom Fortschrittsglauben überdeckt, als altmodisch und hinterwäldlerisch abgetan. Gekommen sind eine Entwurzelung und Orientierungslosigkeit, die die Menschen innerlich verarmt und verunsichert, die den Umgang mit der Natur, das Gefühl für die Natur und die Harmonie mit ihr erst wieder über die Wissenschaft und über Alternativgruppen in den ländlichen Raum tragen. Die Suche und Sehnsucht nach Einheit und Lebensqualität steigen, obwohl die internationale Verflechtung in wirtschaftlicher, geistiger und kultureller Hinsicht steigt. Mit der äußeren Veränderung geht eine innere Veränderung einher. Das Vorsorgedenken hat in das Dorf und in die Bauernhöfe

Einzug gehalten, Eigeninitiativen verblassen, Werte des Zusammenlebens sind verschüttet und wirtschaftliche Zwänge, wie Mobilität, tragen zur inneren Entfremdung bei.

In dieser hektischen und widersprüchlichen Zeit Bäuerin und Bauer zu sein und zu werden, ist eine große Herausforderung. Die Aufgabe der Nahrungsmittelversorgung ist zum Großteil gut abgedeckt, jedoch neue Ziele halten Einzug. Nicht die Menge, sondern die Qualität, die Vielfalt der heimischen Produkte wird gefordert. Aus den Ressourcen der Heimat schaffen kreative Menschen neue Produkte. Das will erworben, gepflegt, gestaltet und schließlich verkauft werden. Neben der Sorge um Umwelt, um gesunde Böden, um Wasser und Luft sind es Erwartungen der Bevölkerung, daß die Kulturlandschaft erhalten bleibt, daß die ländlichen Gebiete besiedelt bleiben. Diesen Forderungen kann mit weniger bäuerlichen Betrieben nicht entsprochen werden. Daher müssen wir Voll- und Nebenerwerbsbauern Voraussetzungen schaffen, ein entsprechendes Familieneinkommen zu erzielen.

Eng mit der bäuerlichen Existenz ist das Überleben der Gewerbebetriebe im Dorf verknüpft. Der Facharbeitermangel in vielen Berufen ist eklatant. Immer stärker ist der Sog in die Ballungszentren. Fehlen qualifizierte Nachwuchskräfte in diesen ländlichen Gebieten, ist das Überleben der handwerklichen Betriebe äußerst schwierig. So ging das landwirtschaftliche Schulwesen den Weg der zweiberuflichen Ausbildung. Das heißt, zuerst erfolgt die Grundausbildung im Beruf Landwirtschaft, und zwar deswegen, weil die Berufsausbildung den jungen Menschen besonders prägt. Die Qualifikation in der Betriebsführung und die Sorge um Grund und Boden sind in jungen Jahren Grundlage für die Liebe zum elterlichen Betrieb und Grundlage für den Neben- und Vollerwerbsbetrieb. Die andere, nichtbäuerliche Berufsausbildung sichert nun das finanzielle Auskommen. Die ländlichen Gewerbebetriebe erhalten damit verlässliche und qualifizierte Mitarbeiter, und die Region ist vor Entsiedelung bewahrt.

Hinweisen möchte ich ganz besonders darauf, daß sich neben dem mittleren landwirtschaftlichen Schulwesen auch ein höheres in der Steiermark befindet. Die HBLA für Landwirtschaft in Raumberg, für Forstwirtschaft in Bruck an der Mur und für Land- und Hauswirtschaft nach Absolvierung einer zweijährigen Hauswirtschaftsschule bei den Schulschwestern in Eggenberg.

Wenn nun von einer lebensbegleitenden Bildung gesprochen wird, ist die Erwachsenenbildung allgemein sehr positiv hervorzuheben, was bereits etliche Vorredner vor mir getan haben. Ich möchte nun im speziellen das LFI, das Landwirtschaftliche Fortbildungsinstitut, nennen. Dort wurden im vergangenen Jahr 40 verschiedene Schwerpunktkurse mit 1658 Kurstagen und 792 Teilnehmern abgehalten. Die wichtigste Aufgabe des LFI ist, die ländliche Bevölkerung im fachlichen, sozialen und kulturellen Bereich stets zu begleiten. Als spezielle Aufgaben darf ich folgende Projekte kurz vorstellen: Das Projekt „Umweltberater“. 15 arbeitlose Absolventen von Ober-Sankt Veit wurden zu Umweltberatern ausgebildet und in den Bezirken Leibnitz, Radkersburg, Hartberg und Fürstenfeld eingesetzt. Das Projekt „Steiermark Spezialitäten“

befaßt sich mit der Direktvermarktung im ländlichen Raum und ist speziell im südweststeirischen Grenzland anzutreffen. Das „Solaranlagenprojekt“, das sich mit Sonnenenergie befaßt, erstreckt sich über die gesamte Steiermark. Projekt „Ländlicher Raum, wohin“, betreffend das Schwarzaulal bezirksübergreifend, befaßt sich mit der Vergangenheit und Gegenwart dieser Region, um daraus für die Zukunft Gedanken und Wege zu finden. Das Projekt „Landwirtschaft für die allgemeinbildenden Schulen“, das sind eine Woche Informationen über Entwicklung und Probleme der Landwirtschaft, die an die Lehrer herangetragen werden, gekoppelt mit Exkursionen zum Thema „Landwirtschaft und Umwelt“.

Damit will ich zum Ausblick kommen. Alle Erwachsenenbildungsinstitutionen einer Region haben ganz besonders für den ländlichen Raum wesentliche und wichtige Aufgaben zu erfüllen. Über Persönlichkeitsbildung, Gesundheit, Soziales, Familie und Allgemeinbildung bieten sie Hilfen für die Regionen zur Bewältigung des Lebens an. Daraus resultiert ein verbessertes Zusammenleben in Dorf und Umgebung mit einer verstärkten Integration der Jugend und auch der Frauen. Direktvermarktung und sanfter Tourismus, energiesparende und raumsparende Siedlungsformen, zum Beispiel der verdichtete Flachbau, sind hier zu nennen. Die Verbesserung der Nahversorgung. Der Mensch im Dorf erfährt über die Möglichkeiten der Berufsausbildung und der Erwachsenenbildung seine persönliche Aufwertung, er stärkt sein Selbstbewußtsein und schafft damit Überlebenschancen für den ländlichen Raum. Danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 21.43 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (21.43 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin heute dem Herrn DDr. Steiner sehr dankbar, daß er historisch einmal die Entwicklung des Schulgeschehens in Österreich beleuchtet hat, weil ja manchmal nur einige Fragmente herausgerissen werden und es ganz gut ist, wenn man einmal die Schulgeschichte von einem erfahrenen Schulmann hört. Ich bin dir wirklich dankbar, daß du vom Schulgesetzwerk 1869 angefangen die 100jährige Tradition, den Aufbau geschildert hast, weil dadurch für alle viel mehr Verständnis auch für die heutige Entwicklung da ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zum Kapitel Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft Stellung nehmen, weil ich weiß, wie wichtig gerade die Budgetierung dieses Ressorts in unserem Budget ist. Der Herr Finanzreferent Dr. Klausner hat im vorigen Jahr in seiner Budgetrede gesagt, daß eine gute Ausbildung auch in Zukunft die beste Investition sein wird. Höhere Bildung wird demnach einen höheren Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Ich glaube, daß ich an einige meiner Vorredner anschließen kann, daß eine gute Ausbildung nicht nur der Zugang zum Arbeitsmarkt ist, sondern überhaupt die Möglichkeit schafft, in Zukunft einen richtigen Beruf zu ergreifen. Wenn wir uns die Statistik der Arbeitslosen anschauen, die ist für mich in der Zusammensetzung immer inter-

essant, dann sehen wir auch, daß im Jahre 1988 der Großteil der arbeitslosen jungen Leute Pflichtschulabgänger waren, daß eigentlich ein relativ geringer Prozentsatz nur aus dem Bereich der Absolventen der höheren und mittleren Schulen kommt und daß eigentlich die sogenannte Akademikerarbeitslosigkeit im Prozentsatz gar nicht so vorhanden ist, wie in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert wird. Ich glaube, man muß auch dieses Problem einmal richtig in den Rahmen stellen, daß es wichtig ist, eine gute Ausbildung zu haben. Ich glaube, es ist auch einmal wichtig hier im Hohen Haus, daß wir den rund 17.000 Lehrerinnen und Lehrern, die an unseren Schulen wirken, einmal unseren Dank sagen. Daß wir ihnen einmal danken für den Fleiß und den Einsatz, den sie an unseren Schulen täglich immer wieder zeigen. Da wird meiner Ansicht nach viel zu wenig gesprochen, und nur wenige haben das Glück, daß sie während ihrer Dienstzeit einmal einen höheren Posten bekommen oder anerkannt werden. Das sollte man einmal in aller Deutlichkeit aussprechen. Ich möchte darüber reden, wovon manchmal nicht geredet wird. Nur im Vorjahr, wie dieser sogenannte Lehrerstreik war, ist plötzlich einmal darüber geredet worden, was alles die Lehrer ehrenamtlich nebenbei noch machen. Ich würde bitten, das auch einmal zu beachten, daß es sehr viele gibt, die in ihrer Freizeit arbeiten, ob in Jugendverbänden – weil ich gerade den Landesjugendreferenten hier sehe – oder in anderen kulturellen Organisationen, die gerne ihre Freizeit zur Verfügung stellen, manchmal unbedankt, aber trotzdem wissend, daß sie hier Wesentliches für unsere Zukunft leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, noch nicht gesprochen haben wir heute von der Qualität der Ausstattung der Schule. Ich glaube, daß wir in Zukunft diesem Moment eine besondere Bedeutung beimessen müssen. Wir haben im Vorjahr gesehen, daß es die Gemeinden kaum geschafft haben, die entsprechenden Anschaffungen für den Gegenstand Informatik zu tätigen, und ich glaube, daß wir einmal ganz klar feststellen müssen, was viele nicht wissen, daß die Bundesschulen, wo der Schulerhalter der Bund ist, diese in finanzieller Hinsicht vom Bund betreut werden, daß aber bei den Pflichtschulen die Gemeinden, vor allem auch kleinere Gemeinden, oft bis an den Rand ihrer Finanzierbarkeit ausgelastet werden. Ich glaube, wenn der Bund oder wir etwas beschließen, dann müssen wir auch die Mittel für unsere Gemeinden bereitstellen. Das ist ein Grundsatz, den wir unterstreichen müssen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und Herren, mich freut es, daß in den letzten zwei Jahren – der Herr Präsident und die Frau Vizepräsidentin sitzen ja da – die schulischen Probleme in den Zeitungen und in den Medien überhaupt wesentlich mehr im Vordergrund stehen. Es mag manchem zuviel sein, mir nicht, denn wird über die Schule gesprochen, dann wird auch über die Notwendigkeiten, was die Schule braucht, gesprochen, und das kann nur gut sein! Wenn ich die Oktoberausgaben anschau, so ist festzustellen, das habe ich schon dem Herrn Präsidenten heute gesagt, daß 62 Seiten in den steirischen Zeitungen über das schulische Geschehen berichtet haben; das ist doch großartig, wenn sich unsere Medien so mit der Zukunft unserer Kinder befassen!

Ich darf heute auch ganz kurz auf einige Probleme eingehen, die nicht so medienwirksam sind. Das ist auch die Aufgabe von uns hier. Ich glaube, wir müssen genau trennen zwischen Förderungen, die der Bund durchführt, und die wir auch vom Land durchführen können. Ich möchte Herrn Hofrat Dr. Urabić – er sitzt hier im Hohen Haus – und der Rechtsabteilung 13 sowie Kollegen Freitag wirklich danken. Heuer zum Schulbeginn hatten wir diesen Wirbel nicht, heuer haben alle gewußt, welchen Lehrer sie haben, die Klassenzuteilung und die Lehrerzuteilung sind rechtzeitig geschehen, und wer im Schulgeschehen ist, weiß, was es heißt, wenn Schüler und Eltern am Anfang wissen, wir haben diesen Lehrer, und die Klassenorganisation ist in Ordnung. Es hängt im familiären Bereich sehr viel daran, von der Musikschule angefangen bis zur Versorgung der Kinder am Nachmittag. Ich darf bitten, daß wir auch in Zukunft hier so weiter fortfahren, und ich möchte eine Frage an den Herrn Präsidenten des Landesschulrates richten: Ich merke, daß er in Wien immer entsprechend auftritt, wir müssen unbedingt trachten, daß das, was für den AHS-Bereich gilt, auch für die Steiermark gilt, daß einmal bewilligte Klassen bleiben. Diese Unruhe, die immer wieder entsteht, entsteht dadurch, daß Klassenverbände getrennt werden und zu Schulbeginn wieder ein völlig neues Feld vor uns ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können aber auch nicht am Problem der stellenlosen Lehrer vorbeigehen. Hier möchte ich auch etwas sagen, was ich schon im vorigen Jahr angerissen habe: Wir haben schon einmal eine Initiative dahin gehend ergriffen, daß in Wien, wie wir wissen, die Leiter ab der fünften Klasse freigestellt sind. Ich sehe nicht ein, daß etwas, was in Wien schon seit vierzig oder fünfzig Jahren besteht, nicht auch in der Steiermark möglich wäre, und wir könnten auf diesem Gebiet nicht nur eine Verbesserung der Qualität des Unterrichtes erzielen, sondern auch rund 200 Lehrern, wie ich kurz nachgerechnet habe, eine Stelle verschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, daß der Landesschulrat für Steiermark in dieser Richtung Initiativen ergriffen und man einmal eine Etappenlösung vorgeschlagen hat, zuerst ab acht, sieben, sechs und fünf Klassen, ich würde aber bitten, dies auch vermehrt zu betreiben.

Nun noch ganz kurz: Das Volksbegehren, das in der Zeit vom 25. Mai bis 5. Juni durchgeführt wurde, und zwar betreffend die Senkung der Klassenschülerzahlen, hat in der Steiermark ein recht gutes Ergebnis gezeigt, und wir haben gespürt, daß Eltern und Initiativen dahinter sind, weil man weiß, daß kleinere Klassen für die Leistungsfähigkeit unserer Kinder, für die Anpassung, für die Förderung am besten sind. Wir alle, die in der Schule tätig sind, wissen, daß flexible Gruppenbildung für die selbständige Wissenserarbeitung und für projektorientiertes Arbeiten in den Klassen selbstverständlich unbedingt notwendig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun auch ein Wort zur Leiterbestellung: Man tut so, als ob die Schule nur aus einer Leiterbestellung bestehen würde und daß das alles in einem Umfeld abgewickelt wird, das uneinsichtig und für niemanden erklärbar ist. Ich habe es mir kurz angeschaut: Wir haben 859 Pflichtschulen in der Steiermark, wir haben 34 Polytechnische Lehr-

gänge, 41 Allgemeine Sonderschulen, 197 Hauptschulen und 587 Volksschulen. Wenn wir schauen, daß wir im Jahr 1986 76 Leitungen bestellt haben, im Jahre 1987 72, 1988 117 und 1989 85, so haben wir praktisch in vier Jahren 350 Schulleitungen neu bestellt. Denken Sie darüber nach, bei wie vielen Leitungen hat es eine Diskussion gegeben, Sie sehen, der Prozentsatz ist gering, und es ist ja normal, wenn sich jemand um etwas bewirbt, daß jeder die Chance hat und einige dann nicht drankommen, und daß dann eine Unzufriedenheit da ist, ist berechtigt. Ich glaube, das muß einmal auch gesagt werden! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde immer wieder von einer Limitierung der Amtszeit gesprochen. Ich habe kurz nachgerechnet: Auf Grund dieser Bestellungsmodalitäten ist ohnehin ein Schulleiter in der Steiermark höchstens neun Jahre im Amt, das geschieht durch die Bestellung automatisch so.

Auch einmal ein ernstes Wort: Wie geschieht eine Schulleiterbestellung selbst bei einer zweiklassigen Schule? Ohne das diskriminierend zu meinen: Eine zweiklassige Schule ist genau so wichtig für die Erziehung unserer Kinder wie eine hochorganisierte. Wenn Sie denken, wenn einer Schulleiter von einer zweiklassigen Schule wird, entscheiden 15 Personen im Bezirksschulrat, dann ist er noch immer nicht Leiter! Dann entscheiden 15 im Landesschulrat, dann ist er noch nicht Leiter! Dann entscheiden neun in der Regierung – 39 entscheiden jetzt schon für einen Schulleiterposten an einer zweiklassigen Schule! Ich kenne keinen Berufsstand, ich kenne auch keine Berufsgruppe, wo so demokratisch schon jetzt entschieden wird. Das ist aber noch nicht alles: Wir haben auch das Hearing eingeführt, und zwar noch zusätzlich. Sie sehen also, eine breite Mitwirkung, was auch richtig ist, aber ich glaube, daß hier demokratiepolitisch schon sehr viel geschehen wird.

Nun noch ganz kurz: Als besonders erfreulich möchte ich auch bezeichnen, daß die pädagogische Diskussion über Inhalte in den steirischen Zeitungen geführt wurde. Es haben Stadtrat Gottschacher, Präsident Leder, Professor Sell, Dr. Michl, Präsident Dr. Schilcher, Hofrat DDr. Steiner ihre pädagogischen Ansichten in der steirischen Presse vertreten, jeder hatte die Möglichkeit, abzuwägen und zu sehen, welche Modelle sind da. Es freut mich besonders, Herr Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher, daß hier ein großer Gleichklang bei der Gegenüberstellung der Ansichten des Wiener Stadtschulratspräsidenten Matzenauer und unseres Präsidenten im „Standard“ festzustellen war, und ich muß auch sagen, daß Präsident Dr. Schilcher der Schule der 10- bis 15jährigen nicht mehr so abgeneigt ist, er hat zumindest eine tolerante Haltung entwickelt. Ich habe diesem Interview entnommen, daß selbst in der eigenen Familie Kinder diese Schulgattung besuchen. Ich glaube, daß es wichtig ist, manchmal einen Konsens zu finden, und zwar deswegen, weil Schulgesetze Zweidrittelgesetze sind. Beim Bund kann nur etwas beschlossen werden, wenn die zwei großen Parteien sich einig sind. Darum glaube ich, daß die besseren Ideen ganz einfach den Vorrang haben müssen, und daß ich glaube, daß unsere sozialdemokratischen Ideen dazugehören, das dürfen Sie selbstverständlich erwarten!

Ich komme schon zum Schluß: Sehr geehrte Damen und Herren, es wird in nächster Zeit wieder eine große Diskussion stattfinden – der Herr Präsident hat wahrscheinlich auf seinem Schreibtisch schon die Entwürfe über ganztägige Schulformen. Hier geht es vor allem um die Bürgermeister und die Gemeinden. Die Finanzierung der Bundesschulen wird kein Problem sein, weil der Finanzminister das Geld bereitstellen wird. Aber wir haben hier auch wieder große Anforderungen an die steirischen Gemeinden, und ich sehe jetzt schon aus meiner Kenntnis, aus meiner über 20jährigen Tätigkeit im Gemeinderat der Stadt Leoben, daß es sehr schwer sein wird, diese Finanzierung durchzuführen. Ich glaube, hier müssen die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Es kann kein Schulgeld für unsere Eltern geben, denn wir haben immer das Primat gehabt, gleiche Bildung für alle, das geht aber nur, wenn das auch weiterhin kostenlos ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Schluß noch ein paar Worte zur Montanuniversität Leoben. Die Montanuniversität Leoben feiert im nächsten Jahr das 150jährige Jubiläum. Dem Herrn Dr. Piffl wurde gerade auf die Schulter geklopft – ich muß ihm auch auf die Schulter klopfen, er ist bei jeder Veranstaltung der Montanuniversität Leoben anwesend und sieht, was dort wirklich geschieht. Er kommt früher und geht später, und es ist immer ein Vergnügen, mit ihm diese Probleme zu diskutieren. Ich glaube, daß wir uns den Universitäten besonders zuwenden müssen. Wenn wir vor kurzem die Rede des Rektors der Montanuniversität Leoben, des Herrn Dr. Jeglitsch, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften, gehört haben, so wissen wir, daß die hohen Schulen unseres Landes eine dringende Erhöhung der Mittel für die Forschung und Entwicklung brauchen, daß ein verstärkter Nord-Süd-Dialog notwendig ist und daß vor allem auch in den hohen Schulen eine Entbürokratisierung stattfinden muß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute eine Demonstration miterlebt, wo Hochschullehrer auf die Straße gegangen sind. Ich habe mir das durchgeschaut. Bis zum Jahr 2000 wird ein Drittel unserer Professoren an unseren hohen Schulen in Pension gehen. Wir werden auch hier als Steiermärkischer Landtag dazu beitragen müssen, daß dieser wissenschaftliche Nachwuchs gefördert wird. Wenn wir hier hören, welche Schwierigkeiten Professoren bei Auslandsreisen haben, wie hier mit Dotationen sehr gering umgegangen wird, so glaube ich, daß man hier eine großzügigere Handhabung haben muß. Ich habe mir die Zahlen angeschaut. Finnland hat im Jahre 1988 1,68 Prozent für Forschung und Entwicklung ausgegeben, und wir sind in Österreich mit 1,34 Prozent wohl noch an der unteren Grenze. Ich will bewußt nicht die USA und Westdeutschland mit 2,8 Prozent nehmen, weil hier die Vergleichsbasis nicht die gleiche ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun endgültig zum Schluß. Ich glaube, daß die Schule für uns etwas Wichtiges ist, daß wir zu der Zukunft unseres Landes am meisten beitragen, wenn wir der Schule das geben, was sie braucht. Ich darf Ihnen sagen, daß an den steirischen Schulen ein gutes pädagogisches Klima ist, daß die Lehrer an Fortbildungsveranstaltungen zahlreich teilnehmen. Sie alle, die dabei waren, haben miterlebt, daß der Handlungskammersaal bei den päd-

agogischen Wochen zu klein ist, auch bei sonstigen schulpolitischen Veranstaltungen. Das kann uns mit Genugtuung befriedigen, weil ganz einfach, was die Franzosen unter education permanente sagen, diese immerwährende Bildung auch für Lehrer selbstverständlich Gültigkeit hat und durchgeführt wird.

Zum Schluß bitte ich nur den Steiermärkischen Landtag und die Regierung, das 150jährige Jubiläum der Montanuniversität Leoben nicht zu vergessen. Der Herr Hofrat Dr. Piffl hat ja 250 Millionen im Budget. Ich glaube, im nächsten Jahr wird eine höhere Dotierung der Montanuniversität notwendig sein. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.59 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher das Wort.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (21.59 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Eigentlich könnte ich sagen, die Rede des Herrn Abgeordneten Ussar war die meine, und wir könnten uns eine ganze ersparen, denn er hat im wesentlichen (Beifall bei der SPÖ:) das gesagt, was ich auch sagen wollte. Vielleicht darf ich nur noch ein paar Anmerkungen machen, die die Meinung des Herrn Abgeordneten Mag. Rader betroffen haben. Ussar hat vollkommen richtig gesagt, man kann die Bildungspolitik nicht an Hand von drei oder vier strittigen Leiterbestellungen beurteilen. Das ist eine völlige Verzerrung, und er hat mit Recht auch schon gesagt, wie viele Leiter wir ohne jeden Wirbel bestellen, und wie wenig es sind, die ein bißchen anecken. Dann hat er gemeint, man müßte jedem einen Bescheid in die Hand drücken, der es nicht wird, denn das wäre sozusagen das Mindestanforderungsmerkmal der Demokratie. Nun, wir haben uns das wirklich sehr lange und genau überlegt. Was hilft es, wenn er einen Bescheid bekommt, wo drinnen steht, er hat diese pädagogischen Fähigkeiten nicht wie der andere, er ist leider nicht hervorgetreten mit irgendwelchen Aktivitäten im kulturellen Bereich, er hat viel zu wenig Überzeugendes in seinem normalen Lehrerberuf geleistet und so weiter. Wenn er mit ablehnendem Brief oder mit dem Bescheid zum Verwaltungsgerichtshof gehen will, kann er nicht, denn er nimmt ihn nicht. Der Verwaltungsgerichtshof hat das ausdrücklich abgelehnt, in Sachen Leiterbestellung irgend etwas zu machen, weil er sagt, das ist eine reine Ermessensentscheidung der Behörde, damit hat er nichts zu tun. Zum Verfassungsgerichtshof kann er gehen, ob er einen Bescheid hat oder nicht. Der Verfassungsgerichtshof judiziert auf Grund von Bescheiden und faktischen Handlungen. Das heißt, wenn er dort Recht haben will, kann er es ohne Bescheid. Jetzt kommt der Teil, warum wir wirklich keinen Bescheid ausstellen. Sie müssen sich vorstellen, bei rund 100 Bestellungen bewerben sich im Schnitt fünf bis sechs Leute. Das wären jeweils 600 Bescheide, die man ausstellen müßte. Abgesehen von der Arbeitsbelastung, alle sagen, weniger Bürokratie und so weiter, hieße das, daß man den brandmarkt und ihm mitteilt, wo er überall schlechter war als der andere. Genau das ist das, was die Leute wirklich nicht wollen. Im Gegenteil, die kommen zu mir und sagen, um Gottes Willen,

wie schau ich in meinem Ort aus, ich kann mich gar nicht mehr sehen lassen, wenn ich nicht drangekommen bin, und wenn dann noch drinnen steht, warum er nicht drangekommen ist, ist es für ihn noch viel schlimmer. In der Medizin gibt es das therapeutische Privileg, daß man aus therapeutischen Gründen manchen Patienten nicht die Wahrheit sagt. Es ist hier so ähnlich. Es ist wirklich kein Grund vorhanden. Denn den einzigen Rechtsschutz, den er beim Verfassungsgerichtshof bekommen kann, bekommt er sowieso. Also haben wir uns aus diesen Gründen entschlossen zu sagen, wir machen das, was alle anderen Bundesländer, was der Bund und alle auch machen, nämlich ihm keinen Bescheid zu geben, wo ihm bescheinigt wird, wo er schwach ist. Das ist die ganze Geschichte.

Darf ich noch eine allgemeine Bemerkung machen. Ich habe mich wirklich gefreut, auch über die Rede des Ussar natürlich, wie sehr die Bildungspolitik jetzt in aller Munde und in Bewegung ist. Warum? Nicht nur, weil man über die Dinge reden muß, sondern weil man manches verändern muß. Ich nenne zwei Dinge. DDR. Steiner hat sehr schön gesagt, die Schule ist eine semper reformanda, wie eine ecclesia, ist eine Kirche, in Wahrheit hat sie Strukturen, die die Jahrhunderte überdauert haben, und zwar hartnäckig. Dazu gehört der Zentralismus, den die Schule seit 1770 hat. Da gibt es eine Instruktion der Maria Theresia, da steht drinnen: Alle in der Schule haben den Befehlen der Obrigkeit vorbehaltlos Folge zu leisten. Ich will nicht sagen, daß das heute genauso ist, aber in der Struktur ist immer noch ein starker Zentralismus da. Das Zweite ist, die Schule hat sich in 200 Jahren ein wenig von der Welt abgekapselt. Die Schule ist ein bißchen eine eigene Welt geworden und ist eine sehr lange Welt geworden mit zum Teil sehr vergreisten Schülern. In den HTLs, das sind unsere Stars eigentlich, wo wir die besten Erfolge im Ausland haben – HTL-Ingenieure gehen weg wie die „warmen Semmeln“ –, in HTLs machen nur mehr 30 Prozent in der Zeit fertig. Alle anderen sind erheblich über 20, wenn sie die HTL fertig machen, und wenn sie die Universität verlassen, sind sie in Graz im Durchschnitt 28 Jahre alt. Das heißt, es ist eine unheimlich lange Zeit, wo man in einer ganz besonderen Welt lebt, und wenn die Welt nicht mit der Berufswelt verzahnt ist, wird der Übertritt sehr schwer.

Ich glaube, daß das Wesentliche an der Bildungspolitik ist, die Schule zu öffnen. Die Frau Abgeordnete Pußwald hat wie immer sehr tief sinnig gesagt, was die Altfororderer alles an Lebensweisheit gehabt haben, ganz direkt und unmittelbar, und was durch die Verwissenschaftlichung der Bildung verschüttet wurde und was wir jetzt mühsam über die Wissenschaft wieder erfahren müssen. Es gibt eine schöne Karikatur. Da ist ein kleiner Bub, der nach einem Schmetterling draußen greift. Der Lehrer zerrt ihn zurück und zeigt auf den Schmetterling, der auf der Tafel aufgezeichnet ist. Die Schule hat oft sehr viel an Realitätssinn verloren. Ich glaube, daß das Wiederbringen eines der wichtigsten bildungspolitischen Ziele der nächsten Jahrzehnte ist. Aufmachen hin zum Beruf, aufmachen hin zur Wirtschaft, zur Gesellschaft, damit die Schule nicht eine Welt in der Welt ist, sondern damit die Welt auch Schule ist.

Wir haben uns eigentlich über vieles schon geeinigt. Ich war sehr glücklich, daß Sie den Antrag über die

Realschule wirklich akzeptiert haben. Warum? Weil die eine solche Öffnung will, von der ersten Klasse an, daß Berufsvorbereitung gemacht wird und nicht nur Vorwissenschaftlichung, daß die Leute mit konkreten Projekten arbeiten lernen, daß sie in Gruppen arbeiten lernen. Warum? Weil heute jeder Arbeitgeber, egal, ob er ein öffentlicher oder ein privater ist, solche Mitarbeiter braucht, und weil man Menschen braucht, die selbstbewußt und selbständig sind. Das ist ein ganz wesentlicher Grund, und da freue ich mich über eine einstimmige Annahme eines solchen Schultyps. Ich glaube, ich bin da fast überzeugt, wir haben ein recht gutes Verhältnis im Landesschulrat. Ich kann mir vorstellen, daß man die zwei Formen Mittelschulversuch à la Wien und Realschulversuch unter einen Hut bringen kann. Ich kann mir vorstellen, daß man an einer Hauptschule und an einer AHS jeweils eine Realschule zusammenfaßt und das als eine sogenannte kooperative Gesamtschule führt. Ich habe nichts dagegen! Der Erfolg könnte sein, daß man ein wenig zusammenrückt, wenn es unter einem Dach eine Hauptschule, eine Realschule und eine AHS gibt, und daß die Berufsbildung dort eine größere Rolle als bisher spielt. Ich sage das auch deshalb, weil ich so manchen Maturanten kennengelernt habe, der sagte, ich bin mir eigentlich zu fein, um irgend etwas Handwerkliches zu ergreifen, obwohl es ihm guttäte, wenn er es machen würde. Wenn er in der Nachbarschaft Schulen hat, wo das passiert, würde er angeregt, aber vielleicht fällt es ihm so nicht ein. Dasselbe gilt übrigens auch für manche Lehrer. Der Herr Abgeordnete Ussar hat mit Recht auf die 1500 arbeitslosen Lehrer verwiesen, die wir auf Jahre hin vertrösten müssen, denn man kann nicht bei dauernd sinkender Schülerzahl mehr Lehrer anstellen. Warum können die nicht zum Teil in andere Berufe umgeschult werden? Sehr oft sagen sie, daß sie Lehrer sind und Lehrer bleiben wollen und etwas anderes nicht in Frage kommt. Die andere Form, über die wir bereits gesprochen haben: wenn Vorarlberg 38 Volksschullehrer sucht und sich ganze drei in der Steiermark finden, nach Vorarlberg zu gehen, weil einfach keine Flexibilität vorhanden ist, weil die Leute sagen, hier will ich bleiben. Das schiene mir ganz wichtig, daß die größere Mobilität und Flexibilität vorhanden wäre, daß Lehrer eben auch andere Berufe ergreifen, weil sie ja ausgezeichnet ausgebildet sind, und daß unter Umständen Menschen mit Berufserfahrung Lehrer werden. So, wie das in den wirklich guten Berufsschulen der Fall ist. Die halte ich für ein eindrucksvolles Modell. Dort ist jemand, der einen Beruf hatte, irgendwann einmal später Lehrer, und geht möglicherweise wieder in den Beruf zurück, so daß ein Austausch wirklich möglich ist. Meine Bitte wäre, hier mitzutun!

Ein letzter Punkt: Ein bißchen war ich enttäuscht, daß ihr beim Antrag über die Föderalisierung nicht mitgemacht habt. Die Schule lebt ja davon, daß sie autonomer wird, daß sie selbständiger wird. Ich habe gerade einen Bericht in der morgigen „Kleinen Zeitung“ gelesen, wo Drageric eine Veranstaltung mit Ungarn durchgeführt hat – in Ungarn wird künftig die Schule autonom auch über die Gehälter entscheiden! Genauso, wie wir das aus der englischen Schule kennengelernt haben, die eine finanzielle und eine pädagogische Autonomie hat. Ich bin überzeugt, und das hat der erste Schulkongreß bewiesen, daß Lehrer,

die frei sind, sich etwas trauen dürfen, die nicht durch zentrale Verordnungen eingeengt werden, daß denen sehr viel mehr einfällt, daß die sehr viel mehr Freude haben und daß sie auch Kinder erziehen, denen dann nicht die Phantasie getötet wird und die angeregt werden, etwas zu tun. Ich nehme an, daß es eine falsche Vorstellung von euch war, daß ihr die Föderalisierung nicht wollt. Es soll ja nicht das Land jetzt alle Rechte der Frau Bundesminister bekommen, sondern es sollen die Schulen die Rechte erhalten, selber zu verfügen und selbständiger zu werden, Betriebe zu sein, und dann würden auch die Leiterbestellungsvorstellungen einfacher und wie in einem Betrieb sein. Er muß Managementqualifikationen haben, er muß einer Führungsvorstellung entsprechen und so weiter. Ich hätte mir eigentlich erwartet, daß wir hier einen ähnlichen Konsens zuwege bringen wie bei der Realschule, aber vielleicht kann man das noch nachholen, denn der Zentralismus und die Bürokratie sind die wahrscheinlich wirksamsten Erben der zweihundertjährigen Geschichte der Schule. Was unter Maria Theresia möglicherweise ein Fortschritt war, ist bei uns nicht unbedingt ein solcher.

Lassen Sie mich noch eines sagen, weil es immer wieder heißt, wir müssen Gesamtschulen wie im übrigen Europa einführen. Wir haben auf dem Europakongreß, den wir abgeführt haben, vor wenigen Wochen die Vertreter von vier Ländern hier gehabt, bei denen Gesamtschulen bestehen, und zwar aus Ungarn, Italien, Finnland und England. Alle vier haben gesagt, sie haben größte Probleme mit der Begabtenförderung. Sie können die Begabten nicht wirklich fördern. Die Ungarn haben gesagt, sie machen erstens Eliteschulen und zweitens, das war auch ganz interessant, weil es völlig überraschend war, führen sie die AHS-Langform wieder ein. Sie sehen, daß die Sehnsucht nach mehr Vielfalt, nach unterschiedlichen Angeboten, daß man nicht alles gleich macht und über denselben Kamm schert, daß diese Sehnsucht sehr stark vorhanden ist. Wenn der Herr Abgeordnete Trampusch die „Revolution im Osten“ sozusagen ein bißchen inhaliert hat als eine sozialistische Revolution, was vielleicht nicht ganz so von den Revoltierenden gesehen wird, dann möge er bitte auch diese Erfahrungen miteinbeziehen, die nicht in die Richtung von noch mehr Eintopf und noch mehr Einheitlichkeit gehen, sondern in die Richtung von Differenzierung. Das ist kein Gegensatz zu dem, was ich vorgeschlagen habe, und zwar, daß wir gemeinsam versuchen sollen, das Problem zu lösen, aber es ist alles dagegen, Einheitsschulen zu wollen. Das, glaube ich, ist vorbei, dieser Sache sollte man entsagen.

Ich habe noch einen Vorwurf von Herrn Abgeordneten Mag. Rader bekommen, und weil er da ist, möchte ich dazu Stellung nehmen: Zur Frage der Stellvertreter möchte ich sagen, daß dies wirklich nur eine schulfremde Person sagen kann, denn überall auf der Welt, wo ich es kenne, haben Leiter Stellvertreter, weil selbstverständlich die Arbeit viel besser geht. Das hat natürlich auch die AHS bei uns, die haben einen Administrator, eine Art Stellvertreter; und wieso die Hauptschulen so viel schlechter gestellt sein sollen als die AHS, ist nicht einzusehen. Die Idee war, die Schule effizienter zu machen, daß dann daneben auch ein Bürgermeister sein Amt ausüben kann, und zwar

besser, wenn er einen Stellvertreter hat, den quasi er über seine Stunden bezahlt, warum bitte nicht? Das ist auch kein Verrat an der Grundidee, nämlich die Schule nicht darunter leiden zu lassen, daß ein Bürgermeister Bürgermeister ist. Das war die Idee, denn ich bin für die Schule verantwortlich, und nicht für die Bürgermeister. In der Schule soll es ordentlich zugehen, und wenn einer daneben auch noch ein anderes Amt hat, bin ich dafür, daß man das auf eine sehr demokratische Weise klärt, daß er einen Stellvertreter hat, der seine Stunden hat. Das ist die ganz einfache Idee. Wenn die Frau Vizepräsident sagt, daß dies nach Möglichkeit Frauen sein sollen, bitte, warum nicht, wenn es paßt? Da habe ich überhaupt nichts dagegen. In dubio pro femina, das ist ein gescheiter Satz, den können wir ruhig einführen, weil wir ohnehin eine reine Männergesellschaft sind. Und weil ich schon bei den Frauen bin, muß ich schon eines sagen: Die Bildungsgesellschaft ist momentan keine der Frau günstige Gesellschaft. Der Kollege Ussar hat Zahlen aus der Arbeitslosenstatistik genannt, wenn man die genau anschaut, schaut es so aus: In der hohen und höchsten Bildung, wo die Frauen langsam den gleichen Anteil haben wie die Männer, und zwar quantitativ, haben die Frauen eine um 35 Prozent höhere Arbeitslosigkeit als die Männer. Das heißt, für eine Frau schaut es so aus: Je höher ihre Bildung, desto garantierter ist ihre Arbeitslosigkeit, und was noch zynischer ist: Je schlechter sie ausgebildet ist, wenn sie nur einen reinen Pflichtschulabschluß hat, desto besser geht es ihr im Vergleich zu den Männern, denn in den ganz unteren Rängen haben die Männer eine viel höhere Arbeitslosigkeit als die Frauen. Warum? Weil sie weniger bezahlt bekommen und als billige Arbeitskraft natürlich akzeptiert werden. Also, für die Frau ist momentan die Situation nicht sehr günstig. Der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit gerade in den Bildungshierarchien ist sehr unterschiedlich hoch, am wenigsten noch im mittleren Teil. Das ist der Grund, warum wir die Realschule so gern haben, weil der mittlere Teil der Bildung, jetzt Fachschulabschluß, total unterentwickelt bei uns ist. 7 Prozent der Männer haben bei uns einen Fachschulabschluß, 12 Prozent der Frauen; in Deutschland 23 Prozent und 28 Prozent. Da müssen wir noch ungeheuer aufholen, daher die Idee der mittleren Reife, weil dort auch die größte Flaute, die Windstille herrscht, dort passiert nichts.

Übrigens noch etwas, weil die Frau Abgeordnete Kammlander da ist: Ich habe eine sehr interessante Studie gelesen, wonach die Koedukation dazu beiträgt, die rollenspezifische Fixierung besonders zu zementieren. (Abg. Kammlander: „Das habe ich ja gesagt!“). Das ist ganz interessant, eine Schweizer Studie. In jenen Schulen, wo Männlein und Weiblein zusammen sind, machen die Frauen genau immer nur die Frauenberufe und die Männer immer nur die Männerberufe, während in Schulen, wo Frauen allein sind und Männer allein sind, ein weitaus höherer Prozentsatz der Frauen technische Berufe ergreift. (Abg. Kammlander: „Das sage ich ja!“) Eben! Ich glaube also, das leicht hingegesagte Wort, mit der Koedukation werden wir das Rollenproblem der Frauen lösen, das geht schief. Das geht schief, das werden wir nicht so lösen, da muß uns schon was anderes einfallen, wenn wir nicht eine Situation wollen bis zur Universität, wo 90 Prozent beim Dolmetsch Frauen sind, aber das schon seit

50 Jahren, wo ungefähr 80 oder 85 Prozent bei der Pharmazie Frauen sind, aber dafür 1,7 Prozent Elektrotechniker Frauen. Das seit 20 Jahren ständig und konstant. (Abg. Kammländer: „Das hat mit der Volksschule und der Vergangenheit auch zu tun!“) Ja, aber, Frau Kollegin, mit der Koedukation kann es nichts zu tun haben (Abg. Kammländer: „Mit der nicht!“), weil die ist in der Volksschule schon längst eingeführt. Ich glaube, hier haben wir andere Dinge. Ich würde auf etwas anderes setzen, erstens auf Information, damit die Leute überhaupt wissen, welche Berufe es gibt, und zweitens auf eine neue Art des Unterrichts, nämlich den Projektunterricht und so weiter, wo durch das Miteinanderarbeiten von Männlein und Weiblein an konkreten Projekten wahrscheinlich das rollenspezifische Einteilen aufhört. Wenn man das ernst meint, müßte man die moderne Pädagogik einsetzen.

Ich komme zum Schluß, weil ich mich, wie gesagt, eigentlich beim Herrn Ussar bedanke, daß er mir all das abgenommen hat, was ich sagen wollte. Ich darf auch ein Dankeschön sagen. Ich habe jetzt fast ein Jahr in meinem neuen Beruf hinter mir, und ich habe eigentlich mit großer Genugtuung festgestellt, daß die Zusammenarbeit etwa zwischen dem Land, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, und dem Landesschulrat ausgezeichnet funktioniert. Ich bedanke mich herzlich dafür. Es ist die Zusammenarbeit mit der Frau Vizepräsidentin und der anderen Fraktion nach meinem Gefühl hervorragend. Hier und da gibt es ein paar kleine Mißverständnisse, die dann zu großen Zeitungsartikeln führen, aber die man ausräumen kann, man wird auf die Dauer ohnehin ein bißchen abgehärtet und weiß, was so manches zu bedeuten hat. Ich bedanke mich aber auch bei meinen Leuten im Landesschulrat. Sie müssen sich das einmal von einem betrieblichen Standpunkt aus ansehen: 18.000 Beschäftigte, Lehrer insgesamt, und dafür 200 im Landesschulrat. Ein wirklich geringer Overhead, ein ganz geringer. Die Leute arbeiten wahnsinnig viel und wahnsinnig gut, auch die Schulinspektoren. Ich möchte mich an dieser Stelle einmal bei diesen Leuten herzlich bedanken, weil sie ein sehr unbedanktes Amt ausüben. Sie werden meistens kritisiert, als Inbegriff der Bürokratie dargestellt, aber wie Ussar richtig gesagt hat, sind sie ausgezeichnete Leute, auch in der Effizienz. Es gibt momentan keine Probleme mit Lehrerbestellungen und Besetzungen. Ich danke also herzlich auch dafür, daß die Dinge etwas umfassender gesehen werden als nur aus der Perspektive von Leiterbestellungen oder von irgendwelchen Bescheiden. Ich glaube schon, daß auch Nicht-Schulfachleute an der Diskussion teilnehmen sollen, sehr wohl, aber solche, die ein bißchen was davon verstehen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 22.18 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (22.18 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich möchte einen Zweig in dem Kapitel herausstreichen, der irgendwo immer untergeht, das sind die Berufsschulen. Wenn man davon ausgeht, daß 48 Prozent der Schüler Berufsschüler sind, und man die Zahlen vergleicht, die dafür aufgewendet werden,

dann kann man hier sehr wohl die Feststellung treffen, daß diese Berufsschüler stark vernachlässigt werden, und ich möchte daher an dieser Stelle auch nach einem sehr langen und turbulenten Tag dem Herrn Finanzlandesrat Dr. Klauser herzlich danken, daß er bereit war, auf Grund der Misere, die in der Öffentlichkeit in der „Kleinen Zeitung“ aufgezeigt wurde, daß für die Lehrlinge eine halbe Milliarde Schilling fehlt, die Mittel auf 10 Millionen zur Ausstattung der Berufsschulen aufzustocken. Ich hoffe aber gleichzeitig, daß das nur der erste Schritt war und daß wir in den nächsten Jahren sehr wohl auf diesen Umstand Rücksicht nehmen müssen, daß hier dementsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Sie brauchen nicht zu lachen, Kollege Ing. Stoisser, es ist zum Weinen. Wenn der Herr Landesschulinspektor mit dem Hilferuf für die Berufsschulen in die Öffentlichkeit gehen muß. (Abg. Dr. Maitz: „Wer ist zuständig für die Berufsschulen?“) Die Frau Landesrat Klasnic sitzt im Berufsschulbeirat, hat die Situation zu diskutieren und ist die zuständige Referentin. (Abg. Dr. Maitz: „Eben!“) Die Frau Landesrat hat aus ihren Mitteln keine Umschichtung vorgenommen! (Landesrat Klasnic: „Lieber Herr Kollege, ich habe umgeschichtet!“) Im Gegenteil, es wurde schon seit drei Jahren im Berufsschulbeirat verlangt, daß bitte die Lehrlinge dafür aufkommen sollen, da das Land hier säumig ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Geh, hör auf! Immer der gleiche Schmäh!“) Ich habe da eine Aufstellung, was die anderen Bundesländer für die Ausstattung leisten. Die Steiermark liegt mit 54 Schilling pro Schüler am schlechtesten. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es geht euch wie bei der Dringlichen. Zu spät!“) Das war aus dem Jahre 1987, und wir haben im Jahre 1988 2,6 Millionen Schilling für Berufsschulausstattung für Maschinen und technische Einrichtungen. Der Brief ist von keinem Sozialisten geschrieben worden, den habt ihr alle bekommen, der Hilferuf des Herrn Landesschulinspektors Ing. Jeindl, der bitte gesagt hat, er fühlt sich nicht als Museumsinspektor, wie es in der Presse dargestellt wurde, aber er hat ernste Bedenken, und er ersucht alle Abgeordneten und das Land, dafür einzutreten, daß dieser Umstand behoben wird. Wenn Sie, Herr Präsident Ing. Stoisser, gelacht haben, dann muß ich Ihnen eines sagen: ständige Beschwerden von Jugendlichen, von Lehrlingen und teilweise von Unternehmern. Die Zahlen gehen bei Ihnen auch nicht vorbei, denn die Wirtschaft kommt zum Handkuß, daß zum Beispiel nach einer Studie der AK nur 34 Prozent gemeint haben, daß ihre Lehrlingsausbildung den späteren beruflichen Anforderungen gerecht wurde. Das gibt mir zu denken. Wenn man sich dann (Abg. Ing. Stoisser: „Eine Untersuchung von uns hat das genaue Gegenteil ergeben!“) die Durchfallsquoten bei den Gesellenprüfungen anschaut, Herr Präsident Ing. Stoisser, ich lade Sie ein, daß wir darüber reden, ist es sicher dramatisch, wenn zum Beispiel im Gewerbe bei Gas-, Wasser-, Heizungsinstallateuren von 137 Prüflingen 41 Prozent (Abg. Ing. Stoisser: „Da gebe ich dir recht!“), sprich 57, nicht bestehen, bei den Schlossern 31 Prozent, und ich könnte diese Liste fortsetzen. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß wir aufgerufen sind, dafür zu sorgen, daß die Ausstattung in den Berufsschulen zeitgemäß ist und den technischen Anforderungen entspricht, daß unsere zukünftigen jungen Facharbeiter gut ausgebildet werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Der Herr Landesrat Dr. Klauser

soll noch mehr Geld geben!") Es gibt keinen Facharbeitermangel, es gibt nur einen Mangel an qualifizierten Facharbeitern, weil teilweise die Ausbildung in den Betrieben, Gewerbe und Industrie nicht hinlänglich ist. (Beifall bei der SPÖ.) Ich danke daher nochmals für diese Aufstockung der Mittel und bitte, daß sich das in den nächsten Jahren fortsetzt. (Beifall bei der SPÖ. – 22.22 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Klasnic.

Landesrat Klasnic (22.22 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir vorgenommen, auf Grund der vorgeschrittenen Zeit nur ganz kurz zu antworten. Es gäbe jetzt eine Debatte mit dem Kollegen Gennaro, die ich sicher in absehbarer Zeit gerne führen werde, und wir werden dieses Thema im Jahre 1990 an einem Vormittag in diesem Landtag behandeln, denn die Lehrlinge sind mir so wichtig, daß sie nicht um 22.30 Uhr nachts behandelt werden können.

Ganz grundsätzlich sollten wir darüber reden. Nur eines möchte ich feststellen, weil Sie vom Thema „Studie“ sprechen. 9510 Lehrlinge haben die Lehrabschlussprüfung bestanden, davon 1260 mit Auszeichnung. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ing. Stoisser: „Bravo!“) So schlecht ist die Situation nicht. Zum Zweiten möchte ich hier als Referentin für das Berufsschulwesen diese Stunde zum Anlaß nehmen, um mich bei den Unternehmern und bei der steirischen Wirtschaft zu bedanken, daß sie die Lehrlingsausbildung, und zwar das duale Lehrverhältnis, in dieser Form und mit großem Einsatz durchführen. Wir haben gut ausgebildete Fachleute, und man sieht genau, in welchen Betrieben sie gelernt haben und ob sie mit einem Meister auch wirklich eine gute Ausbildung haben konnten. Weiters bedanke ich mich für die Leistungen, die oft unter schwierigen Bedingungen, ich gebe, das gerne zu, in den steirischen Berufsschulen erbracht werden müssen. Ich bedanke mich bei den Damen und Herren, Lehrern, Ausbildnern und Mitarbeitern, bei den Verantwortlichen in der Berufsschulabteilung.

Lieber Kollege Gennaro, das kann ich Ihnen nicht ersparen. Der Brief des Herrn Landesschulinspektors wurde nicht nur als Hilferuf geschrieben, sondern ich sage es Ihnen sehr ehrlich, den hat er auch als Hilfestellung für die Referentin des Berufsschulwesens geschrieben. Weil miteinander haben wir mehr erreicht. Das war eigentlich das ursprüngliche Ziel, und das Ziel wurde erreicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Das versteht er nicht!“)

Da sage ich noch etwas dazu. Wenn Sie das Ressort Wirtschaft genau anschauen, dann werden Sie merken, daß in einigen Bereichen des mir zugewiesenen Ressorts umgeschichtet wurde. Ich habe in bestimmten Bereichen der Wirtschaftsförderung so umgeschichtet, daß 15 Millionen Schilling mehr für die Berufsschulen drinnen sind, und zwar aus dem Grund, weil Wirtschaftsförderung in Bildung die beste Form der Wirtschaftsförderung ist. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Wir werden Sie erinnern!“) Das ist mein Standpunkt, und bei dem bleibe ich. Weil ich den Kurator des Wirtschaftsförderungsinstitutes hier im Hause sitzen sehe: Auch von dieser Seite gibt es sehr

viele Vorschläge, und wir werden mit einem unserer Anträge im Jahr 1990 eine Lehrlings- und Berufsschuldebatte von diesem Platz aus führen. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Zusammenarbeit, und glauben Sie mir: Ich habe alle Berufsschulen im Lande besucht, ich weiß um die Stärken und Schwächen, wir haben viele Stärken und einige Schwächen, und die werden wir ändern. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.26 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (22.26 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren!

Wer dieses Hohe Haus kennt, der weiß, daß die Bildungs- und Schuldebatte üblicherweise zur späten Krampusstunde stattfindet, und so ist es auch heute wieder gekommen. Ich werde daher gerne auf diese späte Stunde Rücksicht nehmen, wir haben ja genug andere Anlässe, um über die Probleme, die hier in dieser Gruppe heranstehen, immer wieder zu diskutieren – zu einer Zeit, in der alle frischer sind, die hier sprechen beziehungsweise zuhören müssen. Ich werde daher nicht zur Schule sprechen, über die sehr kompetent heute hier abgehandelt worden ist. Ich möchte mich sehr bedanken für das Klima der Zusammenarbeit, das mit dem Landesschulrat vorherrscht und sich wirklich sehr gut entwickelt. Wir werden gerne weiter dabei sein, wenn es darum geht, die steirischen Schulen weiterzuentwickeln.

Ich möchte ganz kurz zu zwei Punkten reden, die auch in dieser Gruppe enthalten sind, aber die meistens untergehen, weil die anderen Themen mächtiger sind. Ich unterstreiche, was zwei Abgeordnete des Hauses hier gesagt haben, nämlich der Herr Abgeordnete DDr. Steiner und die Frau Abgeordnete Kanape, daß wir die Volks- und die Erwachsenenbildung nicht übersehen dürfen, da sie eine ungeheure Wertigkeit besitzen. Wir haben dieses Jahr im Rahmen der Landesausstellung in Judenburg den Tag der Erwachsenenbildung ganz bewußt nach Fohnsdorf verlegt, in das Umschulungszentrum Fohnsdorf – ein ganz bedeutendes Haus, in dem berufsbezogene Erwachsenenbildung betrieben wird. Was dort in dem Haus geleistet wird, hat sicherlich vielen Menschen an Ort und Stelle geholfen, diese äußerst schwierigen Umstellungen in dieser alten Bergarbeitersiedlung und in diesem alten Industrieraum besser hinter sich zu bringen. Das ist eine äußerst respektable Leistung. Es gibt diese berufsbezogenen WIFI, LFI und, und, und Initiativen, und auf der anderen Seite die allgemeine Erwachsenenbildung, die auch Großartiges leistet, und hier sollten wir einmal dafür danken, was in Bildungswerken geschieht, was in den Volkshochschulen geschieht, in Bildungshäusern vor sich geht und in den Büchereien dieses Landes. Wir haben rund 300 öffentliche Büchereien, meist geleitet von ehrenamtlichen Leitern und Leiterinnen, weil das oft sehr kleine Büchereien sind in kleineren Gemeinden; die sind äußerst wertvoll. Nach einer etwas oberflächlichen Statistik gibt es rund 150.000 Leser, die rund zwei Millionen Bücher in einem Jahr in der Steiermark entleihen, ich spreche nicht von den Bibliotheken, die sind hier nicht einbezogen. Das ist eine ganz bedeu-

tende Bildungsarbeit, die geleistet wird und die auch einmal erwähnt werden soll und erwähnt werden muß. Das zum Stichwort Erwachsenenbildung.

In der Gruppe 2, meine Damen und Herren, ist auch die Jugend enthalten, das Jugendreferat. Wir haben manchesmal darüber gesprochen, heute ist durch die vorgerückte Stunde zufällig, kann man vielleicht sagen, darüber nicht geredet worden. Ich möchte nur in aller Kürze auch ein Wort dazu sagen und dafür danken. Der Chef des Landesjugendreferates Hofrat Dr. Rajakovics ist bei uns, und er möge das seinen Mitarbeitern und vielen, vielen anderen Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land weitersagen. Wir müssen sehr dankbar sein für die Arbeit, die dort geleistet wird. Naturgemäß merkt man davon oft sehr wenig, weil sie irgendwo im Verborgenen geschieht, aber umso wertvoller ist sie auch oft. Große Veranstaltungen kommen natürlich leichter in die Medien. Wir haben in diesem Jahr das große Bundesjugendsingen in der Steiermark durchgeführt, ein wirklich erfreuliches Ereignis, wir werden nächstes Jahr eine große internationale Singwoche haben, die im September 1990 in Graz laufen wird, wir haben in diesem Jahr in Leoben ein Jubiläum gehabt, nämlich 20 Jahre „Jugend musiziert“, auch eine ganz bedeutende Initiative, Herr Kollege Ussar, Sie kennen das sehr genau, an Ort und Stelle wird in Leoben wirklich sehr Großes geleistet. Wir werden im nächsten Jahr wiederum einen gesamtsteirischen Musikschulbewerb haben, gesponsert von Raiffeisen, das muß einmal öffentlich gesagt werden, die setzen einen siebenstelligen Betrag dafür ein, um jungen Menschen zum Instrument und zur Musik zu verhelfen; auch dafür soll gedankt sein.

Ein letztes Wort zur Gruppe 2: Sie umfaßt bekanntlich auch die vorschulische Erziehung, die Kindergärten; wir haben oft ausführlich darüber debattiert im Budgetlandtag, wir werden das heute nicht mehr tun, wir werden sicherlich in absehbarer Zeit dazu Gelegenheit haben, denn wir sind ja darangegangen, das Kindergartengesetz zu novellieren. Das ist ein Gesetz aus dem „Jahre Schnee“, es muß verbessert werden, es gibt wesentliche neue Gesichtspunkte in der pädagogischen Führung der Kindergärten, es gibt das Problem der Heilpädagogischen Kindergärten, die ganz besondere Bedeutung bekommen haben. Kürzlich fand eine erstmalige Tagung statt, die wir gemeinsam organisiert haben, der Herr Kollege Tschernitz und ich, die Rechtsabteilungen 13 und 9 haben sich zusammengesetzt, und über 100 sind gekommen, und es hat sich gezeigt, wie wichtig dieser Erfahrungsaustausch ist für die Menschen, die mit den schwer- und schwerstbehinderten Kindern in den Kindergärten arbeiten. Es wird über diese Problematik und überhaupt über die Kindergärten noch einiges zu reden sein, natürlich auch über ihre Förderung. Ich möchte dazu sagen, was die Förderung des Landes anlangt, wir haben wiederum ein bißchen Statistik gemacht: Wir haben in diesem Haus im Jahr 1974 ein Förderungsgesetz beschlossen, das den Gemeinden und den privaten Trägern erhebliche Landesmittel zur Verfügung stellt. Wir haben in diesem Jahr, meine Damen und Herren, im Jahr 1989, mit diesen Förderungen, zusammengerechnet Personal plus Bau plus Beihilfen, seit dem Jahr 1974 die Zweimilliardengrenze überschritten an Unterstützungen des Landes für die

Gemeinden, für die Pfarren und Privatinitiativen, die Kindergärten in der Steiermark erhalten. Auch das soll gesagt sein, weil das eine bedeutende Leistung des Steuerzahlers ist, die es möglich gemacht hat, daß dieses wichtige Netz wesentlich verdichtet ist und auch weiterhin verdichtet werden kann. Wir werden auch mit der Berufsgruppe der Kindergärtnerinnen, die ja auch ein interessanter Gesprächspartner ist, speziell über das Gesetz bei der Gesetzeswerdung und natürlich mit allen anderen Betroffenen, wie Gemeinden, Kirchen, Kindergartenerhaltern und so weiter, ausführlich zu diskutieren haben.

Ich möchte mich bedanken bei den Damen und Herren, die im Zusammenhang mit dieser Gruppe in meinem Referat tätig sind, bei der Rechtsabteilung 13, Hofrat Dr. Urabic, Oberregierungsrat Dr. Emberger, der auch anwesend ist und Enormes mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet hat und leistet für die Entwicklung der Kindergärten in der Steiermark. Rechtsabteilung 6 – in dieser Gruppe speziell dem Landesjugendreferat, das ich schon genannt habe, und darüber hinaus Tausenden Männern und Frauen, die in Kindergärten, in Schulen, in Bildungshäusern, Einrichtungen der Volksbildung, der Erwachsenenbildung, aber auch der Hochschulen, denn die Gruppe 2 umfaßt ja auch die Hochschulförderung des Landes, tätig sind, um Kindern und jungen Menschen ihre Wege in eine hoffentlich gute Zukunft zu ebnen. In diesem Sinne danke ich Ihnen schon jetzt, wenn Sie dazu bereit sind, die Gruppe 2 anzunehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 22.36 Uhr.)

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2, Sport.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (22.36 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es mag schon richtig sein, Ausdauer ist auch eine Form von Leistung, und Leistung ist von Sport untrennbar. Das ändert aber nichts daran, daß die heutige Sitzung sicher schon einen Marathoncharakter annimmt, und wir sind das gewohnt, wenn ich auf die letzten Sitzungen zurückblicke. Ich darf aber trotzdem eingangs meiner Ausführung die Anerkennung und den Respekt allen Sportlern, aber vor allem auch allen ehrenamtlichen Funktionären in den Sportvereinen aussprechen. Sie sind eine Form der positiven Repräsentanten unserer steirischen Heimat. Sport und Spiel sind auch eine Form kultureller Tätigkeit, und diese dient nicht nur dem eigenen Vergnügen, sondern ist ein wesentlicher Teil innerhalb der Volkswirtschaft und hat auch eine volksgesundheitliche Bedeutung. Zum Beispiel werden für den Alpensport am Weltmarkt pro Jahr rund 7 Millionen Paar Skier verkauft, wovon mehr als die Hälfte, also 50 Prozent, in Österreich erzeugt werden.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Diese Tatsache beinhaltet aber auch eine weitere Aussage. Es ist unbestritten, daß die Leistungen im Spitzensport die weniger ambitionierten Sportler zu sportlicher Aktivität motivieren. Das heißt, daß die Sportförderung sich nicht ausschließlich dem Spitzensport, sondern auch zu

einem Gutteil dem Breitensport zu widmen hat. Nicht übersehen darf man das Zusammenwirken von Sport, Forschung und Technik. Aus diesem Zusammenwirken resultieren ja viele Ergebnisse, die uns allen und vor allem dem Breitensport zugute kommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an den Motorsport. Wir, die Wirtschaft, die Medien, die regionalen und überregionalen Repräsentanten, die Zuschauer und die Fans haben beklagt, daß kein Grand Prix und kein Formel-I-Rennen mehr am Österreichring stattfinden. Ich will aber heute hier keine Österreichringdebatte abführen. Trotzdem darf ich zum Österreichring anmerken: Wir haben vor zwei Jahren, am 3. Juli 1987, eine Finanzierungsvariante für den Österreichring beschlossen, und mehrheitlich wurde diese angenommen. Es gab nur ein paar Grünlinge, die der Vorlage ihre Zustimmung verweigert haben. Trotzdem ist es nicht einsichtig und durch nichts zu entschuldigen, daß wir in diesem Jahr zur Kenntnis nehmen müssen, daß diese 32 Millionen Schilling den damaligen Bedarf nicht decken, daß eine Überschreitung oder eine Nachbedeckung in der Höhe von rund 3 Millionen notwendig ist. Daß man bei der Ausstattung und bei der Sanierung des Österreichringes auf das Inventar vergißt, das kann mir einfach nicht einleuchten, und daß das Vergessen auf das Inventar die Begründung für die Überschreitung ist. Ich will damit sagen und warnen, daß uns nicht in allen anderen Sportbereichen, im Skisport, im Fußballsport, in allen Bereichen des Sportes irgendwann eine ähnliche Entwicklung ins Haus steht. Daß nämlich ein Mann versucht zu bestimmen, was Sport ist, und das Land hinterher wiederum als Zahler in Erscheinung treten muß. Wenn wir alle nicht bereit sind, den Sport zu entpolitisieren, liefern wir die Grundlage hierfür. (Abg. Pörtl: „Du mit deinem Wunderklub!“) Herr Kollege Pörtl, zu diesem Punkt auch ein klares Wort. Die Bemühungen des steirischen Sportes um die Erlangung der Nordischen WM im Jahre 1995 beziehungsweise 1997, der Zeitpunkt steht ja noch nicht fest, die werden sicherlich nicht erleichtert durch parteipolitische Einflußnahmen. (Abg. Dr. Lopatka: „Für wen redest du eigentlich?“) Für dich, Kollege Dr. Lopatka, damit du auch Sportinformationen hast.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch warnen, denn beide Mehrheitsparteien und Regierungsparteien in diesem Haus haben ja zur Austragung der Nordischen WM 1995 Anträge gestellt. Da gab es Abgeordnete aus dem ÖVP-Bereich, die Anträge für Murau gestellt haben (Abg. Pörtl: „Du bist Obmann des Eisschützenvereines!“), da gab es Abgeordnete aus dem ÖVP-Bereich, die Anträge für die Ramsau gestellt haben. Das gleiche Strickmuster trifft für die Kollegen der sozialistischen Fraktion zu. Glauben Sie nicht, daß Sie damit dem Sport etwas Gutes getan haben, sondern teilen Sie vielmehr die Meinung des Sportlandesrates Dipl.-Ing. Hasiba. Ich habe auch den Mut, und ich respektiere unseren Sportlandesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Denn er hat für die Entscheidung der Austragung der Nordischen WM nicht parteipolitische Motive als Grundlage genommen, sondern hat autonome Entscheidungen des Steirischen Skiverbandes respektiert. Der Herr Sportlandesrat hat mit dieser Entscheidung einen wesentlichen Beitrag zur Entpolitisierung geleistet. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf daher abschließend, meine Damen und Herren, namens meiner Fraktion ankündigen, daß wir dieser Budgetgruppe zum Wohle unserer Volksgesundheit, zum Wohle unserer Volkswirtschaft und vor allem im Sinne des steirischen Sportes unsere Zustimmung geben werden. (Beifall bei der FPÖ. – 22.44 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer (22.44 Uhr): Die Sportler haben den Endspurt übernommen.

Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir nur noch eine Anmerkung zur vorhergegangenen Schuldebatte. Ich würde mir wünschen, daß bei all den Diskussionen über Schulreform und Schulneuorganisation nicht bereits beim Schüler unterschieden wird zwischen seiner sozialen Herkunft und seiner gesellschaftlichen Stellung, sondern daß einfach die Ausbildung eines jungen Menschen im Vordergrund steht. Ich glaube, das ist wichtig auch dazu.

Noch eines: Der Schulsport ist überhaupt nicht erwähnt worden, und ich glaube, auch der Schulsport ist ein ausgesprochen wichtiger Punkt. Aber nicht Schulsport in der Form, daß wir nur Schwerpunktklassen machen, sondern daß ganz generell der Schulsport als Unterrichtsfach auch seinen Platz hat und diese Stunden nicht immer einfach nur ausfallen oder ersetzt werden durch andere Schulstunden, sondern der Schulsport für die gesamte Schülerzahl muß ein unabdingbarer Bestandteil in unseren Schulen sein, weil er Voraussetzung für die Volksgesundheit ist.

Meine Damen und Herren! Wir werden uns in der öffentlichen Förderung des Sportes wahrscheinlich in der Zukunft mehr auf den Breitensport konzentrieren müssen, weil der Breitensport ja auch die Grundlage für ein gesundes Verhalten der Menschen überhaupt ist. Wir werden uns aber wahrscheinlich auf dem Wege des Spitzensportes neuer Wege bedienen müssen, und ich meine hier, daß der Spitzensport ganz eindeutig in die Richtung des Profisports gehen muß und daß hier viel mehr mit Workteams bereits auch im alpinen Sport gearbeitet werden kann, denn, wie der Herr Kollege Weilharter gesagt hat, der Sport ist auch ein wichtiger Werbeträger für unsere Wirtschaft, vor allem für die Sportartikelindustrie. Wenn es Profisport gibt, dann kann auch diese Industrie den Sport wesentlich günstiger für Werbezwecke nützen, und man sollte dieses „Scheinmäntelchen“ vom Amateursport endlich weggeben, denn bei der heutigen Ausübung des Spitzensportes ist ohnehin nur mehr eine professionelle Betreuung möglich, und zwar vom Trainingsaufwand und vom Sportaufwand her.

Meine Damen und Herren, und eines noch zu neuen Sportarten: Wenn das Mountain-Bike-Fahren jetzt in große Mode kommt und 80.000 dieser Fahrräder jetzt in Österreich verkauft werden, dann, glaube ich, sollte man auch diesem Trend Rechnung tragen, und zwar in der Form, daß dieses Mountain-Bike-Fahren auch gestattet und auch in gelenkte Bahnen geleitet wird, und da meine ich, daß Forststraßen und Forstwege dafür befahrbar gemacht werden. Es ist mir aber auch vollkommen klar, daß für dieses Befahren der Forst-

straßen und Forstwege es für den Forstwegerhalter keine Haftung geben kann, sondern daß hier der haftbar ist, der diese Wege im Rahmen der Ausübung dieses Sports benützt. Da könnte man sicherlich gemeinsam mit den alpinen Vereinen und mit den Interessensgruppen diese Sportart auch in gelenkte Bahnen bringen, damit uns nicht Auswüchse passieren, daß irgendwo auf den höchsten Gipfeln einige Außenseiter mit ihrem Fahrrad daherfahren. Ich glaube, das ist sicherlich nicht der Wille des Großteils der Mountain-Bike-Fahrer.

Meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmann! Ich darf noch einmal erinnern: Das Sportstättenchutzgesetz ist ausgesprochen wichtig, die Verunsicherung der vielen Sportfunktionäre ist gerade in diesem Bereich sehr groß, und wir müssen sie von dieser Unsicherheit befreien, daß sie die Sportstätten auch in Zukunft benützen können, daß sie ihnen erhalten bleiben, in die sie soviel Idealismus gesteckt haben.

Auch der Versehrten Sport verdient unsere Aufmerksamkeit im Zusammenhang auch mit dem Ausgleichsport, der überhaupt über die Arbeitsmedizin noch mehr vertieft werden müßte, denn im arbeitsmedizinischen Bereich müßten schon Ausgleichssportprogramme mitangeboten werden, daß die Beschäftigten, die durch einseitige Belastungen körperliche Schäden erleiden können, auch einen sportlichen oder bewegungsmäßigen Ausgleich haben. Hier wäre sicherlich noch ein großes Betätigungsfeld zwischen Sportmedizin und Arbeitsmedizinern gegeben, und das sollte auch in der Zukunft im Interesse der Beschäftigten genützt werden.

Meine Damen und Herren! Nicht mehr ganz so ernst zu nehmen zu dieser späten Stunde: Vielleicht sollten auch wir außer rhetorischem Slalom und Bauchaufzügen noch etwas Sport betreiben in diesem Hohen Haus. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 22.50 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (22.50 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden es im Endspurt mit derselben guten Zeit wie der Herr Kollege Hammer machen, und ich möchte lediglich auf zwei besondere Sportveranstaltungen und drei besondere Bauwerke für den Sport aufmerksam machen. Zwei besondere Sportveranstaltungen: Am 13. Dezember dieses Jahres findet zum fünften Mal ein Sportfest statt, an dem gesunde und behinderte Jugendliche gemeinsam mit Spitzensportlern und den Sonderschullehrern einen Tag als wirklich großartiges Ereignis begehen. Das wird in der Landesturnhalle stattfinden, und wer das einmal gesehen hat, weiß, was das vor allem für die Behinderten bedeutet. Dieses Sportfest ist eine Idee des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Hasiba und findet heuer zum fünften Mal statt. Im kommenden Jahr wird am 13., 14. und 15. Juli eine internationale DSG-Bundesmeisterschaft für Menschen mit geistigen oder mehrfachen Behinderungen stattfinden. Auch diese Sportveranstaltung mit sozialem Hintergrund verdient unsere Beachtung und Förderung. Jeder, der dort etwas beitragen kann, ist herzlich eingeladen und gebeten.

Drei Sportstätten mit einem besonderen Charakter werden im nächsten Jahr dank der initiativen und konsequenten Arbeit von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba in Angriff genommen werden können. Das ist die 70-Meter-Schanze in der Ramsau, nunmehr auch von der Frau Bundesminister auf sein Ersuchen hin unterstützt, und zwar unabhängig, ob die Bewerbung nun – wie wir alle hoffen – für die Nordische WM '95 oder '97 erfolgreich gelingt. Jedenfalls wird die 70-Meter-Schanze gebaut mit einem gleichen Anteil an Bundes- und Landesmitteln, der Rest muß von der Gemeinde und den Vereinen aufgebracht werden. Eine wichtige Voraussetzung für einen Erfolg der Bewerbung für die Nordische WM.

Die zweite große Sportstätte ist das Landesleistungszentrum der Eis- und Stockschiützen in Hofstätten. Ich möchte hier nur zwei Zahlen nennen – (Abg. Buchberger: „Super!“) im Bezirk Weiz, Herr Präsident Buchberger! – 600 Mitgliedsvereine mit knapp 32.000 aktiven Mitgliedern nehmen am Meisterschaftsbetrieb teil. Für das Eis- und Stockschiützenleistungszentrum in Hofstätten werden ein Drittel Landesfinanzierung und ein Drittel Bundesfinanzierung erreicht, ein Drittel finanzieren die Gemeinden und Vereinigungen, die ein Interesse an diesem Landessportzentrum haben. Gesamtaufwand 7 Millionen Schilling – eine großartige Sache für über 30.000 Sportler in unserem Lande.

Drittes großes und wichtiges Vorhaben für 1990: Die nunmehr 125 Jahre alte Landesturnhalle in Graz wird vergrößert, erneuert und in ihren Funktionen erweitert. Es gibt hier eine ganze Liste von Vereinen, Schulen und anderen Gruppierungen, die diese Anlagen benutzen, die Halle, die Freisportanlagen – ich möchte sie nicht verlesen. Wesentlich ist, daß auch diese Initiative erfolgreich war und daß wir allen Grund haben, im Namen der steirischen Sportler Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba herzlich zu danken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Als letztem Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (22.54 Uhr): Die Sportstättenchutzregelung ist eine wichtige Materie, die den Hohen Landtag noch beschäftigen wird. Bis zum 31. Dezember 1988 hat auf Grund einer Übergangsregelung ein Sportstättenchutz des Bundes bestanden, welcher seine Grundlage im Mietrechtsgesetz gehabt hat. Durch den Wegfall dieser befristeten Kündigungsbeschränkungen ist die Gefahr groß geworden, daß dies für einen Großteil der steirischen Sportstätten Existenzprobleme bringt. Es sind insgesamt 750 steirische Sportstätten, die nicht im Eigentum einer Gemeinde, einer Gebietskörperschaft oder eines Vereines oder Verbandes stehen und die somit, wenn keine gesetzliche Ersatzregelung erfolgt, bedroht sind. Auf Grund einer Verordnung des Bundesministeriums für Justiz wurde für insgesamt sechs Bundesländer, darunter auch die Steiermark, die Möglichkeit geschaffen, eigene landesgesetzliche Sportstättenchutzregelungen bis zum 31. Dezember 1990 zu erlassen. Wie brisant diese Angelegenheit ist, beweist die Tatsache, daß laut einer Erhebung der Bundessportorganisation rund 15.000 Sportstätten in Österreich bei ersatzlosem

Auslaufen des Kündigungsschutzes mit unliebsamen Folgen rechnen müßten.

Deshalb habe ich veranlaßt, daß diese Angelegenheit auch im Landessportrat beraten wird. Übereinstimmend wurde dabei folgende Vorgangsweise beschlossen: Bis Ende 1989 wird der Entwurf eines steirischen Sportstättenchutzgesetzes erarbeitet werden. Anschließend wird sich mit dem Entwurf der Landessportrat befassen. Bis Mitte April 1990 soll über diesen Entwurf ein allgemeines Begutachtungsverfahren sowie auch ein Begutachtungsverfahren nach dem Volksrechtgesetz anlaufen.

Nach Durchführung dieser Anhörungsverfahren ersuche ich Sie schon heute um entsprechende Beratungen und Beschlüsse im Landtag. Im Interesse der steirischen Sportverbände, der Dach- und Fachverbände, wird es notwendig sein, daß dieses Gesetz noch vor dem Jahresende 1990 in Kraft tritt. Das heißt, wir können es nicht im Spätherbst beschließen, sondern müssen dies schon früher veranlassen. Denn es ist zu befürchten, daß der Bund – ich möchte da keine Schuldzuweisungen vornehmen – keine gesetzliche Sportstättenchutzregelung im nächsten Jahr zustande bringt. Ich bitte schon heute um Ihr Wohlwollen für die steirischen Sportler und für die Vereine. Ich möchte mich heute herzlich für die gute Zusammenarbeit aller Fraktionen bedanken. Ich möchte mich auch bei den Dach- und Fachverbänden und auch bei den verbandlosen Vereinen sowie auch beim Landessportbüro, das wir ja mit dem Sportgesetz eingerichtet haben, und beim Leiter dieses Büros, Dr. Stehlik, für ihre Tätigkeit bedanken. (Beifall bei der ÖVP. – 22.58 Uhr.)

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 2 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 22.59 Uhr – Wiederaufnahme am Mittwoch, dem 6. Dezember 1989, um 8.30 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Wir kommen zur Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald.

Abg. Pußwald (8.31 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 3 umfaßt Kunst, Kultur und Kultus. Der Finanz-Ausschuß hat sich in den Beratungen eingehend mit der Thematik befaßt. Im Voranschlag sind unter Einnahmen als Gesamtsumme 23,533.000 Schilling, die Gesamtausgaben sind mit 704,863.000 Schilling veranschlagt. (8.33 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Steiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. DDr. Steiner (8.33 Uhr): Frau Präsident, verehrte, hochgeschätzte Regierungsmitglieder, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

„Im Chaos zum Rekord“, so die „Kleine Zeitung“ vom 1. Dezember 1989, Vujicas letzter „herbst“. Eine

erfreuliche Bilanz. „Neue Zeit“ vom 1. Dezember 1989: Symposion als Spitzenreiter. „Standard“ vom 1. Dezember 1989: Chaos und Ordnung – der „steirische herbst“ zieht positive Bilanz. „Die Presse“: Österreichische Pressewelt – ein positives Echo zum „steirischen herbst“ zu all dem, was im Rahmen des „steirischen herbstes“ stattgefunden hat. Thomas Trenkler konnte bei der Pressekonferenz besonders auf das erfreuliche Echo in in- und ausländischen Medien berichten. Auffallend war das starke Interesse ausländischer Rundfunkanstalten. 207 Journalisten berichteten darüber, im Vorjahr waren es 120 in- und ausländische, das sind Salzburger Werte, ortete der Pressesprecher. Anlaß zur Freude gibt die Besucherstatistik 1989. 86.838 Besucher im Rahmen des „steirischen herbstes“. 64.000 1988, 62.000 1987, 51.000 1986. Eine ungeheure Steigerung. Bestbesuchte Veranstaltung war das Symposium „Chaos und Ordnung“. Ich durfte bei der Öffnung sein, und ich erlebte hier „Chaos in Ordnung“ getrimmt, in der Ausstellung und vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth auch sinnvoll dargestellt, was Chaos bedeuten kann. 37 Vorträge, 14.800 Zuhörer, gefolgt von der Ausstellung virtuelle Architektur, gestaltet vom berühmten Architekten Peter Weibl mit 8300 Zuhörern. Das Musikprotokoll vermochte seine Zuhörerzahl gegenüber dem Vorjahr zu verdoppeln, was ohne Zweifel auf die engagierte Arbeit des neuen Musikprotokollbetreuers Dr. Peter Oswald, Leiter der E-Abteilung Musik im Studio Steiermark, zurückzuführen ist. Die konsequente pädagogische Arbeit, die zur Beschäftigung mit den neuesten Präsentationen moderner Musik führt, soll noch im nachhinein von den Schulen, auch von der Musikhochschule, erst bewältigt und damit beschäftigt werden. Das heurige Musikprotokoll ist nach Vujicas Worten aus einem individuellen Fegefeuer in die Wirklichkeit zurückgekehrt. Vujica nannte den „steirischen herbst“ ein fragiles Unternehmen, das von Haus aus nicht mit jener Besucherzahl zu glänzen hat, wie etwa das Musical „Cats“, oder so viele zufriedene Zuhörer nachher aufweist wie etwa nach der „Lustigen Witwe“. Seinem Nachfolger Haberl entbot er beste Wünsche und so viele Unzufriedene, „wie ich sie immer gehabt habe“. Doch konnten sich Besucher und Zufriedene unter seiner Intendanz der letzten acht Jahre unter Präsidentschaft von Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth sehen lassen. Ja, das ist steirische Kulturpolitik. Das ist die steirische Kultur in aller Breite. Kultur im Trigon, ich würde als einer des Griechischen Mächtigen sagen: Tetragon und auch Pentagon könnte man schon sagen, Kultur Fünfeck-fach. Von Styriarte bis zum „steirischen herbst“. Dazu gehören die Steirische Kulturinitiative unter der Leitung von Frau Dr. Konrad, deren Kuratorium ich angehören darf. Die Buchebner-Gesellschaft, Neuberger Kulturtag mit ihren Gesprächen. Eine reiche Palette. Dazu kommen die steirischen Landesausstellungen, wie wir sie kennen von Herberstein und Riegersburg, Glas und Kohle in Bärnbach, Münzen, Menschen, Märkte, vorher war noch Eisenerz. Die Besucherzahlen wechseln. Die heurige Besucherzahl bei 150.000 ist gegenüber dem Vorjahr abgefallen, aber trotzdem eine Spitzenbesucherzahl gegenüber den anderen Landesausstellungen Österreichs. Das Jahr 1989 zeichnet sich wieder durch eine Reihe bedeutender kultureller Ereignisse aus, die auch für

andere Bundesländer modellhaften Charakter haben. Das gilt sowohl für die zeitgenössische Kunst wie auch für das traditionelle Kulturgut. Mit der Landesausstellung, wie ich schon gesagt habe, Menschen, Münzen und Märkte wurde die Reihe der erfolgreichen Bildungsveranstaltungen fortgesetzt, die vor 30 Jahren mit Präsident Koren ihren Anfang nahm.

Es muß in diesem Zusammenhang aber auch gesagt werden, daß Vorausplanungen und damit in Zusammenhang stehende Vorbereitungsarbeiten für künftige Landesausstellungen längst im Gange sind. Das gilt vor allem zum Thema Weinkultur, wo noch die Zuständigen beraten werden. Die Vorarbeiten sind im Gange, und dann die weiteren Ausstellungen, die dann noch geplant sind. Da sich in jüngster Zeit eine Debatte entfacht hat, auch in den Medien, ob nicht etwa eine Ermüdung durch ein Überangebot an Landesausstellungen spürbar würde, hat man überlegt, in Hinkunft, wie es seinerzeit gewesen ist, nur im zweijährigen Rhythmus solche Großveranstaltungen auszurichten, wird man endgültig erst nach den schon festgelegten Veranstaltungen in den kommenden drei Jahren entscheiden können, ob neue Perspektiven auch in der technischen und organisatorischen Durchführung gesucht werden sollen. Der „steirische Herbst“ stand in diesem Jahr unter dem Thema „Chaos“. Auf den ersten Blick mag man sagen, Chaos bedeutet auf hebräisch Tohuwabohu. Es hat sich aber ein Weltbild präsentiert, neuester Sicht, von besten Referenten dargeboten, und das Presseecho war dementsprechend. Die Steiermark war wieder up to date, ja zukunftsorientiert.

Die Veranstalter haben sich große Mühe gemacht, unter schwierigsten räumlichen und auch finanziellen Bedingungen – denken wir an die verhältnismäßig beschränkten Räumlichkeiten, die ein Kongreßzentrum oder auch das Messegelände bieten.

In willkürlicher Aufzählung ist das klassische Konzertfestival „Styriarte“ als bedeutende Veranstaltung zu nennen. Der Name des international renommierten Dirigenten Nikolaus Harnoncourt bürgt schon seit Jahren für Qualität, und es war ein gutes Vorzeichen, daß die Steiermark schon das Mozart-Jahr 1989 veranstaltete. Dazu kommen noch die Eggenberger Schloßkonzerte, die im Sommer ein begeistertes Publikum gefunden haben. Nicht zu verachten beziehungsweise zu erwähnen sind die Neuberger Kulturtag, lieber Herr Abgeordneter Prof. Dr. Eichinger aus dem Raume Mürzzuschlag; die Neuberger Kulturtag sind daran gemessen vielleicht in ihrer Ausstrahlung noch nicht international derart renommiert, aber die auf private Initiative zurückgehenden seriösen und qualitätsvollen Veranstaltungen im gotischen Münster des obersten Mürztales verdienen hohe Anerkennung. Sie sind längst ein fixer Bestandteil der steirischen Musikkultur geworden und haben in diesem Jahr mit der Uraufführung einer von Erich Kleinschuster komponierten Messe einen besonderen Akzent erhalten.

Ein Gleichstück wäre auch der Schladminger Musiksommer, der in diesem Jahr begleitet war von einem weltweiten Treffen der Volksmusikforscher aus aller Welt.

Aber auch Trigon, Tetragon, Pentagon sind zu erwähnen, nicht mehr nur auf die ursprünglichen Trigon-Länder Jugoslawien, Italien und Österreich

beschränkt, sondern die bedeutenden Nachbarländer Deutschland und Ungarn wurden einbezogen. Diese Öffnung ist keine Verfälschung des ursprünglichen Gedankens, sondern eine Bereicherung in der Konfrontation der zeitgenössischen bildenden Kunst.

Wäre noch zu ergänzen, um den Reigen der großen Kulturveranstaltungen abzuschließen, die Internationale Akademie Graz, die sich im zweiten Jahr ihres Bestehens ebenfalls schon als unverzichtbar für die steirische Kulturpolitik etabliert hat.

Es ist auch noch die von der Südtiroler Landesregierung im April dieses Jahres abgegebene Visitenkarte zu nennen, die mit viel Zustimmung in Graz in eine Reihe beachtenswerter Veranstaltungen aufgenommen wurde. Man könnte diese Veranstaltungen als High-Lights bezeichnen. Dazu kommen noch die ständig vorhandenen Angebote, wie das Landesmuseum Joanneum mit 16 Abteilungen, das Steirische Musikschulwerk mit 45 Musikschulen und seiner Präsentation im ganzen Land mit 15.000 Musikschülern. Zu erwähnen sind die 92 Millionen Schilling, die dafür von seiten des Landes gegeben werden, auch für den Musikverein Steiermark, für die Leistungen im Rahmen der Grazer Konzerte.

Es würde zu weit führen und den Rahmen meiner kurzen Zeit sprengen, im einzelnen die Förderungszuschüsse für kulturelle Institutionen des Landes aufzuzählen. Hier gehört auch die Erwachsenenbildung hinein, von der wir gestern gesprochen haben. Die Differenziertheit der verschiedenen Anliegen läßt die Vielfalt der kulturellen Leistungen der steirischen Bevölkerung und ihrer Vereine und Verbände, der Chorgemeinschaften und Singkreise, vor allem aber der Gemeinden und zahlreicher privater Initiatoren erkennen, sie zeigt aber auch die Ausgewogenheit der Förderungszuschüsse.

Die jährlich von der Steiermärkischen Landesregierung zu vergebenden Kulturpreise wurden auch im Berichtsjahr wieder an bedeutende Persönlichkeiten des kulturellen Lebens verliehen. Der Literaturpreis an Matthias Mander, der den als Weihnachtsgeschenk zu empfehlenden Roman „Der Sog“ geschrieben hat, im Styria-Verlag erschienen; der Hanns-Koren-Kulturpreis an den Montanhistorischen Verein, der Musikpreis an den Chefdirigenten des Grazer Philharmonischen Orchesters Nikša Bareza, der Würdigungspreis für bildende Kunst an Franz Xaver Ölztant für das großartige Freilichtmuseum moderner Steinplastik in Oberzeiring; der Manuskriptpreis dem Forum Stadtpark, das für seine vielseitigen kulturellen Aktivitäten im Jahr 1989 eine Subvention in der Höhe von 800.000 Schilling zuerkannt erhielt. Die tragenden Bildungseinrichtungen, wie die Urania für Steiermark oder der Landesverband steirischer Volkshochschulen, wurden ebenso wie die Walter-Buchebner-Gesellschaft mit ansehnlichen Förderungsbeiträgen subventioniert.

Um zu einer Abrundung eines flüchtigen Überblicks zu gelangen, verdienen in besonderer Weise die Büchereien im ganzen Land Erwähnung – wie es gestern Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth schon gesagt hat –, die von verschiedenen Bildungseinrichtungen betreut und gefördert werden.

Einbezogen sei auch der Fremdenverkehr in diesem Zusammenhang, und ich glaube, daß sich gerade mit

den Landesausstellungen eine gewisse Umwegrentabilität erweist und daß dieses Geld, diese Subventionen richtig eingesetzt wurden. Wenn wir an unsere Burgen und Schlösser, Stifte und Sakralbauten denken, die vielfach ein historisches Bild einer stolzen Kulturgeschichte geben, müssen wir sagen, daß das Geld für Denkmalpflege und Denkmalförderung gut angelegt ist. Das Österreichische Freilichtmuseum – ein spätes Kind nordischer Freilichtmuseen, wenn wir an Norwegen und Dänemark denken, wo die Muster der Freilichtmuseen zu sehen sind – ist eine großartige Leistung und ein gelungenes Beispiel der Pflege und Förderung eines bedeutenden kulturellen Erbes.

Joanneum und Trigon-Haus: Im Landesmuseum wurden rund 700.000 Eintritte pro Jahr verzeichnet, die Teilprivatisierung wurde eingeleitet.

Hinweisen möchte ich auf den internationalen Altstadtkongreß, der im nächsten Jahr stattfinden soll, ebenso die Europäische Singwoche Graz im September 1990.

Erwähnt seien die verbesserten Förderungen für künstlerische Aktivitäten, für Sängerbund und Musikkapellen. Es ist eine großartige steirische Breite, ein herrliches steirisches Angebot vorhanden, und ich glaube, daß die Steiermark mit dem Landeskulturreferenten weit und breit in der Welt Echo findet und sich sehen lassen kann. Ein herzliches Dankeschön, allen Mitwirkenden ein Lob für diese Kulturinitiativen in der Steiermark. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 8.48 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ficzkó. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ficzkó (8.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zu dieser für mich ungewöhnlichen Stunde auch einen für viele vielleicht ungewöhnlichen Beginn wählen: Ich möchte zunächst einem für eine Äußerung und eine ganz konkrete darauf folgende Handlung danken. Sie haben, Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, anlässlich der Verleihung des Landesmusikpreises am 22. Oktober 1989, der damals noch Joseph-Marx-Musikpreis geheißen hat, ihre demokratische Gesinnung, eine antitotalitäre, ja, ich würde formulieren, antifaschistische Position in einer Art und Weise demonstriert, die in der Berichterstattung über dieses Ereignis meiner Meinung nach nicht entsprechend gewürdigt worden ist. Ihre Reaktion war damals für mich mehr als bloß beruhigend, sie gibt eigentlich Hoffnung, daß es doch neben dem Verdrängen und neben durch höchste staatliche Ämter scheinbar legitimiertem Vergessen auch noch bewußte Aufarbeiter gibt, die wissen, daß eine gute Zukunft für die Demokratie nur dann gegeben sein kann, wenn auch die offizielle Kulturpolitik ihren Beitrag dazu leistet.

Ich möchte ein paar Sätze aus Gösta Neuwirths Rede zitieren, um so Ihre Reaktion und meine Hochachtung davor noch etwas besser nachvollziehbar zu machen. Er sagte unter anderem, daß dieser Preis, der mit dem Namen Joseph Marx verknüpft ist, der als kultureller Machthaber für alle Obrigkeiten 1924 als Direktor der Wiener Musikhochschule für die Republik wie 1934 für

den autoritären Ständestaat ebenso geherrscht hat, wie er sich 1942 den Baldur-von-Schirach-Preis der Naziherren hat umhängen lassen und auch 1945 wieder zur Stelle war – in allen Ehren. Er hat nichts getan, er war nur ein Künstler, der Befehle gab, wie er sie ausführte. Mit ihm habe ich nichts zu tun, und deshalb nahm Gösta Neuwirth dieses Geld nicht an, sondern stellte es der Aufklärungsarbeit über diese Vorgänge zur Verfügung.

Warum lasse ich mich über dieses, von vielen wahrscheinlich überhaupt nicht einmal registrierte Ereignis eigentlich relativ breit aus? Ich bin der festen Überzeugung, daß nur durch diese glasklare Abgrenzung gegenüber jenen, die nicht über jeden Verdacht erhaben sind, wissentlich einen Beitrag im Kampf gegen das demokratische Österreich geleistet zu haben, die Möglichkeit einer nicht nur fassadenhaften Diskussion über Kultur, Kulturpolitik und politische Kultur garantiert ist. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Gerade in einer Zeit, in der auch Politologen kassandrisch danach fragen, ob wir nicht in einer Zeit leben, die einmal die „Zeit der Rückkehr der Führer“, so ein gleichnamiges Buch, genannt werden könnte. Natürlich nicht der Führer, die in der alten, aber für allzu viele immer noch schillernden Montur auftreten. In einer Zeit, in der sich sogar Spitzenrepräsentanten unseres Staates zwar nicht offen zum Rechtsradikalismus, nicht offen zum nationalsozialistischen Gedankengut bekennen, aber auch nicht in aller Deutlichkeit und in jeder Phase ihres politischen Agierens sich hundertprozentig davon distanzieren. In so einer Zeit, meine ich, können die Worte von Prof. Jungwirth eigentlich nicht genug ernst genommen werden, sie können nicht wichtig genug genommen werden in einer Zeit, in der es wieder Politiker und Politikerinnen gibt, die auf ihrem geplanten Weg zur Macht nicht davor zurückschrecken, über sogenannte Sozialschmarotzer zu schwadronieren, die, während sie eifrig die politischen Umwälzungen in unseren Nachbarländern beklatschen, paradoxerweise, eigentlich zynischerweise, kein anderes Mittel gegen den aufflammenden Ausländer- und Fremdenhaß finden wollen, als das Dichtmachen unserer Grenzen. Ich betone diesen Akt der Namensänderung für den steirischen Landesmusikpreis auch deshalb so, weil ich glaube, daß die Namen, die für öffentliche Preise vorgesehen sind, auch einen Rückschluß auf die demokratische Qualität, auf die kulturelle Identität der Bewohnerinnen und Bewohner eines Landes zulassen. Das gilt natürlich auch, so meine ich, für Namen von Straßen, Plätzen oder auch für Personen und Personengruppen, denen zum Beispiel Denkmäler oder Mahntafeln gewidmet sind. Sie werden deshalb verstehen, daß sich in meine Freude über diese Umbenennung gleichzeitig eine gewisse Nachdenklichkeit mischt. Warum gibt es, frage ich mich, kaum eine Stadt, in der irgendeine Straße, irgendein Platz, irgendein Gäßchen Jägerstätterstraße, Jägerstätterplatz oder Jägerstättergasse zumindest heißt, warum gibt es gleichzeitig aber noch so viele Städte in Österreich, die ihre Straßen immer noch nach jenen benennen, die sich nie von einem Naziregime deutlich distanziert haben oder auch wirklich zu ihrer Zeit wildeste Antisemiten waren. Ich rege deshalb an, zum Beispiel im Landeskulturreferat, weil ich meine, daß es gerade hier sehr gut aufgehoben wäre, und warum, habe ich, glaube ich, sehr deutlich

begründet, eine Projektgruppe einzusetzen, die den Gemeinden und Städten für eine Neufestlegung zum Beispiel von Straßennamen behilflich ist, jene Personen zu finden, die einen wichtigen Beitrag zur Entstehung der demokratischen Republik Österreich geleistet haben. Die bürokratischen Schwierigkeiten, die dabei auftreten können oder zumindest vorgeschoben werden, diese Argumente höre ich schon, ich glaube aber, daß ein Verschieben dieser Argumente, um so eine Tat durchzusetzen, eigentlich in diesem Zusammenhang auch nur zynisch ist. Ist Ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, wenn Sie durch das Land fahren oder wandern, daß an unzähligen Orten auch Denkmäler stehen zur Ermahnung des Friedens, die wir aber Kriegerdenkmäler nennen? Wieso nennen wir sie eigentlich nicht Antikriegsdenkmäler oder gleich Friedensdenkmäler? Meinen Sie nicht auch, daß wir mit einem wesentlichen Bestandteil unserer kulturellen Identität, nämlich unserer Sprache, einfach etwas präziser umgehen sollten? Noch eine Frage in diesem Zusammenhang. Warum werden so selten zum Beispiel auf den sogenannten Kriegerdenkmälern neben jenen, die unfreiwillig in den Krieg ziehend ihr Leben lassen mußten, nicht auch jene genannt, die im freiwilligen Widerstand gegen den Krieg ebenfalls ihr Leben lassen mußten? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Gibt es schon!“) Gibt es, ich weiß, aber relativ selten. Warum ich auf die Notwendigkeit kultureller Aufklärungsarbeit in diesem, wie manche vielleicht meinen, politischen Randbereich insistiere, ist auch in meiner politischen und persönlichen Sozialisation begründet. Natürlich ist aber auch, das möchte ich überhaupt nicht verschweigen, ein Versuch sehr deutlich klarzulegen, daß die nicht nur in den vergangenen Tagen vorgetragene Kritik an der ÖVP-Kulturpolitik nicht bloß eine trotzköpfige ist, einen Justamentstandpunkt einnehmende, oder eine Kritik, die ausschließlich dem Ziel dient, konsensruinierende Wirkung zu erreichen. Darauf verweise ich insbesondere gerne, weil ich mich eigentlich zu einer Kulturpolitik bekenne, die bereit ist, sich grundsätzlich auf den Dissens von Kulturkonzepten und Kulturformen einzulassen. Auch deshalb sehe ich es als Notwendigkeit an, auch aus meiner Sicht, auf einige Defizite, Schwachstellen, auf Fehler und Fehlendes hinzuweisen.

Zum Fehlenden – der Kulturbericht: Vor fast auf den Tag genau vier Jahren wurde das entsprechende Landesgesetzblatt ausgegeben, in dem festgehalten ist, daß alljährlich ein Kulturbericht vorzulegen sei. Das ist bisher nicht passiert. Nun kann man behaupten, wie Sie es, Herr Landesrat, schon getan haben, daß es ohnehin den Rechenschaftsbericht gäbe. Sie wissen, daß ich da der Auffassung bin, daß es, wie der Name es schon andeutet, ein Rechenschaftsbericht und kein Kulturbericht ist. Ich will mich auch nicht am Namen allein stoßen, aber es steht im Rechenschaftsbericht einfach nicht das drinnen, was laut gesetzlicher Verfügung eigentlich in einem Kulturbericht zu stehen hätte. Das Zitieren dieser Stelle kann ich mir hier vor lauter Experten sparen. Na gut, könnte man sagen, 1985 ist schon sehr lange her, da kann man eigentlich auf einiges vergessen, oder überhaupt, es hat ja eigentlich in diesem Haus vielleicht immer der Eindruck bestanden, daß der Rechenschaftsbericht bisher als Kulturbericht akzeptiert worden ist. Dieser Einwand würde nicht gelten, weil ich darauf verweisen möchte,

daß auch der in Ihren Reihen sehr geschätzte Landtagsabgeordnete a. D. Hans Kirner schon 1986 und danach wieder 1987 sehr eindringlich darauf verwiesen hat, daß es den Kulturbericht noch nicht gibt, und ihn deshalb eingefordert hat. Das muß man sich wirklich einmal vorstellen, das eigentlich Unvorstellbare. Da wird ein Gesetz beschlossen, und der zuständige Referent kümmert sich um einen Paragraphen dieses Gesetzes überhaupt nicht. Ich tue es sicher nicht, aber mich interessiert, wie Sie, Herr Landesrat, darauf reagieren würden, wenn jemand plötzlich auf die Idee käme, Ihnen in diesem Zusammenhang Gesetzesbruch vorzuwerfen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du tust es doch!“) Mit Hilfe eines Kulturberichtes könnten Sie diese Behauptungen möglicherweise widerlegen, daß Sie sich unter anderem zum Beispiel zu wenig gegen eine Vereinnahmung der Kulturpolitik durch die Fremdenverkehrspolitik in den letzten Jahren gestemmt haben. Auf die Idee, daß es überhaupt so sein könnte, bin ich eigentlich erst durch Ihre Aussagen beziehungsweise Aussagen aus Ihren politischen Reihen gekommen. In den Protokollen ist nämlich sehr klar festgehalten, daß zum Beispiel die Styriarte auf eine Anregung des seinerzeitigen Wirtschafts- und Fremdenverkehrslandesrates Dipl.-Ing. Fuchs zurückgeht und daß der Fremdenverkehr an die Kultur mit der Frage herangetreten ist, was könnt ihr für uns tun. So weit, so gut. Ich habe überhaupt nichts dagegen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Dann ist es in Ordnung!“) Gegen – auch Originalzitat – eine gute Verbindung zwischen Kultur, Wirtschaft und Fremdenverkehr. Hervorragend! Aber ist diese Verbindung für die Kultur, wenn die Millionenkosten fast ausschließlich aus dem Kulturbudget kommen, noch gut? Ich will jetzt nicht alle Für und Wider wiederkauen, aber wenn die Proargumente für solche Festivals zum Beispiel überwiegen, wenn man sich zur Notwendigkeit einer wirklich hochwertigen künstlerischen Veranstaltung bekennt, sei es auch nur aus dem Grunde, um in Graz zum Beispiel einen Beitrag für ein tourismusfreundliches Ambiente zu leisten, warum greift man dann trotzdem immer wieder auf den nun inzwischen wiederholten Trick zurück, daß das alles „eh nichts koste, daß das alles sich selber mit Hilfe von Sponsoren trage“? Wovor hat man denn Angst, wenn man davon überzeugt ist, daß die Styriarte ein gleichzeitig kultur- und städtetourismusfördernder Event ist, der den Einsatz von Landesmitteln notwendig macht? Hat man davor Angst, daß bereits bei der Ankündigung solcher Festivals vor allem jene kleinen Gruppen und Häuser Widerstand organisieren könnten, die Angst davor haben, einer endgültigen finanziellen Austrocknung entgegenzugehen? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da haben wir überhaupt keine Angst!“ – Abg. Kammlander: „Wieso jetzt dagegen?“) Denen nämlich die Argumentation, daß die Kosten im Vergleich zu den Wiener Festwochen – was wiederum stimmt – ein Klacks seien, eigentlich nicht gerade trostspendend wirken kann. Hat man Angst davor, der – ich formuliere es einmal so – kulturpolitischen Schizophrenie überführt zu werden, nämlich einerseits größte Freizügigkeit bei jenen Projekten, die von sogenannten „Tourismusmatadoren“ als siegträchtig in den überhandnehmenden kulturellen Städtewettbewerb geschickt werden, und andererseits größte Knausrigkeit gerade jenen Gruppen gegenüber, die ihre Arbeit auch darin sehen, einen

Nachdenkprozeß über die Ziele unserer Gesellschaft und die möglichen und richtigen Wege dorthin anzuregen, als Mittel zur Orientierung auf eine veränderte gesellschaftliche Realität? Kulturpolitische Ziele, die ich hier zitiert habe, in denen sich übrigens Männer wie Erhart Busek und auf der anderen Seite Hilma Hoffmann sehr einig sind.

Ein Beispiel für diese Ambivalenz: Für freie Theatergruppen sind nicht einmal 200.000 Schilling vorgesehen, das ist wirklich ein Klacks, es sind aber locker ein paar Millionen zum Beispiel, so hört man, bereits für die Reise des Zeughauses in die USA geplant. Gut, da habe ich überhaupt nichts dagegen, ich wehre mich nur dagegen, daß diese Millionen aus dem Kulturbudget kommen sollten. In dieser einen Frage habe ich, auch wenn sie mit fremdenverkehrspolitischen Motiven begründet ist, meine Probleme, weil nämlich die Art der Fremdenverkehrswerbung, und so wird die Ausstellung wahrscheinlich begründet werden, als Teil der gegenwärtigen geistigen und kulturellen Identität (Abg. Kammländer: „Aufrüstung!“) anzusehen ist. Wenn sozusagen als erster Ausweis unserer kulturellen Identität das Zeughaus vorgestellt wird, dann denke ich mir, daß das eine Form ist, die mit dem Verständnis vieler der jetzigen Zeit eigentlich nichts zu tun hat. (Abg. Kammländer: „Arthur, du wirst sagen, daß dieses Grafflwerk nie eingesetzt wurde!“) Das wäre ja noch schöner!

Wieder wurde eine sinnvolle Auseinandersetzung darüber mit den Argumenten „kostet eh nichts“ von vornherein abgewürgt. Abgesehen davon, daß die übliche Transparenz bei der angeblich taxfrei zur steirischen Kulturbotschafterin ernannten Frau Dr. Hofkofler noch ausständig ist. Eine Anmerkung daneben zu den Wahrnehmungen über ihre bisherige Tätigkeit in den USA: Ich habe da zwei Wirklichkeiten vor mir: jene, die Sie anlässlich meiner Anfrage im Jänner dargestellt haben – also höchstes Lob zollend, Aufzählen unzähliger Leistungen im Dienst um das Bekanntwerden der Steiermark in den USA – und ich habe die Wirklichkeit der „New York Times“ vor mir, April 1989, da sind all jene Festivals angeführt, die auch außerhalb von Amerika, insbesondere in Europa, als besuchenswert angeführt werden. Da ist unter Austria „Vienna-Festival, Schubertiade Hohenems, Viennas summer of Music, Carinthien-summer, Bregenz-Festival, Salzburg-Festival, Musiktage Mondsee, Bruckner-Festival Linz, other Austrian Festivals (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „It sounds very British!“), Bad Ischl, Festival of Early Music Innsbruck“ angeführt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Sankt Stefan!“) Dann kommt Belgien – da war die Steiermark nicht zu finden, auch unter Australien war sie nicht zu finden, das war noch meine Hoffnung, weil das oft verwechselt wird. Ich glaube, daß beide Schilderungen stimmen. Deshalb habe ich auch von zwei Wirklichkeiten gesprochen, aber welche Wirklichkeit, glauben Sie, ist für die Steiermark relevanter: wenn Frau Dr. Hofkofler in den USA die Aufgabe übernommen hat, auf das kulturelle Steirerland aufmerksam zu machen? Die Anfragebeantwortung im Jänner oder der Artikel im April in der „New York Times“?

Noch kurz zu den Landesausstellungen: Auch hier stehen für die Durchführung regional-wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Auch gut, weil man

sagen kann, daß nur eine gesunde wirtschaftliche und damit soziale Struktur auch eine entsprechende kulturelle Entwicklung zuläßt, deshalb ist der Einsatz von Kulturförderungsmitteln als regionale Wirtschaftshilfe gerechtfertigt. Dann verstehe ich aber zumindest eines nicht: Wenn die Landesausstellungen diese ökonomische Bedeutung haben, warum ist dann fast jeder Greißler im Verkauf seiner Ware erfolgreicher als die Marketingstrategen mancher Landesausstellungen? Daß da natürlich die ersten Forderungen zunächst einmal halblaut auftauchen, auch für die Landesausstellungen eine Konstruktion zu finden, die jener gleichen möchte, wie sie vielleicht für die Museen vorgesehen ist, um eine effizientere organisatorische Abwicklung zu ermöglichen, werden Sie, Herr Landesrat, auch langfristig nicht überhören können. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Wissenschaftlich-pädagogisch gut zubereitet!“) Das ist selbstverständlich!

Hinter diesem Einsatz des Kulturbudgets zur Veränderung unserer materiellen Lebensumstände würde ich aber doch auch die Akzeptanz nach Veränderung der geistigen sinnlichen Lebensumstände vermuten, daß also Kulturpolitik, wenn schon als Entwicklungspolitik akzeptiert, auch als geistige Entwicklungspolitik eine Funktion zugestanden bekommt und als Zukunftsinvestition ausgerichtet sein muß. Ich meine deshalb auch, daß, wer heute über Kulturpolitik spricht, natürlich nicht nur über die Situation in den vor allem an Graz angrenzenden Regionen reden muß, sondern einfach die Ereignisse der letzten Wochen, wie es auch gestern schon mehrmals getan wurde, einbeziehen muß. Man muß ganz konkret darüber nachdenken, was zu tun ist, welchen Beitrag zum Beispiel die steirische Landeskulturpolitik zu leisten hat, um mit dieser Öffnung im Osten fertig zu werden. Ich sage bewußt fertig zu werden, denn wir nehmen alle wahr, wie sich bei allzuvielen die Freude über die politische Freiheit unserer Nachbarn zu vermischen beginnt mit der Angst vor der Bedrohung der eigenen beruflichen Existenz, dann aber auch der kulturellen Identität.

Was wird die offizielle Kulturpolitik des Landes dieser Entwicklung entgegensetzen? Ich glaube, daß gerade die Kulturpolitiker diesem Mangel an Solidariät, den wir hier auch über die Grenzen erleben, diesem gefährlichsten Ausdruck von Kulturlosigkeit entschieden entgentreten müssen, eigentlich ein gewaltiges Projekt zur Bewußtseinsänderung entgegensetzen müssen. Ein Projekt, daß zumindest vom finanziellen Aufwand her der Dimension einer Landesausstellung entsprechen könnte. Ich könnte mir auch sehr gut vorstellen ein Projekt, das quasi direkt als Landesausstellung inszeniert wird, zum Beispiel gemeinsam mit Slowenien, Ungarn, aber nicht erst 1993, 1994 oder 1995, weil es sonst nämlich passieren könnte, daß man uns in den Fußnoten der Geschichte einmal vorwerfen wird, daß wir erstens nicht nur nicht vorbereitet waren auf diesen größten gesellschaftlichen Umbruch, sondern dann auch noch sehr langsam reagiert haben. Jetzt weiß ich schon, daß man schon fast fertiggeplante Großprojekte, um nur einige beispielhaft anzuführen, wie im nächsten Jahr bereits in Gamlitz oder Mürzzuschlag und Trautenfels, nicht einfach so, weil einfach etwas noch wichtigeres daherkommt, absagen kann. Das fordere ich auch nicht. Aber wenn wir ganz ehrlich zu uns sind, dann muß der

Gedanke schon zulässig sein, um sich zu fragen, ob wir hier zweifelsfrei behaupten können, daß gerade solche Großprojekte, wie diese Ausstellungen zum Beispiel, diesen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, tatsächlich leisten werden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir sind sehr froh, daß wir 1991 die Landesausstellung in Mürzzuschlag haben werden. Sehr glücklich!“) Ich sage das deshalb so bewußt, weil ich glaube, daß auch bei einer Akzeptanz darüber, daß solche Ausstellungen stattfinden und es über die Funktionen, die sie im Moment zugeschrieben bekommen, man natürlich auch trotzdem reden muß. Ich stelle sie auch deshalb leicht in dieser Form, wie ich es jetzt gerade getan habe, in Frage, weil man die Funktion solcher Großprojekte gerade angesichts der Veränderungen jetzt nicht nur draußen in dieser Welt, sondern die diesmal auch uns betreffen, einfach permanent diskutieren muß.

Noch eine kurze Randbemerkung. Ich glaube, wenn man über Kulturpolitik redet, man nicht vor lauter Freude über diese Aufhebung der Einteilung in Ost und West vergessen darf, daß es immer noch eine Aufteilung in erste, zweite, dritte und vierte Welt gibt und daß es eigentlich eine Aufgabe der Kulturpolitik sein muß, Projekte voranzutreiben, die die Folgen dieser erbarmungslosen Zergliederung zu mildern versuchen. Diesen Einschub mache ich deshalb, weil ich auch hier in diesem Haus daran erinnern möchte, daß eine Nation, ein Land, das sich Mechanismen unterwirft, die es zulassen, daß es im allgemeinen – und ich nenne nur eine dramatische Zahl – jährlich über 70 Millionen Hungertote gibt, daß es allein in Brasilien zirka 30 Millionen Obdachlose gibt, daß ein Land, eine Nation, die locker über solche Zahlen zur Tagesordnung übergeht, eigentlich Gefahr läuft, der Bezeichnung Kulturnation nicht mehr gerecht zu werden.

Abschließend noch ein Wort zum Trigon-Haus. Es ist gut, daß die Gefahr, ein Denkmal für eine ausschließlich landesherrliche Repräsentation zu werden, gebannt ist. Es ist gut, daß über das neu zu errichtende Trigon-Haus nicht mehr losgelöst von der notwendigen Generalsanierung des Joanneums diskutiert wird. Die Position der SPÖ dazu war ja seit der Budgetrede von Herrn Landesrat Dr. Klauser im Vorjahr eigentlich klar, und ich habe dieser Position auch heute nichts hinzuzufügen. Es ist aber nicht gut, daß es immer noch kein geschlossenes Museumskonzept gibt, dem man sich wie dem Projekt zgedachten Funktionen einer offenen Diskussion zuwenden könnte, und wenn das Trigon für die Steiermark diesen einmaligen Stellenwert hat, den es haben sollte, dann stellt das Fehlen des Museumskonzeptes zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich eine kulturpolitische Fahrlässigkeit dar. Wie das so gehen könnte, glaube ich, hat uns, um nur eine der vielen Städte zu nennen, Frankfurt sehr deutlich vorgezeigt. Vielleicht liegt es aber dort auch darin, wie Kenner der Szene meinen, daß zum Beispiel in Frankfurt die vorbildhafte Museumslandschaft ein Ergebnis eines fruchtbringenden Spannungsverhältnisses zwischen einem damals roten Oberbürgermeister und einem schwarzen Kulturdezernenten ist. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „War das nicht umgekehrt?“)

Inzwischen ist der Bürgermeister auch rot. Damals war es ein schwarzer Oberbürgermeister, und der

Kulturdezernent war Hilmar Hoffmann. Bürgermeister war Wallmann, und in der Zwischenzeit ist der Bürgermeister – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Jawohl, so war es!“) Das ist richtig. Nur der Bürgermeister dieser Stadt ist Volker Hauff. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du bist nicht informiert. Er ist Ministerpräsident des Landes Hessen!“) Es ist wahrscheinlich eine der Städte, die sich noch einmal verbessern konnte. Ich wollte nur auf dieses fruchtbringende Spannungsverhältnis hinweisen, das wir möglicherweise, aber vielleicht auch umgekehrt, ab dem Jahre 1991 auch in der Steiermark vorfinden könnten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du schließt mit Träumereien!“) In der Früh und so knapp vor Weihnachten sind auch einige Träume gestattet.

Endgültig der letzte Satz: Nehmen Sie meinen Beitrag im Ganzen gesehen einfach als Unterstützungsangebot, in der Steiermark eine Kulturpolitik zu forcieren, deren Schwerpunkt einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlich relevanter Probleme ist, zur Bewältigung der heutigen Herausforderung für den Menschen. Setzen Sie einfach solche Schwerpunkte, die Sie als Kulturpolitiker ausweisen, der aus dem Dilemma herausgefunden hat, lediglich zwischen persönlichem Geschmack und einer Zuckerstreumethode auf der anderen Seite entscheiden zu müssen. Dabei hätten Sie von uns jede erdenkliche kritische Hilfe zu erwarten. (Beifall bei der SPÖ. – 9.20 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (9.20 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Dr. Arthur Ficzkó hat schon mit der jährlichen Diskussion um die Landesausstellungen begonnen. Diese Diskussion gehört ja schon zur Tradition der jährlichen Kulturdebatte. Das heurige Thema „Menschen, Münzen und Märkte“ hat weniger Menschen angezogen. Die wundersame Vermehrung der Münzen hielt sich demnach in Grenzen, und inwieweit sich der Jahrmarkt rundherum gelohnt hat, darüber gehen die Meinungen immer noch auseinander. Trotzdem müssen wir uns überlegen, ob die Fortschreibung der Organisationsform einer Landesausstellung noch den Intentionen einer Ausstellung des Landes entspricht. Wollen wir hier nicht auch neue Wege gehen? Das Wort von der Innovation ist ja ständig präsent. Wenn ich nun einmal kurz feststellen darf, wie ist jetzt der Zustand: Von regionalen und privaten Initiatoren sowohl von unten als auch von oben werden jeweils Themenschwerpunkte auf Gemeindeebene gefordert oder auch auf bestimmte Baulichkeiten bezogen. Die Wünsche werden dann den verantwortlichen Landespolitikern vorgetragen, den Landtagsabgeordneten und Landesräten und werden in weiterer Folge vom Kultur- und Finanzlandesrat ausgehandelt. Diese Kooperation scheint mir in den letzten Jahren nicht mehr so ohne weiteres zu gelingen. Nach dem Motto „überzieht die ÖVP das Kulturressort“ gibt es entweder für SPÖ-Aktivitäten auch eine Nachdotierung, oder das Geld wird dann erst in letzter Minute freigegeben, zum Unmut der betroffenen Organisatoren und Gläubiger. Diese Form der beamteten und kameralistischen Landesausstellungsorganisation ist wirklich nicht zweckmäßig. Warum kann nicht gerade in diesem Bereich auch Deregulierung einsetzen?

Ich stelle hierzu folgende Änderungsvorschläge zur Debatte; sie sind nicht ganz meine, ich gebe gerne zu, daß ich mich mit verschiedenen Personen darüber unterhalten habe, sie wurden auch schon von anderen Kritikern formuliert. Wie könnte das jetzt ausschauen? In Zukunft sollte ein Verein als Veranstalter auftreten, und dieser Verein setzt sich aus Kulturpolitikern, Wissenschaftlern, Managern, Personen, die sich dafür interessieren, zusammen, und einvernehmlich mit diesem Personenkreis werden die Ziele, Schwerpunkte und Inhalte kreiert. Die für die Umsetzung notwendigen Mittel müßten vom Land überwiesen oder auch von Sponsoren aufgebracht werden. Für die Verwendung dieser Mittel – das ist dann der kritische Punkt – sind allein kaufmännische Prinzipien ausschlaggebend, das heißt, die Gebarung dieses Vereines unterliegt zuerst der internen Prüfung durch Wirtschaftstreuhänder und dann der Überprüfung durch den Landesrechnungshof, also eine Selbstbindung an die Kontrolle durch den Landesrechnungshof. Somit wäre die Frage nach der Verantwortung geklärt. Ein Gremium entscheidet mit klaren inhaltlichen, administrativen und kaufmännischen Kompetenzen und kann damit selbstverständlich auch zur Verantwortung gezogen werden.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten möchte ich noch zu bedenken geben: Eine Landesausstellung sollte sich vorrangig mit der Geschichte der Region, in der sie stattfindet, befassen. Es muß möglich sein, daß es eine eindeutige Identifikation mit der Region gibt. Solange die regionale Bevölkerung nur mit einem aufgepöppelten Thema beglückt wird, hält sich demnach auch die Beteiligung in Grenzen; Judenburg ist dafür ein negatives Beispiel.

Die Stadt Judenburg, ihre Umgebung und die dazugehörige Ausstellung haben fast überhaupt nichts mit der heutigen Situation der Menschen dort zu tun gehabt. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Judenburger Taler!“)

Der einzige Judenburger Taler war aus dieser Region, alles andere ist von woanders hergekommen, ich werde das aber noch näher ausführen, Herr Kollege DDr. Steiner, damit Sie wissen, was ich meine.

Das Ausstellungsthema muß die eigene Geschichte unmittelbar erlebbar machen. Die Alltagsgeschichte – und das Wort Alltagsgeschichte ist ja schon länger in aller Munde im Zusammenhang mit Kultur- und Zeitgeschichte –, die eigene Alltagsgeschichte gehört mit der Bevölkerung der Region erarbeitet. Dazu müssen Studien angestellt werden, es muß publiziert werden. Die Geschichte der Herrschenden in diesem Land und auch woanders ist in ausreichender Form schon überall nachzulesen. Aber die Geschichte der Menschen dort, der Bauern, der Kaufleute ist in dieser Landesausstellung überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen, zum Beispiel die Geschichte der einfachen Menschen, der einfachen Bürger, und nicht nur die Geschichte zum Beispiel einer Kaufmannsfamilie – (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Daneben ist das Stadtmuseum von Judenburg!“) Ja gut! Ein Museum ist ein Museum (Abg. Grillitsch: „Haben Sie es schon angeschaut?“), aber die Diskussion muß sich darüber hinaus entwickeln. Wir haben historische Defizite, und auch für diese muß sich eine Landesausstellung verantwortlich fühlen, daß sie aufgehellt werden. (Abg. Purr: „Konkret, welches Defizit?“) Ja, das kommt schon noch, warten

Sie ein bißchen, schreien Sie nicht immer dazwischen, Herr Kollege! Sie sind einer, der grundsätzlich, wenn ich am Wort bin, etwas dazwischenbrüllt! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war nur ein Zwischenruf!“ – Abg. Grillitsch: „Wir wollen die totale Aufklärung haben!“) Ich habe nur mehr einen Zettel, und dann bin ich fertig!

Ich möchte noch einmal auf die Art und Weise einer Landesausstellung zurückkommen: Ein turbulentes Jahr, und nachher ist nichts mehr, keine spürbare Veränderung, keine Aktivierung bleibt über – (Abg. Pinegger: „Kommen Sie nach Bärnbach. Ich lade Sie ein!“) Erzählen Sie mir etwas von Judenburg, was im nachhinein geworden ist; ein paar Leute sind zufrieden, ein paar sind unzufrieden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die meisten sind zufrieden!“) Die Bevölkerung als solche hat sich vom Thema „Menschen, Münzen und Märkte“ verabschiedet. Es ist keinerlei geschichtliche Aktivierung dadurch entstanden. (Abg. Kröll: „Der Vorschlag ist aus der Bevölkerung gekommen – aus der Judenburger Bevölkerung!“) Die Vorschläge aus der Bevölkerung mögen schon auch einbezogen worden sein, aber ich weiß nicht, welcher Bevölkerung, und ab Sie die gleiche Bevölkerung meinen, an die ich denke.

Ich möchte mich jetzt konkret auf die Landesausstellung in Gamlitz beziehen, weil ich glaube, daß es dort endlich einmal auch ein positives Beispiel geben wird. In Begleitung zur Landesausstellung wird im Retzhof eine Geschichtswerkstatt stattfinden, in der auch die Weinbauern, Menschen aus der Gegend, die Gelegenheit haben werden, ihre vergangene Situation in mehreren Abenden zu diskutieren und damit auch das Thema aufzuarbeiten. Wenn ich mir das offizielle Programm zur Landesausstellung anschau, kommt das natürlich nicht vor; es ist auf das Engagement der Frau Mag. Eveline Schneider zurückzuführen, daß so etwas überhaupt begleitend zur Landesausstellung passiert, und zwar zum ersten Mal. Jetzt schon beginnt diese Gruppe zu arbeiten. Im Landesausstellungsprogramm kommen Menschen fast überhaupt nicht vor. Ich gebe hier nur ein paar Titel zum besten: „Das Klima“, „Die Lage“, „Der Boden“, „Die Urrebe“, „Die Wanderung durch alte Kulturen“, „Europa und der Wein im Mittelalter“, „Kult und Religion“, „Weinkultur im Volk und bei Hof“, „Wein im Recht“, „Da erglänzt in reiner Helle“ – Georg Trakl zitiert – „Die Tiefe der Jahre“, „Der bessere Wein“, „Wein als Quelle des Wohlstandes“, „Maß und Unmäßigkeit“, „Initiation zu den Spiegelungen“, „Ünologie oder die Wissenschaft vom Wein“, „Weingeographie, Sorten und Lagen“, „Arbeit alter Volkskultur“ – ein bißchen ist noch dabei – „Das Gerät“, „Klärung, Reife und Genuß“. Die Landesausstellung im nächsten Jahr würde auch wieder, wenn es nicht eine Privatinitiative gäbe, ohne den Bezug zur Alltagskultur stattfinden.

Ich möchte noch eine Möglichkeit aufzeigen, die darüber hinaus einen Teil des Bewußtseins in der Bevölkerung schaffen könnte. Es hat in den vergangenen Jahren in einzelnen Bezirken der Steiermark Geschichtswerkstätten gegeben. Von Zeitgeschichtlern veranstaltet, die auch zum Beispiel über die Oststeiermark, über das bäuerliche Leben dort gemeinsam mit der Bevölkerung recherchiert, auch darüber zwei sehr gute Bücher veröffentlicht haben,

die wirklich regionalgeschichtlichen Bezug haben. Im Fachausdruck heißt es jetzt „Oral History“. Die beiden Zeitgeschichtler, die Dozenten Kaser und Stocker, haben sich sehr bemüht. Auch in Leoben hat es so eine Geschichtswerkstatt gegeben, in Graz ist eine Werkstatt zum Anschluß 1938 über zwei Wintersemester gelaufen. Ich glaube schon, daß das eine Anregung wäre, einmal die Landesausstellungen beiseite zu lassen und sich einmal ein Jahr lang unter Umständen mit der Geschichte der Steiermark und der Bevölkerung, der Menschen, und nicht nur mit dem Erzherzog Johann oder sonst irgendwelchen fürstlichen Hoheiten zu beschäftigen. Vielleicht können wir einmal eine neue Alltagsgeschichte von Männern und Frauen schreiben. Im Zusammenhang mit Mürzzuschlag möchte ich noch sagen, da wurde inzwischen von Historikerinnen kritisch angemerkt, daß zur Sportausstellung das Thema „Frau und Sport“ überhaupt nicht vorkommt, und genau das Thema „Frau und Geschichte“ ist in der Landesausstellung in Judenburg überhaupt nicht vorgekommen, als ob es die Frauen in diesem Zusammenhang nicht gegeben hätte. (Abg. Grillitsch: „Wir werden ein Buch über die Gundi schreiben!“) Ganze Bevölkerungsgruppen werden nicht thematisiert.

Am Schluß meine ich, daß die wirtschaftliche Umwegrentabilität und auch die Fremdenverkehrsimpulse richtig und in Ordnung sind. Aber sie dürfen nicht die einzigen Ziele einer Landesausstellung sein, sondern für mich besonders wichtig ist die kulturelle Anregung, und diese muß im Vordergrund stehen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 9.34 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Bevor ich die Wortmeldung weitergebe, möchte ich begrüßen, daß auch heute Schüler zur Budgetdebatte anwesend sind. Der Landtag ist die Bühne der Demokratie. Deshalb freue ich mich, daß die Schüler der III a der Volksschule Elisabeth mit der Frau Lehrerin Tremmel gekommen sind. Ich begrüße alle recht herzlich.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (9.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtages!

Von der sogenannten Hochkultur über die Landesausstellung komme ich nun zur ländlichen Kultur. Ich möchte aber hier aufzeigen, daß wir gemeinsam mehr erreichen, als wenn wir nur gegeneinander gehen.

Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen uns nicht wundern, wenn unser Ruf, der Ruf des Politikers, in der Öffentlichkeit so schlecht ist. (Abg. Grillitsch: „Spät, aber doch, kommt das Begreifen!“) Denn wir brauchen niemandem die Schuld zu geben, nicht den Zeitungen, nicht dem Rundfunk oder sonst wem, wir müssen uns selbst die Schuld geben. Wenn wir den anderen politischen Gegner nur heruntermachen wollen, dann dürfen wir uns da nicht wundern. Ich weiß schon, die Zeitungen bringen nur das Negative, das Positive wird meist nicht gebracht. Dann wird man draußen am Land gefragt, ja hast du im Landtag geschlafen? Bist du nicht dagewesen, weil man nichts von dir gelesen hat? Ich glaube auch das, was Präsident Wegart gesagt hat, daß die Zwischenrufe und Angriffe das Salz in der Suppe

sind. Doch wir alle wissen, daß auch zu viel Salz die Suppe ungenießbar macht. Beleidigende Worte sind sicher zu viel Salz. Ich möchte aufzeigen, daß man gemeinsam mehr erreicht. (Abg. Mag. Rader: „Redest du über den Abgeordneten Dr. Ficzkó?“) Nein. Gemeinsam meine ich hier, wir haben anlässlich des letzten Budgets einen Antrag gestellt, damit die Beiträge an die Musikkapellen erhöht werden. Wir haben diesen Antrag als Resolutionsantrag aufgelegt, und dieser Antrag wurde von allen Fraktionen dann unterzeichnet. Es ist mir ein Bedürfnis, Landesrat Dr. Klauser dafür zu danken, daß die Mittel von 1.513.000 Schilling auf 2.020.000 Schilling erhöht wurden. Ich persönlich bin der Meinung, noch immer nicht genug, aber der Mensch freut sich. (Abg. Dr. Lopatka: „Es kann nie genug sein!“) Andere würden sagen, 507.000 Schilling sind sehr viel, das sind 32 Prozent, doch wir wissen, daß eben Prozente relativ sind. Wir wären schlechte Volksvertreter, wenn wir die Wünsche der Bevölkerung draußen nicht weitergeben würden. Unser nächstes Anliegen ist die 10prozentige Anzeigenabgabe. Obwohl erst in der letzten Landtagssitzung ein derartiger Antrag abgelehnt wurde, haben wir das Glück, daß wir von der SPÖ noch einen Antrag haben, der erweitert ist für die Feuerwehren und für die Musikkapellen, die Befreiung von dieser Anzeigenabgabe. Ich bin der Meinung, daß diese Einnahmen nur ein Prozentteil der Gesamteinnahmen sind und daß wir wirklich hier alles daransetzen sollten, daß diese Anzeigenabgabe für Musik und Feuerwehr beseitigt wird. Es ist nicht einsichtig, daß eben jene Idealisten, die sehr viel Zeit und sehr viel Geld investieren, dann dafür noch 10 Prozent bezahlen müssen, wenn eben eine Bank oder ein Unternehmen zum Beispiel die Plakate finanziert. Ich habe aber auch erfreut festgestellt, daß die Beiträge für die Denkmalpflege von 550.000 auf 683.000 Schilling erhöht wurden. Wir alle wissen, daß unsere klassischen Denkmäler, Kollege Dr. Ficzkó, ich nenne sie noch Kriegerdenkmäler, nun alle schon über 40 Jahre alt sind. (Abg. Dr. Lopatka: „Hast du Probleme mit ihm?“) Daß diese Denkmäler eben in der Zeit baufällig und viele desolat sind. Ich bin der Meinung, für unsere Soldaten, aber auch Zivilisten, die ihr Leben für ihr Vaterland gegeben haben, wäre es eine Schande, daß ihr Name auf einem solchen desolaten Denkmal aufscheint. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Kröll: „Ficzkó, du mußt zuhören!“) Wir wissen alle, diese Denkmäler sind Mahnmäler gegen den Krieg und für den Frieden, und daher ersuche ich, daß wir beim nächsten Mal diese Budgetmittel erhöhen. Denn ich bin nicht der Meinung, wie die Zeitungen schreiben, wir können nicht viel verändern bei diesen Budgetreden. Natürlich nicht für dieses Budget, aber wie wir in diesem Fall gesehen haben, können wir etwas verändern für das nächste Budget. (Abg. Schrammel: „Der Herr Landeshauptmann hat 200.000 Schilling zur Verfügung gestellt!“) Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 9.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (9.40 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren!

Ich hatte eigentlich vorgehabt, mich ein bißchen intensiver mit dem Kollegen Dr. Ficzkó zu beschäfti-

gen, aber das brauchen wir nicht, das hat seine eigene Fraktion übernommen. Da hat der Kollege Herrmann schon recht, und ich rede jetzt – (Abg. Dr. Ficzkó: „Du hast nicht genau zugehört, weil du nicht ausgeschlafen warst!“) In der Früh sind wir beide nicht so voll da, aber das, was du gesagt hast, das habe ich schon gehört, und zwar ausführlich, vielleicht hast du es nicht so sagen wollen, weil du nicht ordentlich aufgewacht warst, das mag schon sein. Ich möchte mich auch nicht mit den Kriegs- oder Friedensdenkmälern beschäftigen, was auch immer, daß wir das etwas renovieren müssen, darüber sind wir uns völlig im klaren, Kollege Herrmann. Ich bin ja froh, daß das bei euch so ist.

Ich möchte mich eigentlich mit diesen wirklich unqualifizierten Bemerkungen eher beschäftigen, die der Kollege Dr. Ficzkó schon heute früh in seiner Nachtangst, die er da noch hat, schon wieder von der Rückkehr des Führers gefaselt hat. Ich weiß schon, wen du gemeint hast, lieber Kollege Dr. Ficzkó. Ich nehme an, du wirst den Kärntner Landeshauptmann gemeint haben. Ich kann dir nur eines sagen, und da braucht man auch nicht die Abgrenzungen, die das „Klipp“ in seiner neuen Nummer hat, eines muß klar sein: An seinen Vorgänger ist er in diesen Dingen noch lange nicht herangekommen, und der war ja bekanntlich nicht von unserer Partei, sondern eher von der deinigen. Wobei ich jetzt sagen muß, und ich habe mich gestern ganz bewußt und sehr zum Erstaunen des Kollegen Dr. Lopatka sehr deutlich abgegrenzt gegen alle Tendenzen, die mir auch sehr verdächtig erscheinen. Ich halte es auch für verdächtig, wenn man heutzutage nichts anderes zu tun hat als mit einem latent vorhandenen Bodensatz zu spekulieren und zu glauben, diesen Bodensatz langfristig in Wählerstimmen ummünzen zu können. (Abg. Dr. Cortolezis: „Ihre Parteifreunde sind das!“)

Lieber Kollege Dr. Ficzkó, ich halte etwas für noch viel verdächtiger! Für viel verdächtiger halte ich es nämlich, wenn einer glaubt, daß wir sonst keine anderen Probleme haben, als ihn pausenlos als hauptberuflichen Antifaschist zu deklarieren. Das ist ja deine primäre Tätigkeit in diesem Haus; du hast sehr gute, sehr hochstehende und von mir voll unterschriebene Passagen in den kulturpolitischen Betrachtungen gebracht, aber deine furchtbare Tätigkeit, dauernd zu glauben, als hauptberuflicher Antifaschist auftreten zu müssen, macht dich in meinen Augen wirklich verdächtig. (Beifall bei der FPÖ.) Ich muß dir noch etwas dazu sagen: Deine Straßennamenkontrollkommission – wie das Kind auch immer heißt –, ich kenne diese Tendenzen schon aus anderen Städten, zum Beispiel aus Wien, da habt ihr auch nichts anderes zu tun, als pausenlos durch die Gegend zu gehen und zu schauen, ob ihr irgendwo einen findet, der möglicherweise einmal Parteimitglied war – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Leopold Gratz!“) Leopold Gratz hat noch keine Straße – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Röschstraße!“) Kollege Prof. Dr. Eichinger hat gerade gefragt, was er jetzt tun soll, er ist in einem Gewissenskonflikt, er weiß nicht, ob er in Mürzzuschlag die Alfred-Schachner-Büste beseitigen lassen muß, weil er angeblich auch einmal Parteimitglied war, und was soll er jetzt tun, wenn die Kommission kommt! (Abg. Dr. Ficzkó: „Mit dem Unterschied, daß ich nicht so tief gegriffen habe. Es scheint, daß Sie mich bei meinem

Beitrag nicht verstanden haben!“) Lieber Kollege Dr. Ficzkó, ich bin der Meinung, wir behandeln deine Straßennamenkontrollkommission genauso wie die Autonummertafeln und sagen, es gibt wirklich wichtigere Probleme in Österreich, und deine Probleme in diesem Zusammenhang möchte ich wirklich haben, und die meisten anderen Bürger übrigens auch.

Wir treffen uns aber bei einem anderen Thema wieder, wenn wir uns schon beim ersten so entzweit haben: das ist die Frage der Landesausstellungen. Die eine Lösung, die der Herr Landwirtschaftskammerpräsident in einem Zwischenruf gebracht hat, daß man das Frauenproblem bei den Landesausstellungen dadurch löst, daß wir die Frau Gundi Kammländer im nächsten Jahr zur Weinkönigin machen, um die Problematik in Gamlitz zu lösen, war eine gute Lösung und Idee, eine der besten der letzten Jahre! (Abg. Schützenhöfer: „Der Wein würde sauer werden!“) Aber nein, Frau Gundi Kammländer ist in ihrem Innersten ein ganz süßes Mädel, sie kann es nur nicht immer so über die Rampen bringen, weil ihr sie immer stört bei diesen Dingen! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie ist nicht anwesend. Das ist unfair!“) Auch Abwesende darf man loben, nur beschimpfen soll man Abwesende nicht, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher!

Ich nehme mir das Recht heraus, mich kritisch zu den Landesausstellungen zu äußern, weil ich das von diesem Pult aus schon mehrfach in den letzten Jahren getan habe. Ich habe nämlich das furchtbare Gefühl, daß wir auf Grund einiger Erfolge, die selbstverständlich dagewesen sind, und wenn ich die Landtagsanträge der Herren Abgeordneten querfeldein durch alle Parteien gelesen habe, dann habe ich das Gefühl, daß wir uns in den letzten Jahren in eine Euphorie hineingesteigert haben, die schlußendlich irgendwann einmal in einem wirklichen Flop enden wird müssen. Es war an sich Judenburg für mich ein Warnsignal, auch wenn es der Herr Landeshauptmannstellvertreter in einer Anfragebeantwortung bestreitet und sagt, für diese Region gab es ein ganz exzellentes Besucherergebnis; das sehe ich nicht ganz so. (Abg. Harms: „Die Judenburger sind sehr zufrieden. Es war ein sehr gutes Ergebnis!“) Ich weiß nicht, mit welchen Judenburgern du redest, lieber Kollege Harms, aber ich habe einige Judenburger getroffen, die gar nicht zufrieden waren. (Abg. Harms: „Das wird es immer geben!“) Da reden immer diejenigen, die nicht oben waren! Die Lösung liegt im Endeffekt meiner Meinung nach darin, daß es zwei Betrachtungsweisen gibt. Die Landesausstellungen haben sich in den letzten Jahren vom kulturellen Ereignis zum pseudowirtschaftlichen Ereignis degeneriert. Das ist der wirkliche Kern! (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Das stimmt nicht!“) Herr Hofrat, bitte lies doch die Motive der Anträge, die es in den letzten Jahren gegeben hat! (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Kritik ist angebracht, aber die Fresken in St. Georgen ob Murau sind doch ein herrliches Ambiente!“) Wir danken den Volksschülern für das Zuhören, ich hoffe, wir haben sie nicht vertrieben! Elisabeth, servus, grüß dich, noch einen schönen Tag! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie haben sich aufgewärmt!“) Sie sind auch nicht bei Ihnen gekommen, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher! Außerdem haben wir es beide pardonierte, denn länger als zehn Minuten halten sie das Klima im Landtag nicht aus, haben wir gesagt.

Man muß sich erst langsam daran gewöhnen, so ist es auch uns gegangen!

Beinahe keiner dieser Antragsteller hat in Wahrheit den kulturellen Aspekt in den Vordergrund gestellt, und alle – das kann man querfeldein durchlesen –, alle Antragsteller haben den wirtschaftlichen Aspekt in den Vordergrund gestellt, weil es ihnen darum ging, Impulse zu geben, indem man Leute in die Region hinbekommt, und zwar egal, mit welchen Mitteln. Das verzerrt natürlich die Frage der Beurteilung, ob das gut oder schlecht besucht war, weil bei dieser Betrachtungsweise natürlich wirtschaftliche Aspekte hineinspielen. Sind wir doch ehrlich: sowohl in Bärnbach als auch in Judenburg ist es nicht in dem Maß gelungen, die Landesausstellung wirtschaftlich umzusetzen, wie es ursprünglich in der ersten Euphorie angenommen wurde. Das ist die Realität! Es ist egal, ob man das nachträglich als gut oder schlecht bezeichnet, was ich möchte, ist – das haben auch der Landesfinanzreferent und auch sehr viele in der öffentlichen Diskussion in den letzten Jahren immer wieder getan: Bitte lösen wir uns von der Überzeugung, daß das immer so weitergehen muß und kann. Vielleicht wäre der Ausweg, den uns die Frau Kollegin Kammlander unterbreitet hat, indem sie sagte, und zwar hat sie uns sehr bemerkenswert, wenn man ihre politische Grundhaltung kennt, interpretiert und de facto eine Privatisierung des Landesausstellungsmanagements vorgeschlagen. Das ist kein neuer Gedanke, er ist auch schon vom Landesfinanzreferenten vorgetragen worden. Das unterschreibe ich sofort, dann würde ich aber auch vorschlagen, daß man die Frage, ob, wann und wo eine derartige Landesausstellung durchgeführt wird, nicht der politischen Entscheidung unterzieht, sondern auch diesen privatwirtschaftlich gemanagten Verein entscheiden läßt. Das würde eine nüchterne und von der politischen Diskussion abgelöste Betrachtung der Abläufe und Zeiten bringen, dann müßten wir nicht diskutieren, müssen wir das jedes Jahr machen oder sollen wir das alle zwei Jahre abhalten, sondern man macht es, wenn dieser privatwirtschaftlich organisierte Bereich der Meinung ist, daß es einen Markt, ein Thema dafür gibt und daß es umsetzbar ist. Wir sollten von der politischen Diskussion wegkommen.

Meine verehrten Damen und Herren, das wäre eine Lösung, die wir anstreben sollten, und damit wären jene vielen Probleme weg, die wir bei der Diskussion um den Rechnungsabschluß gehabt haben. Ich habe mich in der Zwischenzeit vom Herrn Landeshauptmann informieren lassen, daß die von mir bemängelten 4,2 Millionen Schilling in diesem Zusammenhang Baukosten und keine nachträglichen Mieten sind, und zwar Baukosten, die über Mieten verrechnet wurden; es ist schwierig, eine solche Geschichte zu managen, wenn man das über das Budget machen muß. Da hat Frau Gundi Kammlander schon recht, daß man diese Probleme möglicherweise nicht haben wird, wenn man das hinausgibt und privatwirtschaftlich organisieren läßt.

Meine verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, aus Aktualitätsgründen zum Schluß noch ein paar Sätze zum ORF zu sagen: Der Landtag wird, ich nehme an, nicht einstimmig, am Ende dieser Budgetdebatte beschließen, daß dieser Zuschlag zur ORF-Gebühr verlängert wird. Nur eine Anmerkung dazu: da haben

alle diejenigen recht behalten, die von vornherein sagten, eine Befristung bei etwas, was die öffentliche Hand einmal einnimmt, kann nur ein Witz sein – diese Befristung wird in Wahrheit nie stattfinden, weil man immer wieder eine Lösung findet, warum man diese Befristung verlängert. Soweit dazu; zu den Inhalten werde ich mich äußern, wenn die Zeit dazu gekommen ist.

Weil schon damit das Stichwort ORF am Tisch ist, darf ich vielleicht doch einen Satz zum Volksbegehren sagen, dessen Zustrom endenwollend war, wie wir alle wissen. Ich kann deshalb etwas sagen, weil ich an sich zu diesen Dingen inhaltlich eher unverdächtig stehe und weil es zwar mit einem falschen Zitat, aber mit dem richtigen Grundtenor in der Zwischenzeit öffentlich bekannt ist, daß ich von diesen Dingen nicht so wahnsinnig viel gehalten habe. Aber man sollte das – (Abg. Purr: „Du hast dich nicht distanziert!“) Nein, ich distanziere mich deshalb nicht davon, weil ich es auch für falsch halte, aus diesem Volksbegehrensergebnis jetzt in dieser wirklich primitiven Manier, wie es der Herr Generalintendant gemacht hat, zu glauben, daß das ein volles Bekenntnis zum ORF in seiner jetzigen Form ist. Das war es wirklich nicht. (Abg. Dr. Hirschmann: „Jawohl!“) Warum ein solches Thema in dieser Form der Initiative sinnvollerweise nicht unterzogen werden soll, ist ganz einfach deshalb, weil der Konsument, der aufdreht und empfängt – was weiß ich wie viele Radioprogramme, und wenn er verkabelt ist, in Graz 14 Fernsehprogramme –, das subjektive Gefühl eines Empfangsmonopols, das er ja nicht hat, nicht haben kann und daher nicht versteht, warum er ein Volksbegehren unterschreiben soll. Da ist die Frage des Sendemonopols auch unter der Tatsache, daß es das Empfangsmonopol in der Praxis ja nicht gibt, auch von den Sendern her nicht, weil dem Konsumenten ist es egal, ob der Sender jenseits oder diesseits der Grenze steht, wenn er sich nur mit den Dingen beschäftigt, die ihn interessieren. Ich glaube, daß es aber auch an der Zeit ist, unabhängig davon, ob wir jetzt das Volksbegehren so oder so gehabt haben, daß wir uns auch in der Praxis der Realität angleichen. Das heißt, auch dieses Sendemonopol ist auf Grund des Faktums, daß wir alle möglichen Programme schon haben, längst überholt, und daß man daher das Nachdenken nach diesem Volksbegehrensflopp über diese Entwicklung nicht aufgeben darf. Dasselbe trifft ja auch auf den Fernsehbereich zu. Was wir bis jetzt an Vorschlägen davon haben, ich sage nur „Radio print“ und was auch immer, ist im höchsten Maß unausgereift, aber worum es mir geht, ist – noch einmal, um zu wiederholen –, auch nach diesem Flopp darf um Himmels willen die Diskussion um den ORF nicht zu Ende sein. Da gebe ich dem Jörg Haider vollkommen recht, wenn er gestern abend gesagt hat, sehen wir die ganze Geschichte als Denkanstoß, über diese Dinge weiterzureden und zu sagen, um Himmels willen, tun wir doch auch einmal das rechtlich realisieren, was wir in der Praxis schon längst haben. In der Praxis gibt es das Monopol längst nicht mehr, und das sollte man auch rechtlich realisieren. (Beifall bei der FPÖ. – 9.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (9,52 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klauser hat für mich sehr erfreulich der Kultur in seiner Budgetrede ganz breiten Raum gegeben. Es ist für mich erfreulich, daß die Sanierung des Opernhauses und der Neubau der Werkstätten aus zweckgebundenen Mitteln beim Zuschlag vom Rundfunk- und Fernsehschilling fertiggestellt und auch ausfinanziert werden konnten. Der Landesfinanzreferent hat auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl sehr herzlich in diesem Zusammenhang gedankt. Es ist auch für mich weiters erfreulich, daß der Herr Landesfinanzreferent und der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz 12 Millionen Schilling für den Einbau einer Bühne und auch für Investitionen bei den Vereinigten Bühnen weiter auch vom Bund erreicht hat. Vor kurzem aber, sehr geehrte Damen und Herren, hat die Leitung des Opernhauses in einer Pressekonferenz den Programmvorschlag für 1990/91 gegeben. Ich muß sagen, als Kulturreferent der Stadt Leoben hat es mich gefreut, daß ein sehr ansprechendes Programm vorgestellt wurde. Mich hat es aber nicht gefreut, weil man nichts gehört hat, daß auch Produktionen des Opernhauses wieder für steirische Städte und Märkte, die die Möglichkeit haben, Produktionen zu zeigen, vorgesehen sind. Gerade unsere Bevölkerung in Leoben, wir haben das älteste Theater Österreichs, vermißt es sehr, daß seit einigen Jahren Produktionen im Opernhaus nicht mehr so gestaltet werden, daß sie auch in steirischen Orten und Märkten aufgeführt werden können, das war lange Zeit möglich, und wir müssen hier als Abgeordnete im Steiermärkischen Landtag bedenken, daß nur wenige Mitbürger die Möglichkeit haben, auf Grund ihrer beruflichen Verpflichtungen das Opernhaus in Graz zu besuchen. Hier waren die sogenannten „Abstecher“ immer eine willkommene Veranstaltung, daß Mitbürger in den steirischen Städten, Orten und Märkten die Möglichkeit hatten, ausgezeichnete Produktionen zu sehen. Ich bitte also die Verantwortlichen in diesem Bereich, daß man zukünftig trachtet, daß das wieder stattfindet, daß die Produktionen so gestaltet werden, daß sie eben außer Graz aufgeführt werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Verantwortlichen des Schauspielhauses kommen dieser Verpflichtung immer wieder sehr gerne nach, und Sie wissen, daß diese Produktionen überall gut angenommen werden. Die Steirische Akademie, die Styriarte und die Akademie Graz sind Veranstaltungen, die von seiten der Kulturverantwortlichen unseres Landes ganz besonders gefördert werden. Wir sehen diese Budgetzahlen heuer wieder im Landesbudget. Mich freut es auch, daß die Landesausstellungen immer wieder eine Förderung haben, und ich bin da nicht der Ansicht des Kollegen Mag. Rader bezüglich Judenburg. Man kann Kulturveranstaltungen und Landesausstellungen nicht nach Besucherzahlen messen. Ich kann nicht sagen, es ist eine gute Veranstaltung, weil da waren 200.000, und es ist eine schlechte Veranstaltung, da waren 57.000. Es gibt bei mir bei kulturellen Veranstaltungen kein „nur“, und wenn zehn zu einer kulturellen Veranstaltung kommen, so ist das eine wichtige Sache, und wir, die wir Abgeordnete sind in den steirischen Städten und Märkten, wissen, wie schwer gerade die

Kulturarbeit in diesem Bereich ist. Ich glaube, Judenburg, lieber Kollege Sponer, war ein Erfolg. (Abg. Harmtodt: „Ist auch gut!“ – Allgemeiner Beifall.) Viele sind nach Judenburg gekommen, haben Judenburg kennengelernt, und ich gratuliere den Judenburgern zu dieser Landesausstellung sehr herzlich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fordere aber im gleichen Zusammenhang gleichzeitig, daß man auch den kulturellen Bestrebungen und Aktivitäten in allen Orten und Städten unserer Steiermark mehr Augenmerk zuwendet. Ich weiß, Herr Landeshauptmann Prof. Jungwirth, daß im Budget die Zahlen ja fixiert sind, daß neue Finanzierungen nur schwer möglich sind. Ich weiß aber auch aus meiner Erfahrung in der Gemeindestube, daß Umschichtungen ohne weiteres möglich sind. Von mir genannte Veranstaltungen, Steirische Akademie, Styriarte und Akademie Graz, würden vielleicht eine kleine Abspeckung zugunsten der kulturellen Aktivitäten in den Städten, Orten und Märkten unserer steirischen Heimat vertragen. Ich möchte aber dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth danken, daß er auch für Anregungen immer zugänglich ist. Wir Abgeordnete, die wir hier sitzen, sind ja tagein, tagaus bei vielen kulturellen Veranstaltungen. Dort werden wir angesprochen und werden gefragt, bitte könnt ihr uns helfen. Das sind nicht ganz große, weltbewegende Veranstaltungen, aber hier wirken Leute, Kulturschaffende in ihrer Freizeit ehrenamtlich ganz großartig. Sie sagen, bitte helft uns beim Land, daß wir einige tausend Schilling bekommen, um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Hier möchte ich danken in Vordernberg, ich bin an Sie herantreten, und Sie haben sofort geholfen. Bitte machen Sie das auch weiter. Mich freut es, daß Sie mir auch geschrieben haben. Dieser Antrag wurde also durchgeführt. Wir Abgeordneten draußen haben die Verpflichtung, diese Anregungen unserer Mitbürger weiterzutragen, und ich möchte sagen, das soll auch in Zukunft so sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein paar Worte noch zu Veranstaltungen, die außerhalb von Graz stattgefunden haben. Ich begrüße die Neuberger Kulturtag, die du, Kollege DDr. Steiner, in einem breiten Katalog der Veranstaltungen aufgezeigt hast. Ich begrüße auch unsere Veranstaltung „Jugend musiziert“ und, Herr Landeshauptmann, hier werden auch entsprechende Beiträge gestellt. Eine kleine Anmerkung nur: Die Subvention von 15.000 Schilling für den Musikverein Leoben scheint mir doch im Verhältnis zum Grazer Musikverein, obwohl man es nicht vergleichen kann, etwas zu gering, und ich habe es gesehen, Sie haben es schon notiert, im nächsten Jahr wird hier mehr heraus schauen. Ich danke Ihnen sehr herzlich. Da sieht man, daß unsere Reden im Landtag sofort auch eine Wirkung haben. Es ist nicht so, daß wir in die Luft reden, sondern der Herr Landeshauptmann hat sofort eine Notiz gemacht. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke ihm im Namen des Musikvereins Leoben sehr herzlich. Ich glaube, es ist manchmal wichtig, daß wir hier auch von den kulturellen Aktivitäten in den Orten, Städten und Märkten reden. Wenn ich Ihnen sage, weil ich in Leoben gerade tätig bin, wir im Rahmen der kulturellen Angebote ein Konzertangebot des Stadttheaters Leoben haben, Vortrags- und Führungsreihen, Abendführungen im Museum, die Vortragsreihe

„Eisenstraße“, die Aufführungen der Musikschule, Führungen im Museum, und dann auch Vortragsreihen haben, so habe ich durch diese Darstellung gezeigt, was in vielen Orten unserer Heimat, angefangen von Schladming bis Feldbach, stattfindet. Ich glaube, gerade hier in der steiermärkischen Landstube muß man auch auf diese kulturellen Aktivitäten in allen Orten und Städten und Märkten unserer steirischen Heimat hinweisen. Dort geschieht sehr viel, das nicht in der Öffentlichkeit bekannt ist und wo Kulturschaffende in einem großen Einsatz sehr viel leisten. Hier möchte ich auch dem ORF dahin gehend danken, wenn wir alle, die wir schon um 6 Uhr in der Früh Radio hören, wissen, daß Kulturveranstaltungen der gesamten Steiermark im ORF angezeigt werden, wodurch die Bevölkerung informiert wird. Ich bitte den ORF, in dieser Hinsicht als Informationsquelle weiter fortzufahren, weil damit den kleinen Vereinen sehr entgegengekommen wird.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine wichtige Angelegenheit für uns in der Bergstadt Leoben: Unser Stadttheater feiert im nächsten Jahr das 200jährige Bestandsjubiläum. Es ist heute keine Selbstverständlichkeit, wenn ein Theater 200 Jahre besteht, und es ist das Leobner Stadttheater als ständig bespieltes Theater baulich das älteste unserer österreichischen Heimat. Was mich besonders freut ist, die Kapazität der Besucher beträgt 95,85 Prozent. Man sieht daran, daß Kulturangebote in unseren Städten und Märkten angenommen werden. 95,85 Prozent ist eine ausgezeichnete Ziffer! Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, daß die Steiermärkische Landesregierung nächstes Jahr ihrer Verpflichtung bei der Förderung nachkommt, wenn die Adaptierung 3 Millionen Schilling kostet, die Spielplangestaltung über 2 Millionen Schilling kostet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe vor kurzem zusammengézählt: Seit dem Jahre 1964 haben 368.062 Besucher unser Theater besucht. Man sieht daran, daß diese kulturelle Stätte von der Bevölkerung angenommen wird.

Und zum Schluß: Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth und ich waren vor kurzem bei einer Schuleröffnung in Gai, und ich habe mitgeschrieben, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter zum Schluß gesagt hat. Er hat gesagt: „Kultur braucht Raum, Raum schafft Kultur“. Ich möchte hinzufügen: „Kultur braucht nicht nur Raum, Kultur braucht auch Geld“. Ich ersuche daher die Steiermärkische Landesregierung, in Zukunft besonders die kulturellen Bestrebungen in allen Städten, Märkten und Orten unserer steirischen Heimat noch sichtbarer zu fördern und sich noch mehr dieser Anliegen anzunehmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 10.03 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Durch die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Ussar muß ich etwas sagen, was mir vorher schon aufgefallen ist: Ich freue mich, daß im Landtag Perestrojka ausgebrochen ist, es gibt nicht mehr solche Meinungsmonopole, sondern es zeigt sich sehr wohl, daß auf allen Seiten unterschiedliche Meinungen sind, und das ist auch ein Zeichen der Demokratie. Ich freue mich darüber!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold.

Abg. Neuhold (10.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Nach der Wortmeldung meines Vorredners Ussar tu ich mich eigentlich leicht, weil ich mich mit meinen Gedanken im Zusammenhang mit seinen in bester Gedankenkoalition befinde. Ich meine, auch das bejahen zu müssen, was gerade Frau Präsident zu diesem Thema angemerkt hat. Denn schließlich und endlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Heimat Kultur, und Kultur ist Heimat. So könnte man das vielseitige Kulturgeschehen im ländlichen Raum umschreiben, mit dem ich mich ein wenig beschäftigen möchte. Tausende Menschen, junge und alte, aus allen Berufsschichten, sind in dieses vielfältige Kulturpanorama eingebunden, gestalten mit, erfreuen das Publikum und sich selbst. Viele Menschen sehen neben ihren beruflichen Verpflichtungen ihre nebenberuflichen Tätigkeiten in den verschiedensten Vereinen, musischen Vereinen und Verbänden als Sinnergänzung ihres Lebens an. Es ist daher sicher nicht zu viel verlangt, wenn man alljährlich bei der Budgetdebatte hier im Hause auch diese Kulturaktivitäten im ländlichen Raum hervorhebt und in Wort und Tat anerkennt. Vieles davon findet in der Budgetgruppe 3 „Kunst, Kultur und Kultus“ förderungswürdige Anerkennung. Zum Beispiel die massive Förderungserhöhung für unsere Volksmusikschulen, die schon fast flächendeckend in der ganzen Steiermark zu finden sind, wovon sehr viel musischer Geist ausgeht und in vielen kleinen Gruppen die Musikschüler im Rahmen des Spiels in kleinen Gruppen viele Veranstaltungen darbieten.

Zweitens ist zu erwähnen die Anhebung der Förderung für die Blasmusik, und zwar für rund 380 Blasmusikkapellen in der Steiermark mit 13.000 bis 14.000 aktiven Mitgliedern, und ich verstehe die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Herrmann nicht ganz, weil die Präsidiabteilung von sich aus beim Entwurf des Landesvoranschlages über 2 Millionen Schilling an Förderung veranlagt hat, der Herr Landesfinanzreferent dann von sich aus auf 1,3 Millionen Schilling verringert hat und schließlich der Herr Landeshauptmann diese Förderung wieder auf 2 Millionen Schilling erhöhte. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann und dem Landeskulturreferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, sehr herzlich für diese Anerkennung der steirischen Blasmusik.

Gleichzeitig ist erstmals die Förderung von 300.000 Schilling offiziell im Landesvoranschlag für den Steirischen Sängerbund enthalten (Beifall bei der ÖVP), wo über 8000 Sangeschwestern und Sangesbrüder, um das in der Fachsprache auszudrücken, am Werke sind, die unentgeltlich bei vielen Veranstaltungen auftreten und denen hier eine wohlverdiente, bescheidene Anerkennung zuteil wurde. Vielleicht kann man auch über die Grenzen blicken: Gerade der Kulturaustausch über viele Musikkapellen, über die Gesangsvereine, über Orchester und so weiter in unser Nachbarland Ungarn hat zum Teil auch jene Entwicklung mit eingeleitet, die wir heute so sehr begrüßen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das soll man in besonderer Weise bei dieser Gelegenheit auch anerkennen.

Ich danke aber auch vielen ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Heimatmuseen, zum Beispiel im Holzmuseum in Murau, im

Apfelmuseum in Buch, im Weinmuseum in Kitzreck, ich denke an das Freilichtmuseum in Stübing, wo viele Tausende Gäste das bewundern, was unser Land an Geschichte, an Volkskultur zu bieten hat, und ich denke auch an manche private Museen, die es in unserem Lande gibt. Ich denke an die Denkmalpflege in unseren Märkten und Dörfern, die ausschließlich von ehrenamtlichen, kulturtätigen Menschen betreut werden, und ich denke an die Ortsbildpflege und -erhaltung, und ich denke an die Aktion „Ortsidee und Ortserneuerung“. Auch diese Aktivitäten bieten neue Anreize für eine Neubesinnung auf das Dorf und das dortige Zusammenleben der Menschen.

Die Landesausstellung 1990 in Gamlitz ist einer anderen und sehr alten Kultur gewidmet, nämlich der Weinkultur. Ich bin überzeugt, es wird wieder eine Ausstellung besonderer Art werden, wie ich persönlich überhaupt zu jeder Landesausstellung stehe, weil sie erstens dem Wunsch der Basis entspricht und weil sie neben der kulturellen Beziehung auch wirtschaftliche Impulse in eine Region bringt und bringen kann. Es wird daher das steirische Grenzland im Rahmen dieser Ausstellung einmal mehr im positiven Sinne in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden, und viele Gäste aus dem In- und Ausland werden feststellen, daß sie sich nicht in einem „Armenhaus“ befinden, und sie werden staunen über die naturerhaltene Schönheit des Weinlandes, gepflegt von fleißigen Bergweinbauern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht auch um die Kultivierung unseres Landes selbst. Ich möchte es bei dieser Gelegenheit erwähnen, ich meine damit die Arbeit unserer Bauern. Der Fremdenverkehr brachte im Jahre 1988 eine Wertschöpfung von 120 Milliarden Schilling nach Österreich. Ohne die von vielen fleißigen Händen der Bäuerinnen und Bauern gepflegte Kulturlandschaft würde ein wesentlicher Beitrag für den Fremdenverkehr fehlen. Die Bauernschaft ist bereit, auch im sogenannten Kreislaufdenken auf eine neue steirische Fruchtfolge zurückzugreifen, um auch die gesunde Umwelt zu berücksichtigen; es wird sehr ernst genommen, und ich meine, auch hier bietet sich ein neues optisches Bild im ländlichen Raum für den fremden Gast. Ergänzt wird so manches noch durch die Brauchtumpflege in der ländlichen Bevölkerung und im besonderen unserer Landjugend, wie von vielen Laienspielgruppen. Alles in allem, meine sehr verehrten Damen und Herren, der ländliche Raum lebt und wird belebt von vielen stillen Akteuren, welche Kulturarbeit nach ihrer inneren moralischen Einstellung machen und das zum Ausdruck bringen wollen, was ich eingangs gesagt habe: daß Kultur in verschiedenartigster Weise ein Teil unserer Heimat ist. Allen Mitwirkenden hiefür sehr herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP. – 10.11 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (10.11 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach so viel Konsens, nachdem unser Herr Abgeordneter DDr. Steiner das so gut eingeleitet hat heute – ausnahmsweise zu kurz warst du –, es hätte mehr an Länge vertragen, die Dichte war gegeben, bis hin zum lieben Kollegen Ussar kann man sagen, es stimmt, was

die Frau Präsident angedeutet hat, es stimmt eigentlich überhaupt nichts mehr. Denn nach diesen Ankündigungen des Kollegen Dr. Ficzkó, den ich hier nicht mehr sehe, macht auch nichts, und seiner kulturpolitischen Mitstreiter der letzten Tage, daß es sich um eine große Kampfansage handle an die Kulturpolitik des Landes, und was ich heute hier jedenfalls vom ihm gehört habe, muß ich sagen, das war eine Kampfansage mit Ärmelschonern und weißer Fahne. Herr Landeshauptmann Prof. Jungwirth, nichts bestätigt deine Kulturpolitik mehr als das, was heute Dr. Ficzkó hier gesagt hat oder auch was er nicht gesagt hat. Also, was besseres als Bestätigung kann man nicht mehr erfahren. Ich halte das nur fest im Sinne dessen, was Dr. Ficzkó gesagt hat. Ich bekenne mich auch dazu. **Erstens** Konsens ist wichtig, aber in der Kulturpolitik verträgt man auch Dissens, aber wie gesagt, heute habe ich Dissens nur zwischen seinem heutigen Auftritt und dem, was er vor einigen Tagen in den Medien gesagt hat, feststellen können. Mir ist es recht und gut, wie ich überhaupt glaube, daß es ein Zeichen steirischer Kulturpolitik, lieber Franz Zellnig, du wirst mir recht geben, ist, daß wir erstens sehr offen sind, liberal sind, und das Beste ist, wenn man sich bei der Kulturpolitik nicht zu viel hineinmischt. Daß man Geld zur Verfügung stellen soll, Ussar, das ist richtig, brauchen wir immer wieder, je mehr desto besser, je besser verteilt umso besser. Ich glaube, daß Landeshauptmann Prof. Jungwirth hier das Beste tut im Rahmen des Möglichen. Man soll sich auch nicht irritieren lassen von dem, was in diesem grünen Buch, das wir alle vor uns liegen haben – lieber Kollege Zellnig, du hast es zu deiner Linken liegen –, zusammensummiert ist, ist nicht deckungsgleich mit dem, was wirklich für die einzelnen Posten ausgegeben wird, weil das zu einigen Irritationen führen könnte. Ich möchte nur in aller Kürze zu zwei, drei Aussagen des Kollegen Dr. Ficzkó eine Anmerkung machen. Er hat gemeint, daß die Verschickung des Zeughauses in die USA eine fragwürdige Sache sei. Das halte jeder wie er will. Jedes Projekt kann man in Frage stellen. Ich darf nur anmerken, daß Bürgermeister Stingl, einer der vehementesten Vertreter – Günter Dörflinger, du weißt, du hast ihm den Brief aufgesetzt – dieses Projektes ist und war. Dagegen ist nichts zu sagen, daß Stingl da sehr dafür ist. Ich sehe das ja nur als eine Facette möglicher steirischer Kulturpolitik insgesamt. **Zweiter Punkt.** Er hat gesagt, er vermißt ein Museumskonzept für dieses Land. Wir sind uns mit Landesrat Dr. Klausner einig in dieser Sache, wie die weitere Vorgangsweise gepflogen werden soll im Zusammenhang mit der Ausgliederung oder der Neustrukturierung des Joanneumkomplexes, lieber Fredi, und dann auf der anderen Seite mit dem Neubau des Trigon-Museums. Es ist richtig, man muß viel nachdenken, man muß viel reden, dann wird man handeln, Ussar, es kostet viel Geld, wie du weißt, beides zusammen, und wir sind da übereingekommen, daß wir uns noch einige Studien vorlegen lassen. Das konnte aber der Kollege Dr. Ficzkó nicht wissen, weil natürlich die innerparteiliche Kommunikation überall trotz größter Bemühungen auch ihre Mängel hat. Zu den Landesausstellungen freut es mich, daß es hier im Grunde doch sehr positive Meinungen querfeldein gibt, und wenn wir nur das zu kritisieren haben, was heute kritisiert wurde, ist das schon ein großer Erfolg. Jetzt auch ganz offen gesagt:

Mein persönlicher Begriff von Kultur ist so weit gefaßt, daß ich das nicht auf Landesausstellungen da oder dort einengen möchte, daß diese Landesausstellungen natürlich auch einen ökonomischen Nutzen haben für die jeweilige Region, wo das stattfindet, das liegt ja auf der Hand, egal, ob dort ein paar Räume ausgemalt werden oder irgendein Pflaster vor dem Haus repariert wird, oder was immer auch in dem Zusammenhang geschieht, es ist ein Nutzen für die Region. Da kann man durchaus in aller Offenheit sagen, jawohl, zumindest ein sehr schöner Nebeneffekt in dieser Sache. Daß das mit diesen Besucherzahlen ein Auf und Ab ist, wissen wir, das ist wie beim Fußball. Entschuldigung, ich möchte nicht den Fußball miteinbeziehen. Es gibt halt Zeiten, wo man sich wundert, daß viele Leute auf den Fußballplatz kommen, gelt lieber Dieter, wir treffen uns manchmal, du auf der Ehrentribüne, ich unter dem Volk auf dem Stehplatz. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das stimmt nicht. Ich stehe mit meinen Kindern hinter dem Tor, um besser zu sehen!“) So ist es halt auch in der Kultur und sonst überall. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Auch bei Sturm!“) Du, wir sind treue Anhänger auch in Zeiten des Niedergangs, lieber Günter Dörflinger. Der Dörflinger ist der, der immer auf der Ehrentribüne ist, da habe ich dich verwechselt, lieber Herr Landesrat, da habe ich dir Unrecht getan. Zurück zur Landesausstellung. Ich freue mich, lieber Fredl, daß dort oben sehr viele Besucher waren, daß es weniger waren als vorher tut uns leid. Nur ändert das ja nichts an der guten Absicht solcher Sachen. Das wird man auch hinnehmen müssen, und es wird wieder Zeiten geben, wo wieder mehr kommen und dann wieder weniger. Das macht ja nichts, die Absicht ist eine gute, und die Anstrengungen sind allseits gegeben, und die Leute vor Ort empfinden das auch so. Ich weiß nicht, wo der Rader seine Empfindungen in dem Zusammenhang her hat. Der verwechselt immer, wenn er wohin kommt, dann sagen die Leute, das und das paßt uns nicht, dann überträgt er das immer auf uns alle gemeinsam. Nur eine Sache dazu, weil wegen der Organisation auch Mängel festgestellt werden. Das hat ganz nüchtern den Hintergrund, daß manche Sachen, nachdem der Landesrat Dr. Klauser ja überall dabei ist als Landesfinanzreferent, man muß ja auch sagen, er kennt sich in vielen Bereichen ganz gut aus, aber es gibt nicht nur Frächterblockaden, sondern es gibt auch organisatorische Blockaden, und dann liegen in seiner Abteilung gewisse Stücke monatelang, und dann rücken aber aus einem anderen Bereich seiner Abteilung Leute aus, in die Medien oder was weiß ich wohin, und sagen, die und die bekommen ihr Geld nicht, und das und das bleibt da oder dort hängen, und übersehen, daß das ihre Nachbarn im eigenen Büro verschulden. Auch diese Mängel werden sich beheben lassen, zumal ich ja bei seiner Budgetrede, der ich sehr aufmerksam zugehört habe, einiges in der Richtung Reform in der Bürokratie gehört habe, und da wäre ein guter Ansatzpunkt in seiner Abteilung. Ich möchte abschließend, lieber Herr Landeshauptmann, dir und deinen Mitarbeitern danken. Ich bin sonst nicht befugt, hier Namen zu nennen, aber dem Dieter Czwieck auch einen persönlichen Dank aussprechen, der sich sehr an deiner Seite in diesen Sachen bewährt hat und auch hineinhängt. Aber, lieber Herr Landeshauptmann, kein größeres Kompliment kann man dir machen – Gundi, hör mal zu, das ist auch wichtig für die

Grünen –, daß die SPÖ des Landes Oberösterreich in ihrem letzten Landtagswahlkampf gesagt hat, eigentlich wäre das Ziel für die Kulturpolitik des Landes Oberösterreich das, was die steirische Volkspartei als Kulturpolitik macht. Was Schöneres kann man sich aus berufenem Munde ja fast nicht erwarten. In diesem Sinne ist uns um die Kulturpolitik des Landes Steiermark nicht bange, ganz im Gegenteil, auch hier aufwärts und vorwärts, meine lieben Freunde von der linken Reichshälfte. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.20 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (10.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bitte alle um Entschuldigung, die nicht erwartet haben, daß ich mich hier melde. Es ist auch ein Hauch von Nostalgie, der über dieser Wortmeldung schwebt. Ich kann mich nämlich erinnern, im Jahre 1977 haben wir die hitzigen ORF-Debatten mit dem damaligen Abgeordneten Gross hier abgeführt. Seit der Zeit ist es sehr viel ruhiger um den ORF geworden, was dem ORF nicht geschadet hat. Das ist eigentlich erst wieder ins Gerede gekommen durch das verunglückte Volksbegehren der FPÖ, und das war eigentlich das Stichwort, weil es mir Gelegenheit gibt, eine seltene Gelegenheit gibt, einer Meinung zu sein mit dem Herrn Klubobmann Mag. Rader. Nämlich daß der Flop des Jörg Haider nicht der Sieg des Thaddäus Podgorski ist, sondern in Wahrheit der wichtigen Liberalisierungsdebatte im ORF einen Bärendienst erwiesen hat, denn sie wird jetzt schwieriger. Ich möchte dazu nur zwei Bemerkungen machen: Niemand will aus Jux etwas Gutes zerstören. Das gilt fürs Radio, das gilt fürs Fernsehen. Aber in ganz Europa, inklusive Osteuropa, gibt es nicht noch einmal ein solches Monopol wie das ORF-Monopol. Die Konkurrenz ist etwas, was demokratisch ist, was den Arbeitnehmern nützt – warum? Weil sie eine Alternative haben, weil es nicht nur eine Anstalt, sondern mehrere gibt und weil es drittens die billigste Kontrolle ist. Die billigste Qualitätskontrolle ist die Konkurrenz. Aus diesen drei Gründen haben wir uns für eine Radiokonkurrenz ausgesprochen, ich halte das Radio-Print-Projekt für einen ersten Anfang, aber nur nicht für einen sehr gegückten ersten Anfang. Warum? Das hat drei große Schwächen:

Erstens einmal ist es ein Rückfall in gewisse sozialpartnerschaftliche Strukturen, zwei, die es bis jetzt eigentlich immer selbst gemacht haben, machen es sich wieder aus, das ist nicht die Liberalisierung. Zweitens ist es verfassungsrechtlich bedenklich, de facto nur Zeitungen zum Radiomachen zuzulassen, sondern es müßte geöffnet werden, und drittens ist es ein Problem, daß das Kuratorium des ORF nach dem Vorschlag die Konkurrenten aussucht. Ich fühle mich überfordert, im Kuratorium zu sagen, wer Konkurrent des ORF werden darf. Das halte ich wirklich nicht für richtig, ganz abgesehen davon, daß der Föderalismus nicht berücksichtigt ist, weil die Länder nur gehört werden dürfen. Wir sind daher dafür, daß es eine Öffnung beim Radio, beim Hörfunk gibt. Der ORF braucht sich überhaupt nicht zu fürchten. Warum? Erstens hat er eine enorme Qualität im Ö1; es gibt kein

Land, das ich kenne, das ein ähnlich qualitätsvolles Radioprogramm hat, wie unser Ö1. Zweitens: im Ö-Regional eine hervorragende Mannschaft vor allem im Bundesland Steiermark mit dem Intendanten Lorenz, mit Dr. Ziesel und seinen Leuten – wirklich eine Information, die sich sehen lassen kann. Was schwach ist, ist Ö3. Ö3 ist wirklich eine relativ schwache Sache geworden, und da schadet die Konkurrenz gar nicht.

Darf ich ein letztes Wort zum Fernsehen sagen, damit Sie auch hier unsere Meinung kennen, weil ich immerhin das Land Steiermark im Kuratorium vertrete: Ich glaube nicht, daß beim Fernsehen eine ähnliche Liberalisierung sinnvoll ist. Schauen Sie sich bitte in Luxemburg, in Deutschland, in Belgien die internationalen Programme an, das ist alles eine dünne Suppe an Qualität. Serien über Serien, ausgewalzt und keinerlei Identität der Kultur des Landes. Sie finden dort nirgends etwas typisch Flämisches, Vallonisches, Deutsches und so weiter, sondern das ist internationale Unterhaltung mit internationalen Serien. Wir sollten in Österreich, glaube ich, die kulturelle Identität dieses Landes auch exportieren können. Daher glaube ich, daß hier eine Verländerung des ORF in seinem Fernsehprogramm, wo neun Bundesländer autonom auf einem Kanal Länderprogramme senden, die die kulturelle Vielfalt Österreichs widerspiegeln und die damit untereinander auch in einer gewissen Konkurrenz sind, zunächst einmal vollkommen ausreichend wäre und uns ersparen würde, daß wir weitere Multis hereinholen, die alles aufkaufen und wir dann ein Nullachtfünfzehnprogramm senden. Das wäre ein Konzeption, vor der sich der ORF nicht zu fürchten hat, aber die auch europareif wäre, denn ein reines Monopol ist nicht europareif. Ein Sendemonopol entspricht dem Postregal der Grafen Thurn und Taxis und ist im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr der letzte Schrei. Daher unsere Politik: Öffnen beim Hörfunk, und beim Fernsehen Verändern, echte Autonomie an die einzelnen Landesanstalten, weil die hervorragend geeignet sind, so etwas zu tun. Ich danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. – 10.26 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (10.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es war heute bei der Budgetpost „Kultur“ nicht zu erwarten, daß es zu einer solch breiten Meinungsvielfalt kommt und daß es eine so wirklich interessante Diskussion darüber gibt. Man könnte sagen, es wurde heute hier von dieser Stelle aus im Landhaus steirische Kulturpolitik nicht kritisiert, sondern demonstriert. Wenn man aufgepaßt hat, was die Budgetpost „Kultur“ betrifft, dann hat es eigentlich nur die einzige Kritik daran gegeben, daß man gemeint hat, man würde für das Landeszeughaus beziehungsweise für die Ausstellung der Exponate aus dem Landeszeughaus in Amerika zuviel Geld aufwenden, und hat dann fast entschuldigend vernehmen können, es sei möglicherweise auch eine indirekte Subvention des Fremdenverkehrs.

Ich darf hier eines sagen, meine Damen und Herren: Das Landeszeughaus ist das größte seiner Art in ganz

Europa, ist europäische Zeitgeschichte, ist europäische Vergangenheit und ist genau das, was die Amerikaner brennend interessiert; wir wecken bei ihnen damit ein Interesse, was wir eigentlich gar nicht hoch genug einschätzen können. Meine Damen und Herren, auch wenn hier von kulturpolitischen Zielen gesprochen wurde von meinen Vorrednern – es kann nicht kulturpolitisches Ziel sein, Zeitgeschichte zu verdrehen, sondern es muß unser Anliegen sein, sich mit Zeitgeschichte auseinanderzusetzen, soziale Probleme aufzuarbeiten und Vergangenheit aufzuarbeiten, aber auch in der Vielfalt, nicht nur durch Verurteilung der Vergangenheit. Die geistige Auseinandersetzung mit der Namensgebung von Straßen und Denkmälern war sehr interessant, weil es natürlich immer wieder Kreise in dieser pluralistischen Gesellschaft gibt, die anders denken, und es ist gut so, daß es Menschen gibt, die sich damit auseinandersetzen und beschäftigen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß es intelligente Leute gibt, denen beim Anblick eines Kriegerdenkmals nur der Krieg einfällt, und daß es so aussieht, als wäre das Denkmal für den Krieg errichtet worden. Es heißt deutlich nicht „Kriegsdenkmal“, sondern „Kriegerdenkmal“ und soll ein Gedankenstoß an jene sein, die im Krieg freiwillig oder unfreiwillig geblieben sind, für die sich ein Schicksal ereignet hat, das von der Nachwelt leider ertragen werden mußte. Ich bin auch der Überzeugung, daß wir damit niemandem einen Dienst erweisen, wenn wir an der Bedeutung dieser Kriegerdenkmäler zu rütteln versuchen.

Ich glaube, wenn wir uns mit der Vergangenheit beschäftigen und wenn wir dazu neigen, diese letzten 50 Jahre europäischer Geschichte aufzuarbeiten, den Nationalsozialismus entsprechend darzustellen, so muß es ein Anliegen sein, wirklich die Zeit zu begreifen, sich hineinzusetzen, die Menschen zu begreifen und das richtige Maß zu treffen; gleichzeitig sollten wir auch nicht übersehen, daß auf der gegenüberliegenden Seite im Osten es einiges gibt, was wirklich zu verurteilen wäre, und da finden wir scheinbar keine Worte dafür, keinen Anlaß zur Kritik, obwohl sich einerseits das System im Kommunismus – unter Führungszeichen – mit dem Nationalsozialismus in vielen Bereichen völlig gleich ist und in vielen Bereichen sehr, sehr ähnelt.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch ausführen, daß es natürlich bei den Landesausstellungen davon abhängt, wo sie stattfinden, geographisch gesehen, was die Umgebung noch Zusätzliches bieten kann, und vor allem, welches Thema gestellt wurde. Wenn es heißt „Menschen, Münzen, Märkte“, so kommt hier bereits der kommerzielle Gedanke zum Ausdruck, hingegen bei „Hexen“ ist die Möglichkeit gegeben, daß vom Kleinsten bis zum Ältesten das Interesse groß ist und daß auch deshalb schon von vornherein eine ganz andere Interessentenschicht angesprochen wird. Im Vergleich zu Bärnbach, wo man noch zusätzlich in der Nähe die Lipizzaner hat und dieses weststeirische Hügelland mit dem Schilcher eine zusätzliche Einladung ausspricht, sieht das natürlich völlig anders aus als in der Obersteiermark, und dennoch sei hier eines gesagt, daß Judenburg selbst sehr profitiert hat, daß sich in der Bevölkerung dort in der Denkweise ein Wandel vollzogen hat, ein positives Denken eingesetzt hat, in einer Region, wo die wirt-

schaftliche Entwicklung der letzten Jahre einiges an Aufgaben hinterlassen hat. Vor allem hat sich bei dieser Gelegenheit dieses Judenburg so herausgeputzt, so herausgestellt, daß man sagen kann, wenn es vom Thema her und von der Geographie her nicht möglich war, Rekordzahlen zu erreichen, für diese Region war es ein enormes kulturelles Erlebnis. Lassen Sie mich aber auch sagen, wenn gute Kulturpolitik gemacht wird, ist es damit auch kein fixer Tatbestand, der nicht in der Folge negativ verändert werden könnte. Wallmann wurde da heute zitiert, was Wallmann in zehn Jahren aufgebaut hat, ist man jetzt, laut Darstellungen deutscher Zeitungen, dabei, sehr rasch zu demolieren.

An dieser Stelle möchte ich aber auch die Gelegenheit benützen und unserem zuständigen Referenten, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth, dafür sehr herzlich zu danken, daß er auch die Musikpflege hier entsprechend fördert. Im Budget für 1990 schlägt es sich darin nieder, daß für die Musikkapellen insgesamt ein Drittel mehr budgetiert wurde. Dafür namens der steirischen Musikkapellen ein herzliches Danke! Die gesamte Budgetpost 323 wurde etwa um 50 Prozent erhöht. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ebenfalls dafür eine ganz besondere Anerkennung, einen ganz besonderen Dank für diese steirische Kulturpolitik, mit der wir uns nicht nur in Graz, sondern regional überall sehen lassen können. Dr. Gerhard Hirschmann hat bereits ausgeführt, daß es sogar in Oberösterreich eine Vorbildwirkung gehabt hat. Ich möchte aber als weststeirischer Mandatar sagen, es ist das, was auf dem Gebiet der Kulturpolitik in der Bezirksstadt Deutschlandsberg geleistet wird, wirklich sehenswert, lobenswert. Man kann das nicht deutlich genug sagen, das sind großartige Leistungen, die nur dadurch möglich sind, da sie immer wieder von der steirischen Kulturpolitik aus eine entsprechende Unterstützung erfahren. Herzlichen Dank, ein steirisches Glück Auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (10.34 Uhr): Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Steiermark, und das ist heute schon zum Ausdruck gekommen, hat eine große Geschichte, aber auch eine großartige Kultur. Ich bin gerade nach Schließung der Landesausstellung in Judenburg stolz darüber, daß unsere Kultur auch so gut verwaltet wird. Wenn heute in einigen Wortmeldungen auch Spekulationen angesetzt wurden, man müßte hier andere Überlegungen anstellen, und man müßte eigentlich den gemeinsamen Weg, der gerade in der geschichtlichen und kulturellen Frage immer wieder notwendig war und notwendig ist, auch für die Zukunft etwas stärker ändern, so bin ich der Meinung, daß man gerade hier im kulturellen genauso wie im wirtschaftlichen Bereich diesen gemeinsamen Weg auch für die Zukunft weitergehen soll. (Abg. Mag. Rader: „Gemeinsam ist nicht dort, wo du hingehst!“) Kultur, Wirtschaft und Fremdenverkehr gehören halt zusammen. Gemeinsam meine ich auch das, daß sich Mag. Rader hin und wieder vielleicht hintennach oder zwi-

schendurch doch bekehrt und sich doch anschließt. (Abg. Mag. Rader: „Bis du dorthin kommst, bin ich schon lange woanders!) Ich glaube, gerade in dieser kulturellen Sache, was Landesausstellungen und gerade das Thema „Menschen, Münzen, Märkte“ anlangt, hat dir vielleicht die nötige Information gefehlt, Herr Kollege. (Abg. Mag. Rader: „Du kennst dich auch nur bei den Münzen aus!“) Ich habe viele Besuche miterleben können, auch mit ausländischen Gästen, gemeinsam mit dem Herrn Präsidenten, und ich habe viele Meinungen von Leuten aus der Steiermark gehört, aus anderen Bundesländern, die diese Ausstellung wirklich als eine der höchstrangigen Landesausstellungen, die sie bisher gesehen haben, bezeichnet haben. Letztlich ist auch in dieser Landesausstellung die Geschichte der Region, und mit der Geschichte auch die kulturelle Entwicklung dieser Region zum Tragen gekommen. Hättest du dir einmal die Mühe gemacht und wirklich eine Führung mit Herrn Dozent Prof. Dr. Schöpfer, der sie gestaltet hat, miterlebt, dann, glaube ich, hätte ich mir diese Worte sicher erspart.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man heute davon spricht, es seien nur etwa 158.000 gewesen, so glaube ich, kann man hintennach diskutieren, ob gerade das Thema „Menschen, Münzen, Märkte“ jedem sofort so nahe gekommen ist und er etwas damit angefangen hat. Aber letztlich, 158.000 Leute sind ja auch keine Kleinigkeit, und wenn man weiß, daß etwa 40.000 davon das erste Mal in diese Region gekommen sind, so glaube ich, muß man auch mit dieser Besucherzahl sehr, sehr zufrieden sein. Die Investitionen, die hier gemacht wurden von privater, öffentlicher und auch kommunaler Verantwortung, glaube ich, sind einfach großartig. Die Stadt Judenburg hat sich durch die Landesausstellung in ein neues Kleid versetzt, wo alle mitgetan haben. Die Wirtschaft und die Region sind belebt worden, und, Herr Kollege Mag. Rader, wenn es 146.775 Leute gegeben hat, die andere Ausstellungen besucht haben, etwa 15.000 die neu renovierte Wallfahrtskirche Maria Puch, etwa 38.000 den renovierten Stadtturm, etwa 10.000 das Montanmuseum in Fohnsdorf oder das Holzmuseum in Sankt Rupprecht ob Murau, das auch von vielen Ausstellungsbesuchern angefahren wurde, genauso wie der Silberstollen in Oberzeiring, das Tabakmuseum in Oberzeiring und die vielen, vielen kulturellen Veranstaltungen, die es gegeben hat, und die schönen Fresken der Kirche in Sankt Georgen, wenn man das alles gesehen hat, dann muß man sagen, es war eine gute Veranstaltung, es war eine rechte Kulturpflege für den obersteirischen Raum einschließlich Murau, Herr Kollege Weilharter. (Abg. Weilharter: „Das bestreitet niemand, aber es geht um die Kultur mit der Wirtschaft!“)

Wenn heute fallweise in Judenburg auch geklagt wird, daß der Ort selbst nicht den wirtschaftlichen Erfolg davon gehabt hat, dann hat sicher die Umgebung davon im besonderen profitiert.

Meine Damen und Herren! Wenn man das umrechnet auf die Zeitdauer der Ausstellung, dann waren es doch täglich etwa 25 Autobusse und 900 Menschen, die diese Ausstellung besuchten. Ich glaube, es ist Anlaß, hier am heutigen Tag der Steiermärkischen Landesregierung und vor allem dem Referenten für

Kultur, Herrn Prof. Kurt Jungwirth, für diese Initiative zu danken, und ich glaube, daß man gerade auf dem kulturellen Bereich den steirischen gemeinsamen Weg weiterbehalten muß, um unsere gemeinsame Geschichte und die Kultur unseres Heimatlandes weiter in der Form zu pflegen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.41 Uhr.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (10.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann eigentlich nahtlos an die letzten Worte des Herrn Abgeordneten Grillitsch anschließen: Es ist erfreulich, daß über unsere Landesausstellung so viel gesprochen und so viel diskutiert wird. Das ist ein gutes Zeichen, das ist ein Zeichen dafür, daß sie großes Interesse finden, daß sie großen Erfolg haben, daß sich viele im ganzen Land eine solche Ausstellung auch wünschen und daß daher das Gespräch über die Orte, über die Themen, über Erfolge, Besucher und so weiter sehr lebendig läuft. Manchesmal geht es mir bei den Kritikern der Landesausstellung so wie mit jenen, die man noch vor ein paar Jahren hörte, die den „steirischen Herbst“ kritisierten. Wenn man mit den Gegnern des „steirischen Herbstes“ diskutierte, kam man in den Gesprächen fast immer an eine Stelle, wo man fragte, was ganz konkret gemeint sei und worum es gehe, und es sich meistens herausstellte, daß die Kritiker gar nicht dort waren und überhaupt nicht wußten, was im „steirischen Herbst“ gespielt wurde, was sein Inhalt war, was verschiedene Veranstaltungen brachten. Manche Wortmeldungen, die ich heute gehört habe, sind auf einer ähnlichen Linie gelaufen, ob wissentlich oder nicht wissentlich, manche Kritiker sind oftmals absolut nicht in der Lage zu sagen, was überhaupt eine solche Ausstellung in der Region tut, was sie bewirkt und was die Menschen in der Region damit anfangen und darüber sagen. Wir können mit beruhigtem Gewissen sagen, daß diese Steuergelder für die Landesausstellungen sehr gut angelegt sind. Wir wissen, daß nicht nur die Ausstellungsstadt, sondern auch das Ringsherum sehr stark einbezogen ist, wir halten das seit Jahren so, bereits seit Stainz so, spätestens seit 1982, und wir wissen auch, daß es eine Menge von Nachwirkungen gibt. Gehen Sie selber in die Regionen hinaus, machen Sie es nicht so wie die „Herbst“-Kritiker, die nicht zum „Herbst“ gehen, ihn aber kritisieren, gehen Sie hinaus in die Regionen, und fragen Sie nach, und überzeugen Sie sich, was zum Beispiel die Leute in der Oststeiermark heute noch immer über diese Ausstellung sagen, was sie in der Weststeiermark sagen, was sie in der Eisenstraße sagen, in der Eisenregion, zu den Nachwirkungen der Landesausstellung 1984, wo sich eine breite Entwicklung im Hinblick auf einen besonderen Tourismus ergeben hat, weil dieses große Ensemble der steirischen Eisenstraße von Leoben bis zur Landesgrenze hinauf auch eine europäische Sensation ist. Es gibt immer mehr Interessenten dafür und Gott sei Dank immer mehr Zusammenarbeit, wir helfen auch mit, es wurde aufgestockt im Landesbudget, der Bund hilft mit, es tut sich etwas für die Region, noch immer in der Folge der Ausstellung des Jahres 1984. So wollen wir es halten, und ich

glaube, daß manches, was wir durch diese Ausstellung nach Gamlitz, in das Grenzland bringen werden, sich auf Jahre hinaus für das Grenzland noch auswirken wird. An der Organisation kann man immer etwas verbessern, da stehe ich gar nicht an, das zu sagen, das ist klar; die Ausstellungen sind ein großes Unternehmen geworden, die Organisation hat sich gut eingeschossen, aber es gibt natürlich da und dort Probleme. Es gibt immer wieder auch Probleme mit gewissen Anträgen, die bei uns durchgehen, die aber irgendwo im Finanzbüro hängengeblieben sind, weil sie einfach dort sehr lange liegen bleiben. Wir haben gerade jetzt den Mietvertrag der nächsten Ausstellung in Gamlitz als ein Beispiel: Wir haben ihn bei uns Anfang September verabschiedet, und zwar am 9. September, er ist mit der Rechtsabteilung 3 und mit der Finanzabteilung abgesprochen und ist irgendwo drei Monate liegen geblieben, bis er unterschrieben wurde, nicht bei uns, ich sehe den Herrn Schweiger Nichols hier, er ist ein sehr konstruktiver Partner der Kulturpolitik des Landes und wird sicherlich wissen, wo das passiert ist. Vielleicht kann man das in Zukunft etwas beschleunigen, weil wir in dieser Hinsicht sehr flott arbeiten und es schade ist, wenn dann anderswo letzten Endes die Termine überzogen werden.

Wir sind sicherlich auch der Auffassung, daß man die Besucher ansprechen und zur Ausstellung bringen muß. Ich möchte darauf hinweisen, daß selbst in dieser Diskussion im Haus die Meinungen sehr divergierend gewesen sind. Die einen sagten, man dürfe sich nicht an den Fremdenverkehr verkaufen – ich stehe selbst zu dieser Meinung und habe sie immer vertreten, und wir tun das auch nicht, ich komme noch darauf zurück –, die anderen meinten, wie beispielsweise der Herr Kollege Mag. Rader, man müsse den Markt erforschen, und die Ausstellung müßte sich nach dem Markt richten und privatwirtschaftlich organisieren. (Abg. Kammlander: „Dann gehören sie in die Wirtschaftsförderung!“) Das ist ein Widerspruch in sich, und die Ausstellungen sind in dieser Hinsicht tatsächlich auch Gratwanderungen. Ich habe das auch immer so gesagt, sie sind in allererster Linie eine kulturpolitische Tat, eine Aktion in Sachen Volksbildung, der Inhalt wird daher von der Kulturpolitik vorgegeben, das ist Nummer eins. Zweitens wird er angeboten, und zwar der Wirtschaft und dem Fremdenverkehr, weil die Partnerschaft für beide Seiten gut und gesund ist. Da gibt es Themen, die gut laufen können – die „Hexen“ auf der Riegersburg sind natürlich fast von selbst gegangen, um es so zu sagen. Ein anderes Thema, das spröder ist, wie das „Erz- und Eisen“-Thema oder das heurige Thema in Judenburg, in einer spröderen Umgebung, geht natürlich nicht so massenhaft. Das ist das Problem, und auf diesem Wege bewegen wir uns und sind bemüht, das Bestmögliche herauszuholen. Ein Ausverkauf an den Fremdenverkehr findet bei Gott nicht statt.

Es ist nie so gewesen, daß Tourismusexperten zu uns gekommen wären und gesagt hätten, ihr müßt in die Region gehen, oder in die dürft ihr nicht gehen, oder ihr sollt das Thema machen beziehungsweise das andere soll man nicht machen. Die Partnerschaft wurde umgekehrt aufgebaut, sie ist sehr gesund, ich bin auch sehr dankbar meiner Nachbarin Frau Landesrätin Klasnic, die hier eine ideale Partnerschaft auch